

RADIKAL BRECHEN

Zeitung für die autonome / antiimperialistische und antifaschistische Bewegung

5,- DM

Nr. 10

Oktober 1994

Der Aufbau einer radikal-demokratischen Front gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden erfordert:

**Es ist schon längst an der Zeit, über
brennende Fragen des
antifaschistischen Kampfes
zu diskutieren!**

- Kritische Bemerkungen zur Autonomen Antifa (M) und zur AA/BO -

Aus dem Inhalt:

- * Zum Zusammenhang zwischen bürgerlicher Demokratie, Faschismus und Kapitalismus
- * Ohne den entschiedenen Kampf gegen Revisionisten und Opportunisten und ihre Ideen ist an wirklichen antifaschistischen / demokratischen Kampf nicht zu denken!
- * Aus der Geschichte lernen: Der bewaffnete Aufstand des jüdischen "Sonderkommandos" im nazistischen Vernichtungslager Sobibor
- * Nur die Vernichtung des Kapitalismus kann die Wurzeln des Faschismus beseitigen!

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	4
1) Zum Zusammenhang zwischen bürgerlicher Demokratie, Faschismus und Kapitalismus	7
a) Bürgerliche Demokratie und Faschismus-Zwei Formen der Klassenherrschaft der Bourgeoisie	7
b) Die Faschisierung der bürgerlichen Demokratie	12
c) Die Besonderheiten des Nazifaschismus erkennen!	17
2) Wichtige Aspekte des antifaschistischen / demokratischen Kampfes heute	24
a) Ohne den entschiedenen Kampf gegen Revisionisten und Opportunisten und ihre Ideen ist an wirklichen antifaschistischen /demokratischen Kampf nicht zu denken!	24
b) Den demokratischen Kampf Schulter an Schulter mit Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern, mit jüdischer Bevölkerung, Sinti und Roma und allen von Rassismus und Chauvinismus Verfolgten ausfechten!	29
3) Nur die Vernichtung des Kapitalismus kann die Wurzeln des Faschismus beseitigen! Die Diskussion über Weg und Ziel der Revolution endlich beginnen!	33
a) Wofür kämpfen wir?	34
b) Wir müssen unbedingt Freund und Feind der Revolution richtig unterscheiden	35
c) Proletarischer Internationalismus oder „westeuropäische Front“?	35
d) Wer kann die Bourgeoisie stürzen?	36
e) Auf welchem Weg kann die Bourgeoisie gestürzt werden?	36
f) „Feuer und Flamme für jeden Staat“ oder diktatorische Unterdrückung aller Reaktionäre und proletarische Demokratie für die Werktätigen bis zum Kommunismus?	37
g) Warum braucht man im Kampf zur Vernichtung des Kapitalismus eine revolutionäre Organisation? Wie muß eine wirklich revolutionäre Organisation aussehen?	39

Anhang

1) Aus der Geschichte lernen!	42
❑ Bewaffneter Widerstand von Sinti und Roma gegen den Nazifaschismus	43
❑ Der bewaffnete Aufstand des jüdischen „Sonderkommandos“ im nazistischen Vernichtungslager Sobibor	47
❑ Das Beispiel der Schlacht um Stalingrad zeigt: Die Rote Armee war die Hauptkraft im weltweiten Kampf gegen den Nazifaschismus!	54
2) Leserbriefe an RB	57
❑ Eine richtige Kritik am Konzept und der Durchführung der Demonstration der AA/BO gegen die Bundestagswahlen in Bonn, 15.10.94	57
❑ Eine berechtigte Kritik an der RAF-Erklärung vom 30.3.93 zum Anschlag auf den Knast in Weiterstadt	58
3) Wichtige Flugblätter und Stellungnahmen zum antifaschistisch- demokratischen Kampf	60
❑ Ein Flugblatt von „Gegen die Strömung“	60
❑ Ein Flugblatt von Spartakus: "Die Wut in militanten antifaschistischen Widerstand verwandeln!"	64
❑ Ein Flugblatt aus der antifaschistischen Bewegung: "Es kann kein gemeinsames Gedenken an Täter und Opfer geben!"	61
❑ Ein Flugblatt von Frankfurter MigrantInnen: "Keinen Millimeter Leinwand für unsere Killer!"	68
❑ Ein Leserbrief, an die "Swing": "Mit Rechts paktieren-gegen links hetzen!"	69

Vorbemerkung

Seit dem "Fall der Mauer" breite und breite sich die Nazi-Pest in unerträglichem Ausmaß aus, es begann eine riesige Steigerung des Nazi-Terrors. Das war kein Zufall, sondern dafür gibt es zentrale Gründe: die Aufpäppelung, Verharmlosung und Inschutznahme der Nazi-Banden und ihrer Aktionen durch den deutschen Imperialismus. Die Pogrome von Hoyerswerda, Mannheim-Schönau und Rostock, die Morde von Mölln und Solingen, der nazistische Terror von Magdeburg, die Dutzende von Nazi-Morden in den letzten vier Jahren-das sind einige der widerlichsten nazistischen Verbrechen seit 1989/90. Rassistischer und nazistischer Terror gehören inzwischen zum Alltag. Die jüdische Bevölkerung, die Sinti und Roma, die Flüchtlinge aus anderen Ländern, alle Menschen, die die Nazis als "undeutsch" bezeichnen, sind tagtäglich bedroht von der reaktionären Gewalt des Nazi-Packs.

Angesichts dieses alltäglichen Terrors ist die Organisation eines effektiven Selbstschutzes zusammen mit von den Nazis bedrohten Menschen zentral für das Vorankommen des antifaschistischen Kampfes. Es ist zentral, die Nazis offensiv zu bekämpfen, ihre Aufmärsche und Treffen zu verhindern, ihre Büchertische abzuräumen. Wir müssen sie in ihre Rattenlöcher verfolgen, ihnen dort Denkzettel verpassen, die sie so schnell nicht vergessen werden!

Solche und andere Aktionen sind notwendig, an jedem Ort, an jedem Tag-viel mehr noch als das bisher schon der Fall ist.

Allerdings birgt die weitverbreitete Konzentration der fortschrittlichen Kräfte aus dem autonomen/antiimperialistischen und antifaschistischen Spektrum auf den Kampf gegen die Nazis unserer Ansicht nach auch einige Probleme. In erster Linie besteht die Gefahr, daß dieser Kampf praktisch losgelöst von den anderen fortschrittlichen und demokratischen Kämpfen¹ geführt wird, daß er-auch theoretisch-nicht richtig eingeordnet wird in den Gesamtzusammenhang des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus.

Denn gleichzeitig fährt der Staat des deutschen Imperialismus eine Offensive auf der ganzen Linie: die faktische Abschaffung des Asylrechts, massenhafte Abschiebungen, die Hinrichtung von Wolfgang Grams auf offener Straße, das Verbot der PKK und der anderen kurdischen Organisationen und die damit einhergehende Verschärfung des Terrors gegen KurdInnen, die Ermordung von Halim Dener, verschärfter Bullenterror gegen AntifaschistInnen und fortschrittliche Kräfte, die bewaffneten Auslandseinsätze der Bundeswehr, Massenentlassungen, "großer Lauschangriff", um nur einige Beispiele zu nennen.

Auch die Tatsache, daß der deutsche Staatsapparat die Nazis immer offener und direkter unterstützt, wenn z.B. im Januar 94 ein Oberlandesgericht die nazistische Parole "Ausländer raus!" zur "grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerung" erklärt, oder im März 94 die öffentliche Leugnung des Massenmordes durch Giftgas in den nazifaschistischen Vernichtungslagern vom

¹ Um nicht ganz falsch verstanden zu werden: Wenn wir von **demokratischen** Kämpfen oder Zielen reden, dann benutzen wir den Begriff "demokratisch" keineswegs in dem Sinne, wie ihn dieser Staat und seine Propagandisten verstehen, wir meinen damit überhaupt nicht, daß solche Kämpfe sich in der Wahl ihrer Mittel und Formen im "rechtsstaatlichen Rahmen" zu halten hätten oder sonstwas in diese Richtung. Was wir damit meinen, ist, daß diese Kämpfe von ihrer Zielsetzung her-im Gegensatz zum **revolutionären** Kampf für den Sozialismus-nicht auf die Vernichtung der kapitalistischen Ordnung ausgerichtet sind. Diese Unterscheidung hatten wir selbst lange überhaupt nicht begriffen, und unseres Wissens ist sie auch in der Scene leider nicht so klar wie es nötig wäre, deshalb diese Anmerkung.

Bundesgerichtshof immer weitergehender legalisiert wird, zeigt auf, daß es zwingend notwendig ist, sich über die Funktion der Nazis für die deutschen Imperialisten Klarheit zu verschaffen, diesen Zusammenhang umfassend zu begreifen und die notwendigen Konsequenzen daraus im Kampf umzusetzen.

Angesichts der schwierigen Situation, der Schwäche der fortschrittlichen Kräfte scheinen für viele aktive Menschen aus der Autonomen- / Antifa- und antifaschistischen Bewegung allerdings jetzt sicher **ideologische Debatten** über zentrale Fragen und Probleme des antifaschistischen Kampfes nebensächlich, erscheinen sie als Ablenkung von den wirklich wichtigen Aufgaben im Kampf gegen die Nazis:

"Wenn wir schon so wenige sind, ist doch keine Zeit für unnütze Streitereien darüber, wer jetzt recht hat. Zusammen die Nazis zurückzuschlagen, ihnen die Schädel weichklopfen-das ist es, worauf es ankommt!"

So oder so ähnlich formuliert ist das eine weitverbreitete Haltung, die sich zwar aufdrängt, aber dennoch grundfalsch ist.

Sicher geht es darum, *"die Nazis zurückzuschlagen, ihnen die Schädel weichzuklopfen"*-aber eben nicht nur. Ideologische Debatten sind keine *"unnützen Streitereien"*, sondern zwingend notwendig, wenn es darum gehen soll, sich Klarheit über die eigenen Ziele zu verschaffen, und auf dieser Grundlage eine wirkungsvolle Strategie und Taktik des Kampfes auszuarbeiten. Und insofern geht es natürlich darum, *"wer jetzt recht hat"*. Denn ohne genaue Vorstellung davon, wer der eigentliche Feind und wie er zu besiegen ist, braucht an wirkungsvollen Kampf gar nicht erst gedacht zu werden.

Darüberhinaus ist gerade die Idee vom *"Zusammen kämpfen!"* solange eher schädlich als nützlich, wie nicht klar gemacht wird, **mit wem zusammen und mit wem nicht**, denn Verräter und Saboteure in den eigenen Reihen zu dulden-das kommt dem Todesurteil für den antifaschistischen Kampf gleich.

Wir sind davon überzeugt, daß es keinen anderen Weg gibt, als über die brennendsten Fragen und Probleme des antifaschistischen Kampfes **eine Debatte zu beginnen**, um die falschen Vorstellungen innerhalb der antifaschistischen Bewegung zu beseitigen, die den Kampf lähmen und schwächen, die die notwendige Kraft und Organisiertheit verunmöglichen.

Vieles muß allerdings auch nicht mehr diskutiert werden, ist bei den bewußtesten Antinazisten in der Scene klar, ist zur Grundlage geworden:

- der deutsche Staat schützt die Nazis, fördert sie, päppelt sie auf, arbeitet mit ihnen Hand in Hand und benutzt sie für seine Ziele;
- beim antinazistischen Kampf darf man sich nicht auf den deutschen Staat verlassen. Die antifaschistische Selbsthilfe muß organisiert werden;
- die antifaschistische Gewalt ist notwendig im Kampf gegen die Nazis, "Demokratie" für Nazis darf es nicht geben. Man muß auch offensiv gegen sie vorgehen, auch ihre Treffs angreifen.

Aber über viele andere Punkte, die gar nicht oder ziemlich falsch in den Köpfen sind, muß eine Debatte begonnen werden. In dieser Nummer wollen wir die Ergebnisse unserer Diskussion darstellen.

Darüber wollen wir mit allen antinazistischen und revolutionären Kräften debattieren, weil uns diese Punkte am brennendsten erscheinen, am wichtigsten, um den antinazistischen Kampf

vorwärtszubringen. Und um ihn in den richtigen Zusammenhang mit anderen fortschrittlichen Kämpfen zu stellen.

Denn um den Faschismus konsequent zu bekämpfen, um dafür zu kämpfen, den Nazis jeden Boden unter den Füßen wegzuziehen, so daß ihnen das Genick gebrochen wird, muß man für die Vernichtung des deutschen Imperialismus kämpfen. Vor diesem Hintergrund ist der antinazistische/antifaschistische Kampf ein Teilbereichskampf, ein **demokratischer** Kampf, wie z.B. der Kampf gegen die Haftbedingungen der antiimperialistischen Gefangenen in den deutschen Knästen. Diese Kämpfe gilt es zu unterstützen, das Übel mit der Wurzel auszureißen, das heißt, solche Kämpfe weiterzutreiben und als Vorbereitung des **revolutionären** Kampfs gegen den deutschen Imperialismus zu begreifen.

In der vorliegenden Nummer beziehen wir uns wieder auf einige Scene-Publikationen, diesmal allerdings schwerpunktmäßig aus der antifaschistischen Bewegung. Dabei berufen wir uns vorrangig auf die Positionen der *Autonomen Antifa (M)* aus Göttingen, wohl wissend, daß diese Positionen keinen Konsens innerhalb der antifaschistischen Kampffront darstellen. Allerdings halten wir von allen uns bekannten antifaschistischen Gruppen und Organisationen die *Autonome Antifa (M)* für eine der am weitesten fortgeschrittenen.

Das heißt keineswegs, das wir alles, was sie so von sich gibt, gut finden. Vielmehr haben wir uns bemüht, auch deren Fehler und Unzulänglichkeiten herauszustellen, denn **zu einer solidarischen Debatte gehört unserer Ansicht nach die gegenseitige Kritik unbedingt dazu**. Nur so kann es eine Entwicklung geben.

Und das ist nach unserem Verständnis keinerlei Widerspruch zur Solidarität mit der *Autonomen Antifa (M)*, die jetzt im Zusammenhang mit ihrer Kriminalisierung durch den deutschen imperialistischen Staat umso mehr eine Verpflichtung für alle wirklichen Antifaschisten ist.

In diesem Sinne fordern wir alle unsere Leserinnen und Leser auf, ihre **Kritik an unseren Positionen** zu formulieren und uns zuzuschicken.

Die Leute von RB und eine antinazistische Gruppe Nord

Anmerkung:

Die kritischen Bemerkungen zur Antifa (M) und AA/BO haben wir mit einem Balken am Rand markiert, damit man diese Stellen besser finden kann.

1) Zum Zusammenhang zwischen bürgerlicher Demokratie, Faschismus und Kapitalismus

a) Bürgerliche Demokratie und Faschismus-Zwei Formen der Klassenherrschaft der Bourgeoisie

Wenn wir mit Leuten aus der Autonomen- und Antimapszene oder aus der jüngeren Antifa-Bewegung diskutieren, wenn wir die Szene-Zeitschriften lesen, dann zeigt sich immer wieder, daß darüber Einigkeit besteht, daß die Wurzel des Faschismus im Kapitalismus liegt. So gut wie auf jeder antifaschistischen Demo ist die Parole zu hören: *"Hinter dem Faschismus steht das Kapital ..."*

Diese Positionen sind eigentlich unumstritten und werden auch in Diskussionen verteidigt. Allerdings bemerken wir dabei auch immer wieder, daß bei der Begründung dieser Einsichten oft Unklarheiten oder Ungenauigkeiten bestehen, daß es Schwierigkeiten macht, den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus konkret erklären zu können.

Wenn wir z.B. **Faschismus als Herrschaftsform der Bourgeoisie** definieren, dann stoßen wir damit keinesfalls immer auf Zustimmung oder direktes Verständnis.

Auch wir selbst dachten lange, wenn wir Faschismus sagten, erstmal an die terroristischen Nazibanden statt an ein Herrschaftssystem. Und deshalb konnten wir bei dem Versuch, den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapital zu erläutern, auch kaum konkreteres als die finanzielle Unterstützung der Nazis durch die Konzerne vorbringen.

Um aber einen Kampf erfolgreich führen zu können, ist es notwendig, seinen Feind genau zu kennen. Deshalb reicht es im Kampf gegen den Faschismus nicht aus, nur einige seiner Merkmale benennen zu können (wie das bei uns lange war), bzw. einige seiner Auswüchse, wie die Naziorganisationen, durchschaut zu haben.

Vielmehr müssen wir uns eine genaue Analyse des Faschismus als Herrschaftsform erarbeiten.

Um diesen für die weitere antifaschistische Praxis unbedingt notwendigen Prozeß innerhalb der autonomen/antiimperialistischen Bewegung und den fortgeschrittensten Nazi-Gegnern voranzutreiben, um die Diskussion zu beginnen und vorwärtszutreiben, formulieren wir hier einige Thesen, die unserem aktuellen Erkenntnisstand entsprechen und die wir als Kumpunkte der notwendigen Diskussion ansehen:

□ **Faschismus ist ein Herrschaftssystem.** Wie auch in der bürgerlichen Demokratie übt die Bourgeoisie als herrschende Klasse im Faschismus ihre Diktatur über die ausgebeuteten Werktätigen aus. Insofern kann unserer Ansicht nach die bürgerliche Demokratie in keiner Weise als ein dem Faschismus entgegengesetztes System angesehen werden, da der **Klassencharakter** beider Herrschaftsformen derselbe ist.

Das deckt sich wohl auch mit dem, was die **Autonome Antifa (M)** ausdrücken will, wenn sie in ihrer Broschüre *"Gegen den deutschen Nationalismus"* *"Über alle Grenzen!"* vom Oktober 93 schreibt:

"In Vergegenwärtigung der Tatsache, daß der Faschismus kein Systemausbruch war..."
("Über alle Grenzen!", S. 9, Hervorhebung v. uns)

Wir denken, daß unsere These z.B. bewiesen wird durch die nahezu reibungslosen Übergänge in der Staatsform des deutschen Imperialismus von der Weimarer Republik zum Nazifaschismus und von diesem zur parlamentarischen Republik in BRD nach 1945. Auch die personellen Kontinuitäten z.B. bei Richtern, Staatsanwälten, Generälen und in den Führungsetagen der Konzerne sprechen da für sich. Selbst wenn sie in der Szene wohl ziemlich bekannt sein dürften, wollen wir hier einige der prägnantesten Beispiele erwähnen:

- * Da sind die Herren der Konzerne und Banken, z.B. KRUPP, FLICK, ABS (ehem. Vorstandsvorsitzender der DEUTSCHEN BANK. Mitglied etlicher anderer Aufsichtsräte deutscher Konzerne, Anfang Februar 94 hat er den Löffel abgegeben), die Milliardengewinne aus den ZwangsarbeiterInnen des Nazifaschismus zogen, die zum Teil ja auch in den Nürnberger Prozessen dafür angeklagt und verurteilt wurden. Allerdings wurden sie anfangs der 50er Jahre begnadigt und durften dann in der "Bonner Parlamentarischen Republik" weiter die Ausbeutung der Arbeiterklasse im Interesse des deutschen Finanzkapitals organisieren;
- * Da ist der Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger "Rassegesetze", GLOBKE, bis 1945 Ministerialrat im Innenministerium Nazideutschlands, ab 1949 Staatssekretär bei Adenauer;
- * Da ist der spätere Bundeskanzler KIESINGER (1966-69), von 1933 bis 1945 Mitglied der NSDAP, 1940 bis 1945 Chef der Propagandaabteilung beim Rundfunk im "Auswärtigen Amt" Nazideutschlands;
- * Da ist der Nazirichter FILBINGER, der als Marinerichter bis kurz vor Kriegsende etliche Todesurteile aussprach, von 1960-66 Innenminister von Baden-Württemberg, von 1966-78 dort Ministerpräsident war;
- * Da ist der SS-Mann SCHLEYER zu nennen, als Leiter des Präsidialbüros im "Zentralverband der Industrie Böhmen und Mähren" die rechte Hand Heydrichs (Chef des "Reichssicherheitshauptamtes", Koordinator der Vernichtung der europäischen Juden und Sinti und Roma), der nach 1945 in zahlreichen Aufsichtsräten westdeutscher Industriekonzerne saß (u.a. Daimler-Benz) und bis zu seiner Hinrichtung durch die RAF 1977 "Präsident des Arbeitgeberverbandes" war;
- * Da ist der Partisanen"jäger" H. J. VOGEL, der sich 1943 freiwillig zur Naziwehrmacht meldete und als Unteroffizier in Norditalien zur Bekämpfung antifaschistischer Partisanen eingesetzt war, 1981 Bundesjustizminister und bis 1991 SPD-Vorsitzender;
- * Und auch der ehemalige Bundespräsident R. v. WEIZSÄCKER kämpfte als Hauptmann der Naziwehrmacht im berüchtigten Infanterieregiment 9 aus Potsdam in Frankreich, in Polen und der Sowjetunion;
- * Da war der führende Verfassungsrechtler der BRD, MAUNTZ, dessen Kommentar zum Grundgesetz zur Pflichtlektüre aller Jura-Studierenden in der BRD gehören, im Nazifaschismus Mitkommentator der "Rassegesetze" von Nürnberg. Nach seinem Ableben im Oktober 93 wurde bekannt, daß er ein guter Freund des DVU-Chefs, Nazi-Verlegers und Kapitalisten FREY war, diesen rechtlich beriet und regelmäßig Artikel für die "National-Zeitung" schrieb;
- * Und, und , und ...

All dies sind Tatsachen, die nicht vergessen werden dürfen. Allerdings wäre es verhängnisvoll, wenn durch die Betonung des gleichbleibenden Klassencharakters der bürgerlichen Demokratie und des Faschismus der **wesentliche Unterschied** zwischen beiden verwischt würde.

* Unserem Erkenntnisstand nach besitzt die Bourgeoisie in der Epoche des Imperialismus im Wesentlichen zwei Kampfmittel, zwei Säulen ihrer Machtausübung: Die **Demagogie und die reaktionäre Gewalt**.

Bürgerliche Demokratie-das heißtt, daß es der Bourgeoisie möglich ist, sich bei der Sicherung des Privateigentums an den Produktionsmitteln (z.B. Grund und Boden, Fabriken, Maschinen) **in erster Linie** auf die **Demagogie** zu beschränken (ohne daß sie dabei natürlich ganz auf ihre Gewalt verzichten kann). Diese "Beschränkung" auf die Demagogie, der weitgehende Verzicht auf **offene** Gewaltausübung sind der Bourgeoisie allerdings nur möglich, weil sie sich auf einen riesigen reaktionären Gewaltapparat stützt (Bullen- Bundeswehr-, Knast-, Justizapparat), der die Eigentumsverhältnisse sichert, ohne daß es zur Zeit notwendig ist, daß dieser massiv und offen terroristisch eingesetzt wird.

Denn im Moment ist es in der BRD so, daß die Bourgeoisie es vortrefflich versteht, die Arbeiterinnen und Arbeiter mittels ihres Medienapparates unter Kontrolle zu halten, relativ ungestört ihre Ideologie in die Köpfe der Werktätigen zu hämmern über ARD, ZDF, RTL, taz, BILD, undsoweiter.

So dient die permanente ideologische Propaganda **aller** Abteilungen des deutschen Medienapparates (sei sie auch noch so geschickt getarnt, noch so versteckt und durch vereinzelte "kritische" Berichterstattung, einzelne sich "links" oder antirassistisch gebende Zeitschriften und Zeitungen in ein "demokratisches" Mäntelchen gehüllt, um den Schein der "Meinungs-" oder "Pressefreiheit" aufrechtzuerhalten) dazu, vom imperialistischen System als der Ursache von Elend, Kriegen, Ausbeutung und Unterdrückung abzulenken². Schuld an verschärfter Ausbeutung in Deutschland, an Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot-so wird tagtäglich vor allem chauvinistisch gehetztsind vor allem Flüchtlinge und Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Ländern. Offene und verdeckte antisemitische Propaganda, Hetze gegen Sinti und Roma, all diese Bestandteile der **deutschen Ideologie** werden ständig, in allen Variationen, mit allen Tricks verbreitet:

Ob man Nazis unkommentiert im Fernsehen oder Kino reden läßt (die Naziratte Althans z.B. im direkt von diesem Staat finanzierten "Dokumentar"film "Beruf Neonazi"), ob in Zeitungen der "kleine Mann von der Straße" seinem Chauvinismus freien Lauf läßt, ob Nazi-Verbrechen einfach totgeschwiegen oder deren Opfer durch krassesste Lügen verhöhnt werden, ob ein Skandal um ein mit dem AIDS-Virus "verseuchtes" Impfpräparat dazu benutzt wird, das "reine deutsche Blut" am Rande wieder zum Wert zu erheben oder ob schlicht die Tatsachen an den Kopf geknallt werden: die deutsche Armee marschiert wieder im Ausland und erschießt einen somalischen Mann.

In dieser Hinsicht haben die deutschen Imperialisten auf der Grundlage der Erfahrungen des nazifaschistischen Propagandaapparats noch einiges hinzugelernt.

² Das bedeutet allerdings nicht, daß alle Publikationen, die nicht kriminalisiert sind, die hier legal erscheinen, zum Medienapparat der deutschen Bourgeoisie gehören. Denn die herrschende Klasse kann unter den Verhältnissen der bürgerlichen Demokratie durchaus auch einmal zulassen, daß Publikationen legal erscheinen, die tatsächlich antifaschistisch oder revolutionär sind, solange diese durch ihren Einfluß die Interessen der Bourgeoisie nicht unmittelbar bedrohen.

Die allgemeine Rolle der Medien in einem Klassenstaat stellt auch die *Autonome Antifa (M)* unserer Ansicht nach richtig heraus:

"Massenmedien sind Bestandteil der bestehenden politischen Herrschaft und sowohl Vermittler als auch Vertreter ideologischer und ökonomischer Interessen."

("Über alle Grenzen!", S. 24)

Und auch die besondere Aufgabe der Medien hier und ihr Charakter als Teil des Staatsapparats werden aufgedeckt:

"Die Medien transportieren die rassistischen Parolen der Herrschenden und kultivieren ein Problem-wie das 'Asylantenproblem' -, wo es die 'Oberen' kultiviert sehen wollen. Die Massenmedien moralisch anzuklagen bedeutet, ihre Rolle hier zu erkennen..."

(ebenda)

Unserer Ansicht nach funktioniert die Propagandamaschinerie des deutschen Imperialismus noch fast tadellos, und die reaktionäre **Gewalt** als Kampfmittel der Herrschenden steht demgegenüber trotz der Hinrichtung von Wolfgang Grams, trotz aller Morde durch die Bullen, aller Verhaftungen und Verurteilungen von Antifaschisten, aller Kriminalisierung fortschrittlicher Politik im Hintergrund.

(Davon ausgehend ist es vollkommen falsch, wenn Antiimps und Autonome teilweise behaupten, "77 war in der 'BRD' Faschismus", weil die Morde in Stammheim, die Erschießungen auf der Straße als Höhepunkt der Aktionen des Staates gegen die RAF den latent angewandten staatlichen **Terror** in aller Schärfe haben zu Tage treten lassen. Auch 1977 stützte sich die westdeutsche Bourgeoisie **hauptsächlich** auf die **Demagogie** als Herrschaftsmittel. Wie offensichtlich falsch also diese Einschätzung von Autonomen/Antiimps ist, wird deutlich, wenn man die Verhältnisse, wie sie '77 in BRD waren, vergleicht mit dem nazistischen Terror, wie ihn die deutsche Bourgeoisie ab '33 im Nazifaschismus ausgeübt hat, wo Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen zu Zehntausenden in die KZ's gesperrt, gefoltert und ermordet wurden-vom Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma ganz zu schweigen-oder auch mit der heutigen Situation in der Türkei, vor allem in den kurdischen Gebieten, wo das "Verschwinden" von Menschen, Folterungen, offen vom Staatsapparat begangene Morde seit Jahren zum Alltag gehören.)

Allerdings wird für die Bourgeoisie unter bestimmten Bedingungen die bürgerliche Demokratie als Form ihrer Herrschaftsausübung untauglich, reicht sie nicht mehr aus. Dann ist sie gezwungen, die **Wichtigung** ihrer beiden Herrschaftsmittel zu ändern: Dann wird die reaktionäre **Gewalt**, wird der **Terror** zur **Hauptstütze** ihrer Machtausübung. Dann greift die Bourgeoisie zum **Faschismus**.

So war z.B. das deutsche Finanzkapital Anfang der 30er Jahre gezwungen, auf den revolutionären Kampf der ausgebeuteten Massen, auf den Klassenkampf des Proletariats, das unter Führung der KPD dem Kapitalismus den Krieg erklärt hatte und die Macht der Bourgeoisie ernsthaft bedrohte, mit **offenem Terrorismus** zu reagieren.

Das deutsche Finanzkapital behielt den Nazi-Faschismus als Herrschaftsform auch dann bei, als es durch den Nazi-Terror gelungen war die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen in Deutschland selbst größtenteils zu zerschlagen. Das läßt sich aus der Tatsache erklären, daß die Kriegsvorbereitungen zur Durchsetzung der Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus und die Durchführung des Raubkrieges eben auch den Faschismus nötig machten. Und das nicht nur, um die dafür notwendige Ruhe im Innern Deutschlands zu garantieren, sondern vor allem, weil die deutsche imperialistische Bourgeoisie die Brechung des Widerstandes des internationalen Proletariats und der Völker gegen ihren Raubkrieg und ihre Weltherrschaftspläne ohne den offenen Terrorismus niemals hätte durchführen können.

Auch wenn die Bourgeoisie im Faschismus die Wichtung ihrer beiden Herrschaftsmittel ändert und den Terror zur Hauptsäule ihrer Herrschaft macht, kann sie natürlich nicht darauf verzichten, ihre Greueltaten ideologisch zu rechtfertigen. Dazu-zur Verbreitung der nazifaschistischen Ideologie-diente der "Goebbels'sche" Propagandaapparat, auf dessen Erfahrung und Methode die Bourgeoisie auch heute erfolgreich zurückzugreifen versteht und den sie perfektioniert hat.

Um nicht mißverstanden zu werden: Wenn wir hier von einem Wechsel in der **Wichtung** der Kampfmittel der Bourgeoisie sprechen, dann heißt das nicht, daß die Gewalt, daß der Terror (wie auch die Offenheit der Propaganda) im Faschismus nicht eine neue **Qualität** erreichen könnten. Dies zu behaupten, hieße blind sein gegenüber der Geschichte. Es würde wohl auch niemand ernsthaft bestreiten wollen, daß trotz des offen zutage getretenen stattlichen Terrors etwa '77 in BRD ein qualitativer Unterschied besteht zu dem nazifaschistischen System des Terrors mit seinen Konzentrations- und Vernichtungslagern.

Wenn wir uns all das klar machen, sind wir in der Lage, den Faschismus zu definieren als die offen terroristische Diktatur der Bourgeoisie-im Gegensatz zu ihrer verdeckten, parlamentarisch getarnten Diktatur in der bürgerlichen Demokratie.

Und da im Imperialismus das Finanzkapital die Macht hat ³ , ist unserer Meinung nach der Faschismus-kurz charakterisiert-die **offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals**.

³ siehe dazu: W.I. Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"

b) Die Faschisierung der bürgerlichen Demokratie

Aus der oben ausgeführten Tatsache, daß zwischen Faschismus und der parlamentarisch getarnten Diktatur der Bourgeoisie in Form der bürgerlichen Demokratie kein prinzipieller Trennungsstrich gezogen werden kann, ergibt sich die Frage, wie der Übergang vom einen zum andern vonstatten geht.

Daß "*Faschismus nicht über Nacht kommt*", das hat in der Scene sicher jede und jeder klar, aber diese Verneinung allein erklärt natürlich nicht, wie denn nun genau der Staat des deutschen Imperialismus die Faschisierung vorantreibt. Auch wir konnten lange keine konkrete Antwort auf diese Frage geben, denn dazu ist es notwendig, sich über den Charakter des imperialistischen Staatsapparats Klarheit zu verschaffen, die Rolle seiner (Nazi-) Parteien und seiner Nazitrupps.

Daß der Parlamentarismus hier eine Farce ist, daß die Entscheidungen der Politik von den Konzernen und Banken gefällt werden und nicht vom Parlament⁴, ist sicher ebenso umstritten wie die Tatsache, daß der imperialistische Staat nicht vor allem das Parlament ist, sondern der Bullen- und Knastapparat, die Klassenjustiz und vor allem auch die Bundeswehr.

Zur Rolle der Nazi-Trupps, der Nazibanden im Prozeß der Faschisierung gibt es unter Autonomen/Antiimps und in der Antifa-Bewegung die verschiedensten mehr oder weniger vagen Vorstellungen, aber kaum Analysen, und die uns bekannten halten wir für nicht richtig. Dazu schreibt die *Autonome Antifa (M)* in einer anderen ihrer Broschüren, in "*Zwischenzeiten*":

"Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat die BRD kein Interesse daran, sich ihr Gewaltmonopol durch faschistische Schlägertrupps in Frage stellen zu lassen."

("*Zwischenzeiten*", S. 26)

Der hier behauptete Widerspruch zwischen "BRD" (gemeint ist wohl der imperialistische Staatsapparat) und "*faschistischen Schlägertrupps*" **existiert so nicht**. Es ist nicht so, daß auf der einen Seite der Staat des deutschen Imperialismus mit seinem "*Gewaltmonopol*" steht und auf der anderen Seite die "*faschistischen Schlägertrupps*", die dieses "*in Frage stellen*". Unserer Ansicht nach sind vielmehr die Nazi-Organisationen **ein Instrument des deutschen Imperialismus**, das ihm damit neben dem Bullen-, Justiz-, Knast-, Militär- und Parteienapparat zur Verfügung steht.

Nicht nur die Beispiele der offenen Absprachen zwischen Bullen und Nazis (bei dem Pogrom in Rostock z.B.), die zumindest die Zusammenarbeit zwischen Staatsapparat und Nazis offensichtlich belegen, nicht nur die Vereinzeltheit und die Milde der Urteile gegen Nazis durch die deutsche Justiz

⁴ So ist z.B. all das, was beim "Asylkompromiß" im Mai 93 in Bonn in Gesetzesform gebracht wurde, die Abschottung 'Deutschlands', die Entrechtung, Abschiebung und Mißhandlung von Flüchtlingen, was den Interessen der Konzerne und Banken entspricht, auch schon lange Praxis gewesen, bevor das Parlament das alles "legalisiert" hat. Der parlamentarische 'Zuspruch' war also nur noch die "demokratische" Legitimation schon lange umgesetzter Fakten. Das ganze Theater, das die Parteien und die Medien darum veranstalteten, diente der ideologischen Erziehung und der Verwirrung. Trotzdem heißt das nicht, daß der Verschärfung, der Erweiterung und dem Erlaß von unterdrückenden Gesetzen durch das Parlament keine Beachtung geschenkt zu werden brauchte. In diesem Sinne war es wichtig und richtig, daß zehntausende am 26. Mai in Bonn gegen diesen 'Kompromiß' den Bundestag blockierten. Das nicht nur deshalb, weil eine demokratische, antifaschistische Massenmobilisierung heute Not tut, sondern auch ganz konkret, weil natürlich die Legalisierung einer schon lange gängigen Praxis auch den Boden für deren weitere Verschärfung ebnet.

sprechen dafür, nicht nur die personellen Verflechtungen zwischen Nazi-Organisationen und Konzernen und deren Finanzspritzen an die nazistischen Verbrecher belegen, daß es da zumindest identische Interessen gibt.

Darüberhinaus ist es doch offensichtlich, daß die Nazi-Terroristen nur das umsetzen, was die Politiker im Parlament als Vertreter der Konzerne und Banken fordern: das behauptete "Ausländerproblem" zu "beseitigen", "linke Chaoten" härter zu bestrafen, usw.

* Eben dadurch, daß die Nazis im Gegensatz zu Polizei und BGS nicht ihr **offenes** Instrument sind, ist es den deutschen Imperialisten möglich, Mittel einzusetzen, die offen einzusetzen sie für (noch) nicht opportun halten: Mordbrennerei, Totschlag, **offene** nazifaschistische Propaganda.

Auf diesem Boden stehend verbreiten die Nazis, die Nazibanden und Naziparteien Angst und Resignation, **sie üben** gegen alle die Menschen, die ihre Ideologie für "undeutsch" erklärt **den Terror aus**, den die Medien, Politiker und Gesetze des deutschen Imperialismus mehr oder weniger subtil als Konsequenz nahelegen. Somit machen die Nazis die "Drecksarbeit" für die Imperialisten, sie sind Handlanger der Interessen des Finanzkapitals.

Die Möglichkeit, die Nazibanden zu steuern, erhält der deutsche Imperialismus unserer Ansicht nach z.B. auch über die bei den Nazis eingeschleusten Geheimdienstspitzel, Solingen ist ein Beispiel. Daß aber dennoch die faschistischen Stoßtrupps bei der Erledigung dieser Aufgabe nicht immer voll kontrollierbar sind, daß sie dabei ab und an "übers Ziel hinausschießen", was der herrschenden Klasse oftmals vielleicht aus taktischen Gründen, aus Gründen der internationalen Öffentlichkeit usw. vielleicht punktuell nicht in den Kram paßt, ist dabei kein Argument gegen die Tatsache, daß die Nazis **objektiv** diese Funktion für den deutschen Imperialismus erfüllen. Ebensowenig kann es ein Maßstab sein, inwieweit irgendwelche Nazis sich dessen subjektiv bewußt sind.

Abgesehen von dieser Aufgabe erfüllen die Nazis für den Faschisierungsprozeß des deutschen Imperialismus unserer Ansicht nach noch zwei weitere wesentliche Funktionen:

* Einerseits dienen sie als "Versuchsballon", wie weit man schon gehen kann, wie schnell sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse wieder an die Existenz offen faschistischer, nazistischer Organisationen und Propaganda **gewöhnen** lassen. Und das geht hier verdammt schnell.

* Andererseits haben sie die Aufgabe, die Massen abzulenken vom **eigentlichen Prozeß der Faschisierung** des bürgerlichen Staates:

Denn bei diesem Prozeß sind die Nazi-Organisationen nur **ein** Instrument, über dessen konkrete Wichtigkeit wir auch noch keine genauen Analysen angestellt haben. Wir glauben aber sagen zu können, daß sie keineswegs das Hauptinstrument darstellen. Das kann aber natürlich nicht heißen, daß der Kampf gegen die Nazi-Banden und -Parteien vernachlässigt werden darf, daß es nicht **unbedingt notwendig** wäre, diesen sooft und wo immer möglich **vernichtende** Schläge zu versetzen. Doch ist diese Kampffront **nicht die Hauptfront** des antifaschistischen Kampfes.

Und auch das hatten wir lange nicht kapiert. Denn um das zu begreifen, muß man wissen, daß zwar im Moment die bürgerliche Demokratie die **denkbar beste politische Hülle** für die Diktatur der Bourgeoisie darstellt, daß aber die herrschende Klasse ein Interesse daran hat (und dieses natürlich auch umsetzt), selbst die nur in eingeschränkter Form existierenden bürgerlich-demokratischen Freiheiten **schrittweise zu liquidieren**, bevor ihr diese wirklich gefährlich werden können.

Denn die Verschärfung von Unterdrückung und Ausbeutung im Innern der imperialistischen Staaten gehören ebenso wie die Verschärfung der Unterdrückung und Ausbeutung in den von ihnen abhängigen Ländern zu den Wesenszügen des Imperialismus. Das ist wegen der dem Imperialismus immanenten Logik von Profit und Extraprofit zwangsläufig. In einer unter den verschiedenen imperialistischen Großmächten bereits aufgeteilten Welt kann die ständig wachsende Gier nach Extraprofiten und neuen Einflußgebieten ab einem bestimmten Zeitpunkt eben nur noch durch den **imperialistischen Krieg** befriedigt werden. Und für die umfassende Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Raubkriege, für die Militarisierung und Aufrüstung braucht das Finanzkapital eben Ruhe an der inneren, an der "Heimatfront".

Daß diese schrittweise Liquidierung bürgerlich-demokratischer Freiheiten (Abschaffung des Asylrechts, PKK-Verbot z.B.) hier und heute ohne größere Proteste, ohne nennenswerten Widerstand vor sich gehen kann, das ist zweifelsohne Ausdruck der momentanen Stärke der Bourgeoisie.

Denn es existiert weder eine demokratische Massenbewegung noch eine revolutionäre Arbeiterbewegung, die in der Lage wäre, sich dem entgegenzustellen. Unserer Ansicht nach ist diese Situation darin begründet, daß **keine starke, wirklich Kommunistische Partei existiert**, die den vereinzelten demokratischen und den in ganz geringen Keimformen existierenden Kämpfen des Proletariats Orientierung gibt, die sie zusammenfaßt, führt und leitet, die in der Lage wäre, das demokratische Bewußtsein der Massen zu entfachen und weiterzutreiben und das revolutionäre, proletarische Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

Wenn also auch nicht die Entwicklung des Klassenkampfs die Bourgeoisie zur Verschärfung der politischen Unterdrückung zwingt, so ist das dennoch ein Aspekt, denn es geht dem Finanzkapital darum, revolutionäre "Umtriebe" im Volk schon **im Keim** zu ersticken, die Möglichkeiten revolutionärer, kommunistischer Kräfte schon **im Voraus** weitestgehend einzuschränken.

In diesem Sinne bedeutet Faschisierung nichts anderes als **präventive Konterrevolution**.

Dieser Prozeß der Faschisierung drückt sich unserer Ansicht nach auch in der Ersetzung von Repräsentanten des imperialistischen Staatsapparats aus, wenn z.B. Bundesinnenminister Seiters durch den "schärferen" (wie es ihm selbst die bürgerliche Presse attestiert) Kanther ersetzt wird, oder wenn der Antisemit Heitmann, dessen ideologische Nähe zum Nazismus um einiges offener ist als die von Weizsäcker, über Monate als neuer Bundespräsident gehandelt wird.

Faschisierung heißt also **schrittweiser Übergang von verdeckten Formen des Terrors und der Unterdrückung zur Ausübung offen terroristischer, faschistischer Herrschaftsmethoden**, heißt **Verschärfung der politischen Unterdrückung**.

Und die geht nun mal vom imperialistischen Staatsapparat aus, und daraus ergibt sich, daß der **Kampf gegen den imperialistischen Staat die Hauptfront** auch im antifaschistischen Kampf sein muß.

Weder diese theoretische Einsicht noch ihre praktische Umsetzung ist bei Autonomen und Antiimps weit verbreitet, und wenn wir das so betonen, heißt es oft, dadurch würde die von den Nazis ausgehende Gefahr verharmlost. Das liegt uns fern, wir halten es jedoch für unmöglich, den Faschismus, den Prozeß der Faschisierung umfassend zu begreifen, ohne die jeweilige konkrete Rolle der Nazis wie des imperialistischen Staatsapparates richtig einzuschätzen.

Der Prozeß der Faschisierung als Verschärfung der politischen Unterdrückung, als präventive Konterrevolution, wie er vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus systematisch

vorangetrieben wird, lässt sich anhand einiger Beispiele, einiger Eckpunkte der Entwicklung in Deutschland recht anschaulich darlegen:

- * Da ist 1951, schon bald nach der Niederlage des Nazifaschismus, in bekanntester antikommunistischer Tradition die Jugendorganisation der KPD, die FDJ, verboten worden. Bald darauf, am 11. Mai 1952, wurde Philipp Müller, ein Mitglied der FDJ, auf einer Anti-Wiederbewaffnungsdemo von Bullen erschossen. Das war der erste politische Mord des westdeutschen Staates.
- * 1956 wurde die KPD selbst verboten. Wie beim FDJ-Verbot war das mit Massenentlassungen und tausendfachen Einknastungen verbunden. Das sind natürlich deutliche Beweise für die ungebrochene antikommunistische Tradition des deutschen Imperialismus.
- * Studentenbewegung auch die Arbeiterklasse in gefährlichem Maße revolutionäres Bewußtsein entwickeln könnte. Die Notstandsgesetze wurden erlassen, die in augenfälliger Parallele zum "Ermächtigungsgesetz" der Nazifaschisten im "Krisenfall" sämtliche demokratischen Rechte des Parlaments außer Kraft setzen. Daß die Notstandsgesetze in dieser Situation erlassen wurden, zeigt den Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand der Klassenkämpfe und dem Prozeß der Faschisierung als präventiver Konterrevolution.
- * Da ist die enorme Aufrüstung des Apparates der "Inneren Sicherheit" in Verbindung mit dem Kampf des Staates gegen die RAF in den 70er Jahren, wo die SEK's und MEK's (Sondereinsatz- und Mobile Einsatzkommandos) aufgestellt wurden, wo Erschießungen auf der Straße schon gängige Praxis waren, wo der Bonner "große Krisenstab" '77 die "Selbstermordungen" von Stammheim beschloß. Nicht zu vergessen den Einsatz der GSG 9 in Mogadischu. Das war der erste militärische Einsatz bewaffneter Kräfte des westdeutschen Imperialismus außerhalb BRDs, der keine Übung, kein Manöver war, sondern den ersten "Ernstfall" bedeutete.
- * Und selbstverständlich zeigt sich die voranschreitende Faschisierung in der BRD und der ehemaligen DDR auch an der Einschränkung und fortschreitenden Eliminierung der Rechte ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter⁵ und deren Organisationen, die seit Jahren enorm forciert werden. So an der Liquidierung des Asylrechts, an den "Ausländergesetzen", an den Sammellagern für Flüchtlinge, den mörderischen Abschiebepraktiken und an den Deportationen von Roma aus Rumänien, am brutalen Vorgehen der Polizei gegen die Sinti und Roma, die im Mai 1993 das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme besetzten, um gegen die Abschiebungen bzw. Deportationen zu demonstrieren, am Verbot der PKK und der anderen kurdischen Organisationen und den damit einhergehenden Durchsuchungen und Beschlagnahmungen in kurdischen Kulturvereinen u.ä. und an den zahlreichen Verhaftungen kurdischer Flüchtlinge (1972 hat der Staat des deutschen Imperialismus bereits GUPS und GUPA verboten [Organisationen palästinensischer StudentInnen und ArbeiterInnen], 1983 dann Devrimci Sol und Halk Der [Arbeiterorganisationen aus der Türkei]);

⁵ die von vornehmerein nicht gleichberechtigt waren, nicht die vollen "bürgerlichen Grundrechte" (z.B. Wahlrecht) besaßen. Die "Ausländergesetze", die zwar noch weiter verschärft wurden und werden, waren von Anfang an undemokratische und deutsch-chauvinistische Sondergesetze!

- * Und vor allem der mit immer offenerer und massiverer Kriegshetze verbundene Einsatz von bewaffneten Einheiten der Armee des deutschen Imperialismus, der Bundeswehr, in Somalia, ihre objektive Mittäterschaft an dem Massaker der UNO-Truppen an der somalischen Zivilbevölkerung und die Erschießung eines somalischen Mannes, was der bürgerlichen Presse gerade mal eine Randnotiz wert war, zeigt ebenso wie die Hinrichtung des RAF-Mitglieds Wolfgang Grams auf offener Straße durch die GSG 9 und die Beiläufigkeit und Unbekümmertheit bei der Kaschierung dieser Ermordung, wie weit der deutsche Imperialismus wieder vorangeschritten ist auf dem Weg der Faschisierung, der Verschärfung der Aggression nach Innen und Außen.

All das beweist, daß es vollkommen falsch ist, zwischen bürgerlicher Demokratie als Form der Diktatur der Bourgeoisie und Faschismus irgendeine grundlegende Trennung vornehmen zu wollen, daß vielmehr die bürgerliche Demokratie die Elemente der offen terroristischen Machtausübung der Bourgeoisie bereits in sich trägt und auf dem Weg zum Faschismus systematisch voranschreitet.

Damit wird nochmals deutlich, daß der Schritt des Finanzkapitals zur Errichtung der offen terroristischen Diktatur vor dem Hintergrund des schrittweisen Vorantreibens der Faschisierung zwar einen **qualitativen Sprung** ausmacht, aber nicht die Herrschafts- und Produktionsverhältnisse "grundlegend umstürzt" oder ähnliches.

Das gilt für **alle** imperialistischen Länder. Allerdings kann die Faschisierung in Abhängigkeit von den sozialen, historischen, ökonomischen Besonderheiten (und vor allem von der Bewußtheit und der Organisiertheit des kämpfenden Proletariats) durchaus in verschiedenem Tempo und in verschiedenen Formen vor sich gehen.

Aber all diese Tatsachen haben noch eine weitere wesentliche Bedeutung, die über dieses prinzipielle Verhältnis von bürgerlicher Demokratie und Faschismus hinausgeht:

Vor dem Hintergrund, daß die bürgerliche Demokratie die Elemente der faschistischen Machtausübung bereits in sich trägt, wie wir oben nachgewiesen haben, erhält man einen Maßstab dafür, wie weit es mit den bürgerlich-demokratischen "Grundrechten" und den politischen "Freiheiten" unter dem bürgerlichen Parlamentarismus tatsächlich her ist. Unserer Ansicht nach existieren diese "Freiheiten" der bürgerlichen Rechtsauffassung von der "Republik" in Deutschland heute nur in sehr verkümmter Form. Wir halten die Liquidierung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten in Deutschland, z.B. im Vergleich zur Weimarer Republik für in einem Maße fortgeschritten, das den reaktionären, **diktatorischen Charakter** dieser Form der Machtausübung der Bourgeoisie gegenüber ihrem "demokratischen" Gehalt, gegenüber den "Rechten" und "Freiheiten", die sie zuläßt, weit in den Vordergrund treten läßt.

c) Die Besonderheiten des Nazifaschismus erkennen!

Daß der Nazifaschismus als eine **ganz besondere Art des Faschismus** begriffen werden muß, das sieht auch die **Autonome Antifa (M)**, wenn sie eine seiner Besonderheiten hervorhebt:

"Nicht nur politische GegnerInnen-wie die Arbeiterbewegung samt linker Organisationen-traf der Terror. Vor allem von der faschistischen 'arischen Norm' Ausgegrenzte, also JüdInnen, Sinti, Roma, und als minderwertig angesehene Völker sowie Homosexuelle und Behinderte, wurden als der Volksgemeinschaft, dem 'Volkskörper' fremd diskriminiert und der fabrikmäßigen Vernichtung zugeführt."

("Über alle Grenzen!", S. 8)

Allerdings steckt in diesem Zitat auch ein weitverbreiteter Fehler, der aus faktischer Unkenntnis der Geschichte resultiert:

Fabrikmäßig, industriell von den Nazifaschisten vernichtet wurden Jüdinnen und Juden, wurden die Sinti und Roma, vom Kleinkind bis zum Greis, ihre gesamten Familien wurden quasi "am Fließband" ermordet. Insgesamt ermordeten die Nazifaschisten mehr als 6 Millionen Jüdinnen und Juden, mehr als 500.000 Sinti und Roma. Die übergroße Mehrheit dieser Menschen wurde in den industrialisierten Vernichtungslagern des Nazifaschismus ermordet: in Belzec, Chelmno, Sobibor, Treblinka, Majdanek-Lublin und in Auschwitz-Birkenau.

Die systematische, industrielle Vernichtung von Menschen in diesen Tötungsfabriken darf nicht einfach gleichgesetzt werden mit den Verbrechen, mit dem Terror der Nazis in den Konzentrationslagern. Auch dort herrschte eine Brutalität, die kaum vorstellbar ist, auch dort wurde systematisch gefoltert und getötet, gab es massenhafte willkürliche Hinrichtungen, gehörte Sklavenarbeit aufgrund der Lebensbedingungen entstandene, provozierte und nicht behandelte Krankheiten und Seuchen, Schlafentzug und viele andere Bestialitäten sozusagen zum "Alltag". Aber die bis ins letzte Detail, mit "deutscher Gründlichkeit" geplante und ausgeführte Vernichtung von Millionen Menschen in einer ausschließlich dafür konstruierten Tötungsindustrie-das ist demgegenüber von einer ganz anderen Qualität.

Die historische Genauigkeit und die differenzierte Betrachtung in der Auseinandersetzung mit dem Nazifaschismus halten wir für unbedingt notwendig:

- * Durch das "Euthanasie"-Programm der Nazifaschisten wurden mehr als 200.000 kranke und behinderte Menschen ermordet, davon die meisten aus Polen, der Sowjetunion, Deutschland und Österreich. Unter Geheimhaltung begannen die Nazis dieses Vernichtungsprogramm im Oktober 1939, dabei wurde Giftgas eingesetzt. Das war sozusagen die Vorbereitung der Nazis auf die industrielle Massenvernichtung in den Gaskammern der Vernichtungslager ab 1942. Ab 1941 wurde die Ermordung der Kranken und Behinderten dann mit tödlichen Spritzen, mit Medikamenten und auch durch systematisches "Verhungernlassen" durchgeführt.
- * Homosexuelle Männer oder als von den Nazis als homosexuell bezeichnete Männer, sofern sie als "arisch" galten, fielen dem Programm der Nazis zur "Umerziehung" zum Opfer. Das bedeutete die Einlieferung in ein KZ, Kastration und pseudomedizinische Mißhandlung sowie Zwangsarbeit. Es gab ca. 50.000 Urteile durch die Nazis und hunderttausende "Ermittlungsverfahren". In den KZ's waren mindestens 15.000 tatsächliche oder als solche denunzierte Schwule inhaftiert, davon wurden 60 % getötet.
- * Lesbische Frauen und Frauen, die die Nazis für Lesben hielten wurden auch in die KZs gesteckt, was nahezu immer Sklavenarbeit und Zwangsprostitution bedeutete. Viele dieser Frauen wurden von den Nazis ermordet.

- * Die Nazis vernichteten in Polen fast ein Viertel der Bevölkerung, das waren 6 Millionen Menschen, davon 3,4 Millionen Jüdinnen und Juden. Mehr als 3,5 Millionen Menschen wurden systematisch ermordet, sowohl in Vernichtungslagern als auch durch öffentliche Hinrichtungen, durch Ghettoliquidierung und sogenannte "Befriedungsaktionen". Es gab 2,4 Millionen Zwangsumsiedlungen und ebensoviele Verschleppungen zur Zwangsarbeit nach Deutschland.
- * Systematisch vernichtet wurden von den Nazifaschisten auch die sowjetischen Kriegsgefangenen. 3,3 Millionen Ermordungen von RotarmistInnen durch Hinrichtung, Hunger, Entzug von Kleidung und Unterkunft durch die Wehrmacht. 1941 begann die Selektion aus den Gefangenengelagern in die KZ's durch Heydrichs SD und die SS-"Einsatzkommandos". Auch das Giftgas Zyklon-B wurde erstmals an sowjetischen Gefangenen "erprobt". Einschließlich der Kriegsopfer kamen durch den Nazifaschismus mehr als 20 Millionen Bürger und Bürgerinnen der Sowjetunion ums Leben.
- * Auch Menschen, die von den Nazis als "Asoziale" klassifiziert wurden (ca. 10 Millionen waren als solche erfaßt), wurden verfolgt und vernichtet. "Vorbeugehaft", "Anstaltseinweisung" und Sterilisierung-davon waren diese Menschen bedroht, mindestens 23.600 Menschen kamen dadurch ums Leben.

(Genauer in: "*Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus*", **Gegen die Strömung** Nr. 62)

Die **Autonomen Antifa (M)** setzt sich mit den historischen Gründe für die Besonderheiten des Nazifaschismus auseinander, was wir ganz wichtig finden:

"Ohne die Tendenz faschistischer Mobilisierung für andere imperialistische Staaten zu verdecken, war ein wichtiges Element der Entstehung des Faschismus in Deutschland der besondere Nationalcharakter Deutschlands. Der wiederum findet seine Ursachen in der Entstehung Deutschlands selbst und vor allem den Folgen des I. Weltkrieges."

(("Über alle Grenzen!", S. 9, Hervorhebungen von uns)

Dies ist ein richtiger Ansatz, um sich Klarheit darüber zu verschaffen, was die Besonderheiten des Nazifaschismus und die Ursachen dafür sind, und wir würden gerne über solche Ansätze diskutieren, wie auch über den ganz wichtigen Erklärungsansatz aus "*Drahtzieher im braunen Netz*":⁶

"In keinem westeuropäischen Land sind demokratische Traditionen sowenig verankert wie in Deutschland. Der Charakter der deutschen Nation ist seit der zweiten Reichsgründung 1871 ausschließlich durch die alteingesessene herrschende Klasse bestimmt worden, während er in anderen europäischen Ländern Resultat einer bürgerlichen Revolution war."

(("Drahtzieher im braunen Netz", S. 134)

Aber die Erkenntnis der Tatsache, daß **der Nazifaschismus ein besonderer Faschismus** war, ist in der gesamten Scene, sowohl bei Antiimps und Autonomen, als auch bei der Antifa-Bewegung leider keineswegs weitverbreitet.

⁶ Zur genauen Auseinandersetzung mit den Ursachen für die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus empfehlen wir die Nr. 48 von **Gegen die Strömung**, ein Dokument deren erster Parteikonferenz: "*Tod dem westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!*"

Immer wieder, wenn wir in Diskussionen diese Position vertreten, etwa daß der Nazifaschismus z.B. nicht mit dem italienischen Faschismus gleichgesetzt werden kann, stoßen wir auf Widerspruch. Dabei gibt es unumstößliche Beweise für diese Tatsache, z.B. hat es im italienischen Faschismus keine rassistisch motivierte systematische Vernichtung von Menschen gegeben. Es gibt ganz offensichtliche Besonderheiten des Nazifaschismus, von denen wir die unserer Ansicht nach wichtigsten nachfolgend darstellen.

Ein weiteres Problem in Diskussionen ist häufig, daß die **Wichtigkeit der Besonderheiten des Nazifaschismus für den heutigen antifaschistischen Kampf** nicht erkannt wird.

Wir denken, daß es vor allem aus folgenden Gründen wichtig und notwendig ist, sich die Besonderheiten des Nazifaschismus voll bewußt zu machen:

* **Die historischen Bedingungen, die den Nazi-Faschismus hervorgebracht haben, sind keineswegs beseitigt.** Der deutsche Imperialismus, das kapitalistische Gesellschaftssystem in BRD und der Ex-DDR existiert nach wie vor. Die Leute von der **Autonomen Antifa (M)** formulieren die Tatsache der **ungebrochenen Tradition** so:

"Das Ende des Nationalsozialismus war ein von außen, militärisch erzwungenes; das bedeutete aber nicht das Ende der Ursachen des Faschismus und damit der nazistischen Volksgemeinschaft, im Gegenteil..."

("Über alle Grenzen!", S. 9)

Zuerst zum Begriff "Nationalsozialismus": Dieser Begriff ist ein ganz übler Propagandatrick, damit wurde einerseits der Nazifaschismus und seine Ideologie auch noch "sozialistisch" bemängelt, was die mit irgendeiner ganz falschen Vorstellung vom Sozialismus irgendwie sympathisierenden chauvinistischen Massen für den Nazi-Faschismus mobilisierte. Andererseits ist dieser Begriff die allerübelste Verleumdung des Sozialismus überhaupt, und seine Verwendung heute dient objektiv der Gleichsetzung der nazifaschistischen Verbrechen mit dem antifaschistischen Befreiungskampf der Völker der damals sozialistischen Sowjetunion, ist Wasser auf die Mühlen der "Totalitärismustheorie", verleumdet KommunistInnen, indem sie mit Nazis gleichgesetzt werden und leugnet den zutiefst internationalistischen Charakter des Sozialismus. Und diese Funktion ist den deutschen Imperialisten heute auch sehr wohl bewußt, ist der Grund, warum der Propagandaapparat dieses Staates diesen Begriff auch heute bevorzugt benutzt. (Und: "Faschismus" oder gar "Nazifaschismus"-das klingt doch auch viel zu garstig...) Deshalb denken wir, daß **dieser Begriff in der antifaschistischen Bewegung nichts zu suchen hat!**

Deshalb ist die Gefahr der Errichtung der offen terroristischen Diktatur des Finanzkapitals nicht beseitigt. Der Kampf gegen diese Gefahr kann nur gelingen, wenn wir genau wissen, mit welchem Feind wir es zu tun haben, welche Mittel er anwendet usw., das heißt, wenn wir die Besonderheiten des Nazi-Faschismus studiert haben.

* Bei allen Kämpfen gegen die Nazis zeigt sich bald, daß es auch notwendig ist, sich mit ihren dreckigen "Argumenten", ihrer nazifaschistischen Ideologie vom "Recht des Stärkeren" auseinanderzusetzen, auch wenn einem das erstmal gefühlsmäßig widerstrebt. Denn die Ideologie der heutigen Nazis, die weiter lebt und sich immer mehr verbreitet, hat ihre Wurzeln im System des Nazi-Faschismus, wo sie zwischen 1933 und 1945 Staatsdoktrin war und millionenfach verbreitet wurde. Aber es gibt noch einen weiteren Grund: **Die Nazi-Ideologie ist nur die ins extrem gesteigerte Ideologie der deutschen Bourgeoisie**, deren wesentlichste Elemente sind: **Deutscher Chauvinismus, Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus und Antikommunismus.**

Um die Faschisierung in BRD und der Ex-DDR bekämpfen zu können, ist es also nötig, auch die Ideologie der deutschen Bourgeoisie zu bekämpfen, mit der die einzelnen Schritte der Faschisierung verschleiert und "begründet" werden.

Folgende Besonderheiten des Nazifaschismus halten wir für die wesentlichsten:

Die Nazifaschisten hatten eine riesige Massenbasis im Volk

Es sind unumstößliche Tatsachen, daß es im Gegensatz zu Italien oder Spanien innerhalb Deutschlands nie ernstlichen, massiven bewaffneten Widerstand gegen den Nazifaschismus gegeben hat. Im faschistischen Italien dagegen gab es starke antifaschistische Partisaneneinheiten, und der spanische Bürgerkrieg ist ja wohl der augenfälligste Beweis, daß es auch dort keine mit Deutschland vergleichbare Massenunterstützung für den Faschismus gegeben hat.

Hier wurde die Errichtung der nazifaschistischen Diktatur sogar noch durch große Teile des deutschen Volkes demokratisch legitimiert, die NSDAP wurde massenhaft gewählt! Z.B. bekam sie 1932 37,4 %, 1933 dann 43,9 % der abgegebenen Stimmen.

Diese Unterschiede dürfen nicht ignoriert werden.

Darüberhinaus: wie wäre ohne die Unterstützung großer Teile des deutschen Volkes für die Nazis der nahezu reibungslose Übergang von Weimarer Republik zum Nazifaschismus möglich gewesen? Wie hätten die diversen Organisationen der Nazifaschisten zu solch großen Massenorganisationen werden können? Dazu ein paar Zahlen:

* Die **NSDAP** hatte 1937 2.400.000 Parteimitglieder, 1939 bereits 3.500.000, später über 10 Millionen.

* Die Mitgliederzahlen der **SA** stieg bis 1934 auf 2,5 Millionen an.

Und das waren keine Organisationen, in die man gezwungen wurde, wer darin organisiert war, war das freiwillig!

"Die Gesamtzahl der unter dem Einfluß der NSDAP Gestandenen dürfte im Jahre (1939) mindestens 22,5 Millionen betragen haben oder 50 Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung von 45 Millionen."

(Quelle: Paul Merker, "Deutschland-Sein oder nicht sein?", 2. Band, 1945)

Auch muß unbedingt gesehen werden, daß die übergroße Mehrzahl der anderen 50 % der deutschen Bevölkerung weder Widerstandskämpfer- noch AntifaschistInnen gewesen sind. Sie haben in der Mehrzahl das System des Nazifaschismus auch aktiv unterstützt oder eben geschwiegen und keinen Widerstand geleistet. Nur ein kleiner Teil von einigen zehntausend hat wirklich Widerstand geleistet, hat in der Illegalität und unter großen Opfern gegen das Nazi-Regime in Deutschland gekämpft.

Der Nazifaschismus konnte sich bei seinem imperialistischen Raubkrieg, seinen Völkermordverbrechen auf eine bisher in Deutschland noch nie dagewesene Massenverankerung stützen-bis zum Ende des Krieges. Vor allem auch das macht seine Stärke aus. Daraus ergibt sich eine **Mitschuld der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen der Nazifaschisten**.

Und über diesen Faktor der **Mitschuld** hinaus ist noch eins wesentlich: Für die Verbrechen des Nazifaschismus kann und muß für das gesamte deutsche Volk, einschließlich der Kommunisten und sonstigen Widerstandskämpfer, von einer **Mitverantwortung** gesprochen werden, denn auch diese waren nicht in der Lage, die Errichtung des Nazifaschismus und dessen weltgeschichtlich

einzigartigen Verbrechen zu verhindern. Diese Mitverantwortung erstreckt sich unseres Erachtens auch auf den Teil des deutschen Volkes, der den Nazifaschismus selbst nicht erlebt hat, also auf uns heute, und zwar so lange, wie **die ungebrochene Tradition des deutschen Imperialismus nicht gebrochen** worden ist, bis der deutsche Imperialismus zerschlagen und die Diktatur des Proletariats hier errichtet ist und vor allem, bis diese durch die **bedingungsloseste und opferbereiteste Entschädigung aller früher und heute vom deutschen Imperialismus geknechteten Völker** unter Beweis gestellt hat, daß das deutsche Proletariat einschließlich seiner Kommunistischen Partei **tatsächlich**-nicht nur in Worten-aus seiner Geschichte gelernt und die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen hat.

Die Betonung dieser Tatsache soll keineswegs das **Finanzkapital als Hauptschuldigen** aus der Schußlinie nehmen, wie das die "Kollektivschuldthese" der bürgerlichen Geschichtsfälscher tut. Doch ist unbestreitbar, daß dem Finanzkapital mit seinen Nazis aufgrund dieser Tatsache die Durchsetzung seiner Interessen enorm erleichtert wurde.

Der Nazifaschismus war ein gewaltiger Faktor des Imperialismus zur Zerschlagung der internationalen revolutionären Kräfte

Es blieb nicht bei der **Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen** in Deutschland. In allen Ländern, die der deutsche Imperialismus besetzte, in denen die Nazifaschisten ihre Schreckensherrschaft errichteten, wütete er mit brutalster Verfolgung, mit Gefängnis und KZ, Folter und Mord gegen die Arbeiterbewegung, gegen Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschisten und Antifaschistinnen.

Aber auch dabei blieb es nicht. 1941 schlug das nazifaschistische Deutschland gegen die sozialistische Sowjetunion los, mit dem Ziel, dort den Sozialismus zu vernichten. Das war nicht nur ein **Schlag gegen das Proletariat der Sowjetunion, sondern gleichzeitig gegen die Arbeiterbewegung und revolutionären Bewegungen aller Länder**, für deren Kampf das erste sozialistische Land Stütze und Orientierung war (Originalton Hitler: "Im übrigen laßt euch keinen Moment von unserer Parole abbringen, sie heißt: Vernichtung des Marxismus").

Und weil der Nazifaschismus aufgrund seiner ökonomischen, politischen und militärischen Stärke als einziger für die "Reinigung" Europas vom Kommunismus in Frage kam, ließen ihm die anderen imperialistischen Mächte zu Beginn relativ freie Hand; dies lag auch in ihrem Interesse. Das zeigt sich z.B. auch am "Münchener Abkommen" 1938, wo England und Frankreich Nazideutschland Teile der Tschechoslowakei zugestanden. Das zeigt sich auch daran, daß alle Angebote der damals sozialistischen Sowjetunion für einen Beistandspakt gegen den Nazifaschismus von den westlichen Imperialisten zurückgewiesen wurden (Vgl. dazu auch RB Nr. 8).

Für den deutschen Imperialismus und seine Nazis war bei dem ganzen Raubkrieg natürlich auch ein anderes Ziel wesentlich, bzw. beide Ziele ergänzten sich: Er wollte die **Weltherrschaft** eringen. Und das war nicht möglich ohne die **Vernichtung der kommunistischen Weltbewegung einschließlich der damals sozialistischen Sowjetunion**.

Die bisherige Einmaligkeit der Nazi-Verbrechen

Um ihre Ziele zu erreichen, gingen die deutschen Imperialisten im Nazifaschismus **zunächst mit "normalen" Terror** vor, wie ihn auch der italienische Faschismus z.B. anwandte: Verbot fortschrittlicher Arbeiterorganisationen, massenhafte Verfolgung und Inhaftierung von Kommunistinnen und Kommunisten, Folter, Mord, usw.

Aber ab 1938 mit dem Überfall auf andere Länder und insbesondere nach dem Überfall auf Polen 1939 und die Sowjetunion 1941 wurde der **Terror soweit gesteigert**, daß er alles bisher dagewesene in den Schatten stellte: Die Bombardierung ganzer Großstädte (z.B. Warschau und Rotterdam), der Terror gegen die Bevölkerung der besetzten Länder, ihre Verschleppung zur Zwangsarbeit nach Deutschland (1943 waren mehr als 30 % der Werktätigen in Deutschland ZwangsarbeiterInnen), das Wüten der Erschießungskommandos von Wehrmacht und SS, die Geiselerschießungen, um den Widerstand zu brechen und Partisanenaktionen zu unterbinden, all das war gängige Praxis der Nazis während des Krieges.

Millionenfaches rassistisches Morden von "SS-Einsatzgruppen" und der Nazi-Wehrmacht, die systematische Liquidierung ganzer Dörfer in den besetzten Ländern, der systematische Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen, der Beginn des Mordens durch Giftgas, all das geschah mit dem **Ziel**, Lähmen und Entsetzen auch bei den Völkern, die noch nicht von den Nazis überfallen worden waren, zu verbreiten und die Unbesiegbarkeit der deutschen Armee zu beweisen. Es war der Anfang einer **qualitativ neuen Stufe des Terrors** der Nazifaschisten.

1942 begann die **barbarischste Form des Mordens, die es je in der Weltgeschichte gegeben hat: Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung und der Sinti und Roma in industrialisierten Vernichtungslagern**. Die fabrikmäßige Vernichtung von mehr als 6 Millionen jüdischen Menschen und 500.000 Sinti und Roma in den Todesfabriken von Chelmo und Sobibor, Treblinka und Belzec, Majdanek-Lublin und Auschwitz-Birkenau.

Wie kann diese Art des Völkermords erklärt werden? Ganz falsch ist es, zu denken, das hätten die Nazis vor allem aus ökonomischen Gründen durchgeführt, um Profit daraus zu ziehen. Das ist ganz und gar falsch und wurde und wird vor allem von den Revisionisten verschiedenster Schattierungen verbreitet. Sicherlich zogen die Nazis aus dem Vermögen der Ermordeten, aus der Verwertung der Leichen ihren Profit. Aber das war **nicht der Hauptgrund**, warum der Völkermord auf diese bestialische Weise durchgeführt wurde.

Auch falsch und eine Unterschätzung der Aggressivität des deutschen Imperialismus ist die weitverbreitete Vorstellung, daß das alles sinnlos gewesen sei. Und solche Haltungen werden auch von der **Autonomen Antifa (M)** kritisiert:

"Wer nun immer vom Schlimmsten (wie dem NS-Staat) als einmaliger Katastrophe, als 'Ausfall jeglicher Vernunft' und als teuflischem Gebilde schwadroniert, begeht am historischen Kontext Schönfärberei und vertuscht die bis zur Gegenwart reichenden Traditionslinien und Dimensionen"

("Über alle Grenzen!", S. 10, Hervorhebungen v. uns)

Eine in diesem Sinne ganz falsche Position wird z.B. im "Das Netzbeschmutz-antifaschistische Zeitung aus Göttingen" vertreten:

"auschwitz ist aber auch einzigartig und das was dort passierte, ist als etwas besonderes zu verstehen, z.b. durch den abstraktionsgrad der vernichtung und die sinnlosigkeit, die dahinter stand."

(Ausgabe 12 / 92-1 / 93, S. 8, Hervorhebungen v. uns)

Richtig ist daran, daß die Verbrechen von Auschwitz bisher einmalig in der Geschichte sind. Daß allerdings diese Naziverbrechen "sinnlos" gewesen seien, "irrational", ist eine weitverbreitete Vorstellung, die sich zwar angesichts des Ausmaßes der Verbrechen und ihres "Abstraktionsgrades" aufdrängt, aber diese Vorstellung ist nur bei oberflächlicher Betrachtung haltbar. Unserer Ansicht nach ist diese "Sinnlosigkeit" nur scheinbar. Denn der konkrete Nutzen und die Absicht, mit der die

deutschen Imperialisten und ihre Nazis die Verbrechen von Auschwitz, den Völkermord in den Vernichtungslagern planten und durchführten, lassen sich benennen:

Es ging darum, weltweit, für "tausend Jahre" ein an Brutalität und Grausamkeit welthistorisch bisher einmaliges Exempel zu statuieren. Die Herrschaft über die Völker sollte mittels Furcht und Schrecken aufrechterhalten werden, jeder Widerstand im Keim ersticken und zerschlagen werden. Der deutsche Imperialismus wollte so allen Völkern der Welt demonstrieren, zu welchen barbarischen Verbrechen er fähig ist.

Diese Einmaligkeit des nazistischen Völkermords hat die militärische Niederlage Nazi-Deutschlands bei weitem überdauert, sie **wirkt auch heute noch**. Sie wirkt weiter als Drohung an die Völker, nun beim dritten Anlauf des deutschen Imperialismus auf die Weltherrschaft keinen Widerstand zu leisten, sich dem deutschen Imperialismus "freiwillig" zu ergeben.

Das antifaschistische Autorenkollektiv, die Verfasser des in der Szene weitverbreiteten Buches *"Drahtzieher im braunen Netz"* (das eine wirklich gute Recherche über die Nazi-Organisationen und ihre Zusammenarbeit geleistet hat) behauptet, der Nazifaschismus sei zumindest zu Ende des Krieges kein Instrument des deutschen Finanzkapitals gewesen, sondern hätte entgegen dessen Interessen gehandelt, indem die Nazis den Krieg fortführten:

"Eine faschistische Massenbewegung nach historischem Muster ist, einmal zur Macht gelangt, auch vom Kapital nicht mehr zu stoppen. Das mußten die deutschen Wirtschaftsbosse 1942 erfahren, als der Krieg augenscheinlich verloren war, sie ihn aber trotzdem nicht vorzeitig beenden konnten. Das Bestreben der Herrschenden muß daher sein, die Neofaschisten nicht mehr an die Macht zu lassen."

(*"Drahtzieher im braunen Netz"*, S. 140, Hervorhebungen v. uns)

Die Nazis standen 1942 auf dem Höhepunkt ihrer Siege, das deutsche Finanzkapital war zufrieden mit seinen Nazis und wollte keinesfalls den Krieg beenden. Das ist eine ganz falsche **Verharmlosung** des deutschen Finanzkapitals.

Zwar war gegen Ende des Krieges der Nazi-Apparat in gewisser Weise nicht mehr vollständig funktionsfähig, keineswegs mehr so zentralisiert. Das hat aber alles nichts damit zu tun, daß sich der Nazifaschismus gegen das Finanzkapital stellte, wie im Buch behauptet. Er war auch zu dieser Zeit sein Instrument, auch wenn einzelne Entscheidungen der Nazis ihm vielleicht nicht vollständig in das Konzept paßten.

Ganz falsch und eine Unterschätzung der Gefährlichkeit und besonderen Aggressivität der deutschen Bourgeoisie ist die Vorstellung, daß die deutsche Bourgeoisie ihre politischen Geschäfte nicht mehr in die Hände der Nazis legen würde. **Wenn die Arbeiterbewegung hier wieder so stark ist, daß sie die Macht der Bourgeoisie gefährdet, dann wird der westdeutsche Imperialismus nicht zögern, eine faschistische Diktatur zu errichten. Er wird nicht zögern dies zu tun, wenn er die "Ruhe an der inneren Front" braucht, um Raubkriege nach außen vorzubereiten und durchzuführen.**

Wenn klar ist, daß das deutsche Finanzkapital, wenn es zu seiner Herrschaftssicherung nötig ist, **erneut eine faschistische Macht errichten** wird, dann ist es auch **möglich, daß das deutsche Finanzkapital wieder zur Herrschaftsform Nazi-Faschismus greift** und sich ähnlicher Terrormethoden bedienen wird wie 1933-45. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es Völkermordverbrechen begehen wird, die sogar die Verbrechen des Nazifaschismus in den Schatten stellen werden, um nun im "3. Anlauf" nach 1914 und 1939 seine Weltherrschaftspläne in die Tat umzusetzen.

2) Wichtige Aspekte des antifaschistischen / demokratischen Kampfes heute

a) Ohne den entschiedenen Kampf gegen Revisionisten und Opportunisten und ihre Ideen ist an wirklichen antifaschistischen / demokratischen Kampf nicht zu denken!

In der gesamten Antifa-Scene ist die Zielsetzung der "*Einheit aller Linken*" weitverbreitet. Mit der Begründung, "*wir wollen doch alle das gleiche*" oder auch "*wir müssen unbedingt mehr, nicht weniger werden*" wird oft propagiert, daß nur diese "*Einheit*" den antifaschistischen Kampf vorwärts bringen könne.

Auch wir haben früher mit allen möglichen sich links gebärdenden Gruppen oder Parteien zusammengearbeitet, ohne je ihre inhaltlichen Positionen geprüft zu haben und dabei oft-ohne es wirklich zu merken-mehr Reklame für diese Organisationen gemacht als wir unsere eigenen Inhalte dargestellt und umgesetzt haben. Die Idee von der "*Einheit der Linken*", war bei uns genauso fester Bestandteil unserer Aktionen usw., wie sie auch heute noch sehr weit verbreitet ist und sich bereits in allen Bereichen des demokratischen Kampfes festgesetzt hat.

In der Praxis sieht das dann immer öfter so aus, daß DKP, MLPD, PDS, der "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" und ähnliches bei Antifas, aber auch bei Autonomen und Antiimps als Bündnispartner anerkannt werden und darüber die Möglichkeit erhalten, antifaschistische und andere demokratische Bündnisse in immer stärkerem Maße ideologisch und organisatorisch zu bestimmen.

Auch die Antifa (M) hat auf dem Umschlag ihrer Broschüre „Über alle Grenzen“ die Parole „Zusammen kämpfen“. Wie die Antifa (M) das versucht umzusetzen beschreibt sie in ihrer Dokumentation zur Demo in Adelebsen (20.3.1993):

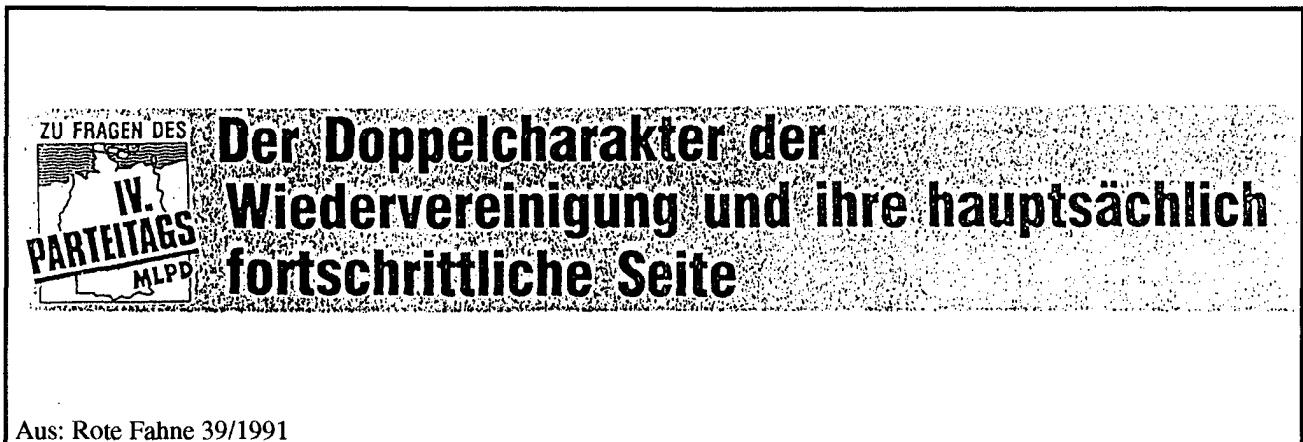
„Grundsätzlich ist die Politik der Autonomen Antifa (M) um eine Einbettung autonomer/antiimperialistischer Positionen in die allgemeine Auseinandersetzung bemüht...Daher ist auch die Zusammenarbeit mit Gruppen, die nicht aus dem klassischen linken Spektrum stammen, wichtig und angestrebt.“ (S. 6)

Konkret bedeutet daß, daß die Antifa (M) mit Organisationen wie der VVN, der DKP und auch der PDS zunehmend Bündnisse eingehet, um antifaschistische Demos wie z.B. in Adelebsen durchzuführen. Grundsätzliche Kritik von der Antifa (M) an diesen Organisationen kennen wir nicht.

Solche oder ähnliche Zusammenarbeit wäre ja auch an und für sich nichts schlechtes, wenn dadurch der antifaschistische Kampf weitergebracht würde, wenn dadurch antifaschistisch-demokratische Inhalte in die Bewegung getragen würden.

Aber um solche Aufgaben zu erfüllen, sind die hier genannten Organisationen nicht nur vollkommen ungeeignet, sondern sogar Zentnerklöte am Bein. Denn sieht man sich diese Organisationen und Parteien mal genauer an, prüft ihre Ideen, so zeigt sich bald, daß trotz aller pseudorevolutionärer-antifaschistischer Fassade dahinter vor allem **nationalistisch-chauvinistische, reformistisch-pazifistische Ideen und Handlungen** zu finden sind. Und darauf wollen wir hier einige Streiflichter werfen und einige der schlimmsten Positionen aufzeigen.

- Daß die MLPD spätestens durch ihre beifallspendende Haltung zur Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus sich als nationalistisch-chauvinistische Kraft entlarvt hat, ist einigen AntifaschistInnen schon klargeworden. Da wurde die Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus mit ihrer angeblich "*hauptsächlich fortschrittlichen Seite*" gefeiert. (Rote Fahne 39/1991)



- Die Nachfolgeorganisation der revisionistischen SED, die PDS, bringt in ihrem Zentralorgan "Neues Deutschland" einige Tage nach dem Pogrom von Rostock den widerlichen „Aufmacher“:

"Eine heiße Nacht, 'spannender als SAT 1'“,
 („Neues Deutschland“, 26.9.92)

Dann darf "der kleine Mann von der Straße" das „gesunde deutsche Volksempfinden“ unwidersprochen ausdrücken, d.h. der Hetze gegen Sinti und Roma freien Lauf lassen, indem ein „Hauptargument“ des Antiziganismus gebracht wird: Die angeblichen „dreckigen Zigeuner“, die „Deutschland verschmutzen“, d.h. den „deutschen Rasen“:

"Uns stören ja nicht die Asylanten an sich, aber diese Zigeuner. Unsere schöne Rasenfläche haben sie zu einer Müllkippe gemacht, frech sind sie auch."

(ebenda)

Weitere „kleine Männer“, Beifallklatscher und damit Unterstützer des Pogroms in Rostock dürfen über ihre Situation lamentieren, so daß eindeutig für die Täter von Rostock Verständnis geschürt wird. Die widerliche chauvinistische Hetze richtet sich dann gegen alle „Fremde“, indem die Hetze von den „dreckigen Ausländern“, denen es ja eh besser geht als „Deutschen“ freien Lauf gelassen wird:

"Das ist spannender als SAT 1 (...) Ich bin arbeitslos und versorge eine schwerbehinderte Frau, ich kann meine Miete bald nicht mehr bezahlen und die kriegen noch 10 Mark am Tag und versauen die Häuser."

(ebenda)

**Hetze gegen Sinti und Roma im „Neuen Deutschland“,
Zeitung der der PDS, vom 26.9.1992**

ND-Reporter erfuhr am Morgen danach auf dem Schlachtfeld von Rostock-Lichtenhagen:

Eine heiße Nacht, „spannender als SAT 1“

Uns stören ja nicht die Asylanten an sich, aber diese Zigeuner... Unsere schöne Rasenfläche haben die zu einer Müllkippe gemacht, frech sind sie auch

Eine logisch Fortsetzung dieser verständnisvollen Haltung gegenüber den Tätern des Pogroms von Rostock ist z.B. das Treffen der PDS-Vizechefin Christine Ostrowski mit dem Führer der nazistischen "Nationalen Offensive (NO)", die in Rostock mit an vorderster Front den Pogrom initiiert und mit durchgeführt haben:

"sachlich und friedlich über die Programme von PDS und NO gesprochen und über ein gemeinsames Projekt nachgedacht (...) Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut."

(In einem Interview mit der "Dresdener Neueste Nachrichten" vom 9. März 1993)

Wer jetzt meint, dagegen hätte es innerhalb der PDS großen Protest gegeben, der irrt. Auf der Delegiertenkonferenz am 17. März, als "Genossin" Ostrowski die Vertrauensfrage stellte, sprachen sich Gäste und Delegierte für ihr Verbleiben aus.

□ Nun zum "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD". Mit der Broschüre "Damit Deutschland den Deutschen gehört" (Erstauflage mit schwarz-rot-goldener Deutschlandfahne auf dem Cover!) appelliert der "Arbeiterbund" an die "wirklich national gesinnten Menschen", an "jeden patriotisch gesinnten Menschen", an die, "die ihr deutsches Vaterland lieben" (genannte Broschüre, Seiten 15, 24 und 14). Genauso weiter geht es auf Seite 3 dieses Schmierheftchens:

"Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (...) wendet sich damit (...) an alle Menschen in BRD und Westberlin, in denen der Wunsch nach der Wiedervereinigung ihrer deutschen Heimat noch so lebendig wie bei Beginn der Spaltung ist."

Dazu sind wohl keine kommentierenden Worte mehr nötig.

**Titelblatt der deutsch-chauvinistischen Broschüre des „Arbeiterbundes“
„Damit Deutschland den Deutschen gehört“**



Diese Auswahl nationalistischer und chauvinistischer Hetze und Positionen ist sicherlich nicht ausreichend, um wirklich zu beweisen, daß diese Organisationen und Parteien in fortschrittlichen Bewegungen wie der Antifa-Bewegung nichts, aber auch gar nichts zu suchen haben.

Es scheint klar, daß diesem chauvinistischen Zeug und seinen Vertretern offen und öffentlich der Kampf erklärt werden muß. Das ist aber aufgrund unserer Erfahrung leider nicht so. Immer wieder mußten wir feststellen, daß solche oder ähnliche Positionen zwar als „Scheiße“ eingeschätzt wurden, aber aus falsch verstandenen „Einheitsdenken“ nicht bekämpft, ja ignoriert wurden und zur Tagesordnung der Zusammenarbeit mit den Propagandisten dieser Ideen übergegangen wurde.

Deshalb denken wir, daß die Auseinandersetzung mit diesen Organisationen im Hinblick auf den demokratischen Kampf genauer, tiefergehender und ausführlicher geführt werden muß, daß das unumgänglich für einen wirklichen Fortschritt innerhalb der demokratischen Bewegung in Deutschland ist. Denn:

* Chauvinismus oder auch Pazifismus in der antifaschistischen Bewegung zuzulassen, das bedeutet, ihr in den Rücken zu fallen. Das stärkt nicht, das schwächt ganz entscheidend, denn auf dieser Grundlage kann z.B. niemals wirkliche internationalistische Solidarität im Kampf gegen die Nazis geschaffen werden, genauso wie ein breiter militanter antinazistischer Kampf nur aufgebaut werden kann im Kampf gegen die Ideologie des Pazifismus und ihre Propagandisten.

Vor allem Nationalismus, deutscher Chauvinismus, Legalismus, Illusionen in den deutschen Staat und Pazifismus-um nur die wichtigsten falschen Ansichten zu nennen -, müssen deshalb entlarvt und die opportunistischen und revisionistischen Organisationen und Parteien, die diese Ideen verbreiten und schüren, aus der Bewegung hinausgeworfen werden. Auch wenn sie noch so sehr unter fortschrittlicher oder gar kommunistischer Fahne sich tarnend daherkommen. Das ist der einzige Weg, der die antifaschistische Bewegung stärkt, der **eine wirklich radikal demokratisch-antifaschistische Einheit** garantieren kann.

Dazu ist natürlich nötig, so schwer einem das fällt, sich mit den Positionen dieser Opportunisten genauer zu beschäftigen, um sie überhaupt entlarven zu können, um überhaupt verstehen zu können, was daran falsch und schädlich ist. Das geht aber nur, wenn man sich gleichzeitig zu jedem Punkt die

richtige Position erarbeitet, daß z.B. dem Nationalismus die internationale Solidarität entgegengesetzt werden und wie die konkret aussehen muß.

* Auch aus einem weiteren Grund ist es zentral, sich genau mit den opportunistischen Positionen in der Antifa-Bewegung zu beschäftigen. Denn das Problem dieser falschen Positionen und ihrer Propagandisten liegt nicht allein darin, daß sie auf dem Papier oder durch Megaphone auf Demos völlig ungestört verbreitet werden können, sondern daß sie bedingt durch den fehlenden Kampf gegen sie aufgrund der falschen Haltung des „Zusammen Kämpfens“, die ja schon jahrelang in der linken Scene praktiziert wird auch eine riesige Wirkung auf viele Köpfe der Demokraten und Demokratinnen haben.

Das deutlichste Beispiel für eine Art von Pazifismus, der sich bis zur „Radikal“ durchgesetzt hat war das Gejammer, in Szene-Zeitschriften, ob die *„Tötung eines Faschisten“* legitim sei, nachdem der Nazi Kaindel von der *„Deutschen Liga“* in einer Auseinandersetzung mit Antifas verdient sein dreckiges Leben lassen mußte. Sicherlich spielt die jahrelange Propaganda des Pazifismus solcher Organisationen wie der DKP eine gewichtige Rolle dafür, daß solche Positionen sich bei Autonomen durchsetzen bzw. immer weiter ausbreiten können.

Nur durch die **gegenseitige Kritik und die Selbtkritik** dieser und ähnlicher Positionen und ihre ideologische Zerschlagung in den Köpfen der demokratischen Kräfte und die Herausarbeitung des engen Zusammenhangs mit den entsprechenden Positionen der opportunistischen Organisationen wird es möglich sein, die derzeitige antifaschistische Bewegung militanter, schlagkräftiger und politisch zu einer wirklich radikal-demokratischen Bewegung zu machen, die dann auch alle Verräter und Opportunisten aus ihren Reihen verjagen wird.

b) Den demokratischen Kampf Schulter an Schulter mit Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern, mit jüdischer Bevölkerung, Sinti und Roma und allen von Rassismus und Chauvinismus Verfolgten ausfechten!

Die Zusammenarbeit der Antifa-Kräfte als wichtige anstehende Aufgabe ist der großen Mehrheit der Antifas in bestimmten Ansätzen bewußt. So ist es selbstverständlich, zu bestimmten Demos, wie z.B. gegen den "Rudolf Hess Gedenkmarsch" oder gegen den jährlich stattfindenden DVU-Parteitag in Passau bundesweit zu mobilisieren. Parolen wie "*Schafft die antifaschistische Einheit!*" und "*Hoch die internationale Solidarität!*" sind gängige, allgemein anerkannte Forderungen.

Auch unserer Meinung nach ist der bundesweite **Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte** Voraussetzung für einen effektiven Kampf gegen die Nazi-Banden und die Faschisierung.

In der Praxis allerdings kochen viele Gruppen in ihrer Stadt/Region ihr eigenes Süppchen, ist die Umsetzung nur an einigen Punkten vorhanden und im Großen und Ganzen ist der Regionalismus, die Zersplitterung der antifaschistischen Kräfte vorherrschend.

Das Entstehen der **Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO)** ist ein wichtiger und notwendiger Schritt in die richtige Richtung. Die organisatorischen Standpunkte der **AA/BO**, ausführlich dargelegt in der Grundsatzbroschüre "*Einsatz!*", zählen zu den klarsten, die es momentan in der antifaschistischen Bewegung gibt:

"Nur die gezielte überregionale Organisierung bietet die Möglichkeit, aus der momentanen gesellschaftlichen Isolation herauszukommen und der herrschenden politischen und gesellschaftlichen Stimmung auf Dauer eine Alternative entgegenzusetzen."

("Einsatz!", S. 14)

Doch was in der Antifa-Bewegung eigentlich völlig unklar ist und auch theoretisch kaum vertreten wird, ist der **Zusammenschluß von Antifas mit ArbeiterInnen und Lehrlingen**, die gegen reaktionäre Gesetze und Maßnahmen im Betrieb kämpfen.

Da Sozialabbau, Lohnraub, verschärzte Arbeitshetze etc. Maßnahmen sind, die Teil der Verschärfung der Unterdrückung und Ausbeutung in der BRD sind, sind die Kämpfe dagegen Teil des demokratischen Kampfes hier und es ergibt sich daraus der notwendige Zusammenschluß mit denen, die gegen die staatliche Faschisierung und die Nazi-Banden ankämpfen.

Auch hier zeigt die **AA/BO**, die auch die Zusammenarbeit mit Betriebsgruppen anstrebt, die besten Ansätze:

"die alleinige Ausrichtung auf Faschismus und Faschisten lähmt, es besteht die Gefahr, daß jedes Betätigungsgebiet als 'Legitimation' einen irgendwie herzustellenden Zusammenhang zum Faschismus benötigt."

("Einsatz!", S. 12)

Die größte Kritik allerdings, die wir an der jetzigen antifaschistischen Bewegung in organisatorischer Hinsicht haben und woraus sich die wichtigste anstehende Aufgabe ergibt, ist die **kaum vorhandene Umsetzung der so oft beschworenen internationalen Solidarität**.

Auch unsere "Internationale Solidarität" hat sich früher auch eher auf Demonstrationen zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Kurdistan und ähnliches beschränkt.

Kontakte zu Menschen aus anderen Ländern gab es auch immer nur in Ansätzen, wobei es uns nie so klar war, daß es nicht nur auf Kontakte, Unterstützung etc., sondern vor allem auf den gemeinsam geführten antifaschistischen Kampf ankommt.

Auch die Notwendigkeit einer gemeinsame Front mit jüdischer Bevölkerung, mit Sinti und Roma ,die wir heute propagieren, war uns lange nicht bewußt.

Allerdings ist auch unsere heutige Praxis noch bei weitem nicht so, wie wir es für notwendig erachten und wir wollen uns, wenn wir unsere Positionen hier propagieren, wenn wir die Fehler der Szene benennen, uns keineswegs von oben herab als die "Helden der Internationalen Solidarität" hinstellen. Aber wir denken, der erste Schritt zur Veränderung muß die öffentliche Debatte der eigenen Fehler, der Fehler der Antifa-Bewegung sein.

Sicherlich gibt es in der Szene hier und da Kontakte zu Flüchtlingen, auch Zusammenarbeit mit AntifaschistInnen aus anderen Ländern (die **internationalistisch-antifaschistische Gruppe Molotov** z.B. ist ein positives Beispiel dafür), aber all dies ist nur selten kontinuierlich und geht sehr selten über den eigenen "Tellerrand" der Stadt/Region hinaus.

Titelblatt einer Publikation der internationalistischen, antifaschistischen Gruppe „Molotov“



HALIM DENER wir vergessen dich nicht ! Tod dem deutschen Imperialismus !

Halim Dener, 16 Jahre, war am 30. Juni 1994 in Hannover mit seigen Freunden mit Plakaten beschäftigt. Die Gruppe wurde am Steinort Platz von der Polizei überfallen, als Halim zu fliehen versuchte wurde er erschossen. Nach den Augenzeugeberichten, eines 17- und 26jährigen, ereignete sich die Tat folgendermaßen:

"Der 26jährige, der Ahmet genannt werden will, war als erster beim Opfer. Er wollte Halim, der ganz blaß und völlig reglos, lang durch Mund-zu-Mund-Beatmung wiederbeleben. Aber daran hat mich der Beamte gehindert", sagt er. Eine Gruppe von sechs Kurden habe am Donnerstag abend am Steinortplatz plakatiert. Als ein Streifenwagen vorbeifuhr, sei man zunächst auseinandergegangen, schildert es der 17- und der 26jährige gleichlautend. Als das Polizeifahrzeug wieder auf Sichtweite war, hätten zwei aus der Gruppe, unter ihnen auch Halim, erneut zu kleben begonnen.

Zwei Männer (Zivilpolizisten), ... seien explodierartig aufgesprungen und auf die Plakatleiter angeworfen. Schon etwa 15 Sekunden später hörten beide einen Schuß und Halime Schrei. ... 'Als der Schuß fiel, lief der Polizist hinter Halim her, in einer Entfernung von etwa fünf bis sieben Metern' sagt er. (TAZ 4.7.94)

Die Tat wurde von ebenfalls einem weiteren Augenzeugen, Stefan Prütz, genauso geschildert, wie die oben schon beschrieben. ("Özgür Ulke" 8.8.94)

Was lehrt uns die Ermordung Halim ?

1) Handelt es sich bei der Erschießung Halims um einen Unfall, an dem ein einziger Polizist beteiligt war oder gehört dieses Ereignis zur systematischen, staatlichen Verfolgung von kurdischen Revolutionären, Antifaschisten und "Ausländern" ?

Die Medien versuchen uns weis zu machen, daß dies ein Unfall war und die "radikale" Forderung der Bonner Politiker ist die Suspenderung des Beamten.

Doch bei einer näheren Untersuchung der Gegebenheiten der letzten Monate und der Beziehungen zwischen dem türkischen Staat und dem deutschen Imperialismus zeigt uns, daß die Ermordung Halim

eine konsequente Fortsetzung der Politik des deutschen Imperialismus ist.

Die Ermordung Halims kann nicht zusammenhangen mit den Repressionen gegen die kurdische Befreiungsbewegung betrachtet werden:

• Wie die Schausprozesse in Düsseldorf gezeigt haben, sollte nicht irgendeine Tat verurteilt werden, sondern generell der kurdische Freiheitskampf. Einige Kurden wurden mit dem Vorwurf Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu sein, zu mehreren Jahren Haft verurteilt.

Doch der deutsche Imperialismus hat in den letzten Monaten seine systematische staatliche Terrorpolitik noch weiter verstärkt.

• Mit der Begründung des Verbots der PKK wurden 29 kurdische Vereine, Verbände, Nachrichtenagenturen, Zeitungen sowie das Kurdische Komitee geschlossen und Beschlagnahmungen (Schreibmaschinen, Computer, Faxgeräte, Zeitungen, Bücher, Gedächtnis u.d.g.) durchgeführt.

• Zahlreiche Wohnungen von Kurden wurden bis zum letzten Winkel durchsucht, Beschlagnahmungen und Hunderte von Festnahmen durchgeführt.

Nach all diesen antidemokratischen und reaktionären Maßnahmen des deutschen Imperialismus, wurde der staatliche Terror gegen die berechtigten Proteste der Kurden weiter verschärft:

• Gegen die an der Besetzung des türkischen Konsulats beteiligten 13 Kurden wurden Haftstrafen von 2,5 bis 4,5 Jahren verhängt. (TAZ 7.7.94)

• Limburg/Wetzlar: bei einer Protestaktion gegen das Verbot des Newrozfestes (Neujahrs- und Widerstandsfest der Kurden) wurden 6 Kurden festgenommen, sie sollen jetzt wegen schwerem Landfriedensbruch angeklagt werden. Gegen weitere 27 Kurden wird ermittelt. (Hürriyet 8.7.94)

• Die Protestaktionen gegen das Verbot des Newrozfestes wurde in Augsburg brutal durch die Polizei niedergeknüppelt.

Gleichzeitig wird der Terror gegen "Ausländer" allgemein verschärft:

• Magdeburg: Polizei und Nazis gehen gemeinsam auf Jagd nach Nichtdeutschen. Nichtdeutsche die dem Naziterror entflohen konnten, wurden von Polizisten festgenommen und auf der Polizeiwache verprügelt.

• Frankfurt/Oder, Berlin, Bernau: daß festge-

Trotz aller Unterstützungs- und Solidaritätsaufrufe ist bei vielen deutschen Antifas dabei sowas wie "Hilfeleistung" in den Köpfen, anstelle des gemeinsamen **Kampfes**, und die Praxis wird auch meist darauf beschränkt.

Davon hebt sich positiv ab z.B. der gemeinsame Kampf des **Antirassistischen Aktionsbündnis (ARAB)** in Bremen mit Flüchtlingen gegen deren menschenverachtende Unterbringung auf einem sogenannten "Wohn"schiff.

Im Artikel "*Das Flüchtlings Schiff - ein Lager-Knast*" des **Anti-Rassismus-Büro** (Initiator des ARAB) stellen sie ihre Position dar:

"Wir machen kein ARAB, weil wir 'Samariter' sind... Und wir meinen, daß es an der Zeit ist, daß antifaschistischer Widerstand sich mit den Kämpfen von Flüchtlingen und anderen Immigrant/innen zu verbinden versucht!"

(abgedruckt in "ZAG-Zeitung antirassistischer Gruppen" Nr. 9, S. 5)

Die Unterstützung des Kampfes der PKK gegen Verbot und Repression, des Kampfes auch der in Berlin inhaftierten Antifas und der abgetauchten "Illegalen" von **Antifacist Genclik** (natürlich nehmen wir die Verräter unter ihnen davon aus) z.B. werden für die Zukunft ein Prüfstein sein, ob die Antifa-Bewegung diesem internationalistischen Anspruch gerecht wird. Und selbst die Zielsetzung von ARAB greift noch zu kurz.

Woran es nicht nur in der Praxis mangelt, was auch kaum theoretisch vertreten wird, das ist vor allem die **Zusammenarbeit mit der jüdischen Bevölkerung und mit den Sinti und Roma**.

Denn auch in den Köpfen deutscher Antifas ist noch eine Vielzahl antisemitischer und rassistischer Vorurteile vorhanden:

* Der jahrelang propagierte "*Kampf gegen den Zionismus*" von Autonomen und Antiimps mit Kampagnen wie "*Boykottiert Israel-Waren, Kibbuzim und Strände!*" (die Parallele zur Nazi-Parole "Kauft nicht bei Juden!" ist offensichtlich), die Gleichsetzung von Faschismus und Zionismus und die damit einhergehende Diffamierung aller Jüdinnen und Juden als "*prozionistisch*" (in dieser Logik also "*profaschistisch*") hat den "linken" Antisemitismus massiv verankert. (Vgl. zu diesem Thema RB Nr. 7, wo wir uns ausführlich mit dem Thema auseinandersetzen.)

Solche Parolen unter dem Deckmantel der angeblichen „Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ vorgebracht sind Sabotage an der notwendigen Zusammenarbeit mit der jüdischen Bevölkerung für die Schaffung einer antifaschistischen Kampffront.

* Chauvinistische Vorurteile gegen Sinti und Roma, die als "unstet und unzuverlässig" gelten (was der herrschenden chauvinistischen Denkweise bis ins Detail entspricht), oder oft einfach nicht erwähnt, "vergessen" werden, wenn deutsche Antifaschisten die von Rassismus und Nazis Bedrohte oder die Opfer des Nazifaschismus aufzählen.

So auch bei der **AA/BO**, die die "*Zusammenarbeit mit ImmigrantInnen- und Flüchtlingsgruppen, jüdischen, Frauen- und Lesbengruppen, Schwulengruppen, Betriebsgruppen...*" ("Einsatz!", S. 7) propagiert, dabei aber Sinti und Roma unter den Tisch fallen läßt, als gäbe es sie nicht.

Zu den wenigen positiven Ansätzen auf diesem Gebiet zählen die Unterstützungsaktionen von antirassistischen Gruppen in Berlin zur Besetzung der KZ-Gedenkstätte in Dachau. Mit dieser Aktion, die am 16. Mai 1993 (dem 53. Jahrestag der ersten Deportation von Roma nach Auschwitz) begann, kämpften Sinti und Roma gegen Abschiebungen und für Bleiberecht.

Im Aufruf für eine bundesweite Demo in Dachau zur Unterstützung des Kampfes der Sinti und Roma heißt es:

"Lichterketten und das Zur-Schau-Tragen einer antirassistischen Gesinnung reichen schon längst nicht mehr aus. (Hat das schon jemals ausgereicht?, Anm. von uns) Laßt uns die Roma in Dachau aktiv unterstützen."

Trotz dieser positiven Ansätze geht das alles nicht weit genug, das können allenfalls erste Schritte sein.

Für einen wirklich effektiven antifaschistischen Kampf gegen Nazi-Banden, Faschisierung des deutschen imperialistischen Staatsapparats, Rassismus und deutschen Chauvinismus aber sind unserer Ansicht nach folgende Vorbedingungen unbedingt nötig:

- * **Der entschiedene Kampf gegen rassistische, antisemitische, chauvinistische Vorstellungen auch innerhalb der antifaschistischen Bewegung;**
- * **Die Debatte über die brennendsten Fragen und Probleme des antifaschistischen Kampfes mit allen tatsächlich antifaschistischen und demokratischen Kräften;**
- * **Die Schaffung einer internationalistisch-antifaschistischen Kampffront auf der Basis des Zusammenschlusses mit Arbeiter/innen aus anderen Ländern, Flüchtlingen, jüdischer Bevölkerung, Sinti und Roma, mit allen von Rassismus und Chauvinismus bedrohten Menschen und mit allen wirklich demokratischen Kräften.**

Die Schaffung einer solchen Kampffront ist **der einzige Weg**, um die Nazi-Banden zurückzudrängen, ihnen Schläge zu versetzen, die sie so schnell nicht vergessen werden, und um der staatlichen Faschisierung massiv entgegenzutreten. So stelle man sich nur einmal vor, daß bei ähnlichen Kampagnen wie der AA/BO "Gegen die faschistischen Zentren vorgehen!" Zehntausende Antifaschist/innen die Nazis in ihren Rattenlöchern angreifen würden, ohne daß die Nazis oder die Bullen diesem antifaschistischen Massenangriff ernsthaft etwas entgegenzusetzen hätten. Träume wie diesen möglich zu machen, daran müssen wir arbeiten.

3) Nur die Vernichtung des Kapitalismus kann die Wurzeln des Faschismus beseitigen! Die Diskussion über Weg und Ziel der Revolution endlich beginnen!

"Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System!"

schreibt die Autonome Antifa (M) als Schlußfolgerung und Parole unter ihre Broschüre "Über alle Grenzen!". Das hört sich ja nun sehr links und radikal an, und insofern auch richtig, wenn damit gemeint ist, daß nur der revolutionäre Kampf für die Vernichtung des Imperialismus und die Errichtung des Sozialismus in der Lage ist, "das Übel mit der Wurzel auszureißen", die Ursache des Faschismus, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen.

Falsch wird die Parole jedoch dann, wenn die Autonome Antifa (M) damit meint, daß nur der Kampf gegen das imperialistische System wirklicher antifaschistischer Kampf ist. Denn einzelne staatliche Maßnahmen der Faschisierung oder die Nazi-Banden zu bekämpfen, das ist auch möglich ohne für die Vernichtung des "imperialistischen Systems" zu kämpfen, eben durch einen demokratisch-antifaschistischen Kampf.

Falsch wird die Parole auch, wenn man darunter versteht, daß der antifaschistische Kampf automatisch auch ein Kampf für die Vernichtung des imperialistischen Systems ist. Denn spontan, von selbst wird ein demokratischer Kampf niemals zu einem revolutionären Kampf zur Vernichtung des kapitalistischen Systems. Das heißt aber auch nicht, daß es zwischen demokratischen und revolutionären Kämpfen keinerlei Zusammenhang gibt. Demokratische Kämpfe dienen der Vorbereitung der proletarischen Revolution, in diesen Kämpfen müssen die kommunistischen Kräfte durch ihre Agitation und Propaganda die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten erziehen, damit sie überhaupt in der Lage sind, die Bourgeoisie zu stürzen. (siehe dazu genauer, S...) Und da sind wir schon bei der entscheidenden Frage.

Wenn wir davon ausgehen, daß die Autonomen Antifaschisten (M) meinen, daß nur der revolutionäre Kampf für die Vernichtung des Imperialismus und die Errichtung des Sozialismus in der Lage ist, "das Übel mit der Wurzel auszureißen", dann fragt sich: Wie muß dieser revolutionäre Kampf gegen das System des Weltimperialismus im Allgemeinen, gegen den deutschen Imperialismus im Besonderen konkret aussehen? Was sind die Ziele der Revolution, welches ist der Weg, der zur Verwirklichung dieser Ziele führt?

Die Debatte über diese brennenden Fragen unter den revolutionären Kräften zu entfachen, unsere Positionen dazu darzustellen, das ist seit der ersten Nummer von RB unser Hauptanliegen.

"Eine revolutionäre Strategie muß ja gerade an der Tatsache ansetzen, daß der Imperialismus durch die ungleichmäßige Entwicklung des Produktivkraftniveaus in den verschiedenen Ländern der Welt seinen parasitären und damit für die Entwicklung der Menschheit überlebten Charakter entwickelt. Die Ungleichheit der materiellen Voraussetzungen, besonders zwischen Trikont und Metropolen, muß im Interesse einer bedürfnisorientierten und damit ökologisch und sozial vernünftigen Produktion aufgeboten werden. Um das zu erreichen, bedarf es einer internationalen revolutionären Bewegung. Darum ist eine revolutionäre Organisation unabdingbare Voraussetzung einen politischen Kampf zu führen, der den Bedingungen der imperialistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse angemessen ist."

("Über alle Grenzen!", S. 31)

Das formuliert die Autonome Antifa (M) in Abgrenzung zum "Regionalismus", zu Konzepten also, die mit "radikalen Formulierungen, wie selbstbestimmtes Leben..." (ebenda, S. 30), darauf

ausgerichtet sind, innerhalb des Kapitalismus sich "Freiräume", irgendwelche Nischen, zu schaffen, und damit von vorneherein zum Scheitern verurteilt sind und für sich genommen mit revolutionärem Kampf erstmal nichts zu tun haben. So weit, so gut, nur halten wir die zitierte Haltung immer noch für etwas unkonkret, auch wenn sie ein wichtiger Ansatz ist.

"Revolutionäre Organisation"-was heißt das genau? "Revolutionäre Strategie" - wer entwickelt die, auf welche Ziele ist sie orientiert, wie sieht sie aus? "Bedürfnisorientierte und damit ökologisch und sozial vernünftige Produktion" - wie kann die gewährleistet werden? Was heißt überhaupt "sozial vernünftig" für die Autonome Antifa (M)?

Alles in allem also redet die Autonome Antifa (M), wenn sie von Revolution redet, um den heißen Brei herum.

Das mag eine Folge der in autonomen/antiimperialistischen Kreisen weitverbreiteten "Theorien" sein, die sich so gern als "basisdemokatisch", "undogmatisch" oder als sonst irgendwas verkaufen, aber objektiv zu nichts anderem als der Verbreitung und Verankerung von Verwirrung in der revolutionären Bewegung führt.

Mit der verstärkten Offensive des deutschen Imperialismus haben zwar viele gemerkt, daß sie mit diesen Konzepten nicht weiterkommen und es hat viele zum Nachdenken gebracht ("Wir wollten weg von unserem als Anarchismus getarnten Superindividualismus"-so schreibt z.B. die Antifaschistische Aktion Passau im "Einsatz!", S. 46), aber real ist die gesamte revolutionär orientierte Linke noch meilenweit von einer einheitlichen, in sich geschlossenen revolutionären Theorie entfernt.

Wir stützen uns auf den wissenschaftlichen Kommunismus und formulieren nachfolgend einige Fragen und Thesen, die wir uns erarbeitet haben und deren Diskussion in der revolutionären und antifaschistischen/demokratischen Bewegung u.M.n. dringend notwendig ist, um aus dem Sumpf der Perspektivlosigkeit herauszukommen:

a) Wofür kämpfen wir?

Frage man zehn Autonome oder Antiimps nach dem Ziel ihres Kampfes, erhält man nach etwa eineinhalb Stunden Plenum mindestens zehn verschiedene Antworten. Das konkreteste, worauf sich wohl die Szene noch wird einigen können, sind dann solche inhaltsleeren Phrasen im RAF-Jargon wie "menschenwürdige Gesellschaft" oder "selbstbestimmtes Leben". Wenn keine Klarheit über die eigenen Ziele besteht, ist das auch nur logisch. Grundfalsch aber ist es, Ziele bewußt so unkonkret zu formulieren, daß sich jeder Humanist bis hin zu einem Pfarrer damit identifizieren kann, das ist Opportunismus. Unserer Ansicht nach kann und muß das Ziel des revolutionären Kampfes klar und deutlich, offen und öffentlich beim Namen genannt werden:

* Das Ziel unseres Kampfes ist der Kommunismus, und zwar weltweit. Kommunismus-das ist die klassenlose Gesellschaft ohne jegliche Form der Ausbeutung und Unterdrückung. Es existiert kein Staat mehr, sämtliche Produktionsmittel sind gesamtgesellschaftliches Eigentum.

* Die Produktion wird organisiert durch einen gemeinsamen Plan, orientiert an den schnell wachsenden Bedürfnissen aller, welche der stärkste Antrieb der gesellschaftlichen Entwicklung sind. Es gibt keine Krisen und Kriege mehr, über die gesellschaftlichen Reichtümer wird gemeinsam verfügt und die Entwicklung der Produktivkräfte geht in gewaltigem Maße vorstatten.

* Die Entfremdung des Menschen von seiner Arbeit, die hierarchische Arbeitsteilung und die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit gehören der Vergangenheit an. Die Arbeit selbst ist das erste Lebensbedürfnis geworden, es gilt das Prinzip "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen". Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist überwunden. Die Unterdrückung der Frauen ist aufgehoben, es besteht wirkliche Gleichberechtigung.

* Auch die nationale Unterdrückung existiert in keiner Form mehr, die Nationen verschmelzen auf freiwilliger Basis im Weltkommunismus. Wissenschaft, Technik und Kultur werden ausschließlich im

Dienst der Menschheit stehen und in einem Maße sich entwickeln, wie man es sich heute nicht vorstellen kann. All das bedeutet, daß der Mensch zum erstenmal wirklich frei sein wird.

b) Wir müssen unbedingt Freund und Feind der Revolution richtig unterscheiden

In der Frage „wer ist Freund und wer ist Feind der Revolution“ herrschte und herrscht bei Autonomen und Antiimps große Unklarheit.

Jahrelang wurde von Antiimps die imperialistische Sowjetunion als „sozialistisch“ und als „Freund der Befreiungsbewegungen“ bezeichnet, obwohl Tatsache war, daß die SU z.B. reaktionäre Kriege in Eritrea und Afganistan führte und Teil der internationalen Konterrevolution schon seit den 60er Jahren ist. (Siehe dazu RB Nr. 6).

Bei Autonomen und Antiimps existierte und existiert immer noch die Theorie von den "unabhängigen Nationalstaaten" (wie Libyen oder Kuba, vgl. RB Nr. 2), die als „antiimperialistisch“ hingestellt wurden und werden. Die herrschenden Klassen dieser Länder, die Kompradorenbourgeoisie und Großgrundbesitzer, sind vom Imperialismus abhängig und müssen in der Revolution gestürzt werden, anstatt sie zu unterstützen.

Angesichts dieser Konfusion in dieser Frage scheint uns die intensive Diskussion folgender Punkte entscheidend:

* Wer Freund und Feind nicht unterscheiden kann, arbeitet zwangsläufig mit seinen eigenen Feinden zusammen und bekämpft die wirklichen Freunde. Ein solcher Kampf ist von vornherein zum Scheitern verurteilt und führt dazu, sich objektiv direkt in das Lager der Konterrevolution zu stellen.

* Man muß sich klarmachen, daß im Zeitalter des Imperialismus die Welt in zwei Lager gespalten ist. Auf der einen Seite stehen alle Imperialisten und Reaktionäre, dies ist das Lager des Weltimperialismus, eben der Konterrevolution. Auf der anderen Seite stehen das internationale Proletariat und die unterdrückten Völker, das Lager der Weltrevolution. Diese beiden Lager genau voneinander zu unterscheiden - das ist eine unumgängliche Voraussetzung, um einen wirklichen Vernichtungskampf gegen den Weltimperialismus führen zu können.

c) Proletarischer Internationalismus oder „westeuropäische Front“?

Ein Ausdruck von Großmachtchauvinismus, nämlich europäischer Chauvinismus, war und ist es, wenn von Teilen v.a. der Antiimp-Scene (z. B. in der Anti-IWF-Kampagne 89, vgl. RB Nr. 2) behauptet wird, die Revolutionen in den abhängigen Ländern seien abhängig von revolutionären Erfolgen in Europa. Damit werden die unterdrückten Völker zum Abwarten verdammt, bis in den europäischen imperialistischen Ländern erfolgreiche Revolutionen durchgeführt sein werden oder kurz bevorstehen! Auch das Konzept der "westeuropäischen Front", von RAF, Action Directe, Brigade Rosse undsweiter und in ihrem Windschatten natürlich auch der Antiimps z.B. ist objektiv eine Reduzierung der internationalen Solidarität auf Westeuropa und damit nichts anderes als Wasser auf die Mühlen dieses europäischen Chauvinismus.

Diskutiert werden müßten insbesondere folgende Punkte und Schlußfolgerungen:

* Proletarischer Internationalismus - das ist die größtmögliche Unterstützung aller revolutionären Kämpfe in Wort und Tat (z.B. Propagierung der Kämpfe, Unterstützung mit revolutionärer Literatur und Waffen). Der größtmögliche Beitrag zur Weltrevolution besteht in jedem Land in der maximalen Unterstützung der revolutionären Bewegung in allen Ländern und in der Vorbereitung und Durchführung der Revolution im eigenen Land.

* Im Kampf für den Kommunismus steht dem internationalen Proletariat ein mächtiger Bündnispartner zur Seite, die unterdrückten Völker der vom Imperialismus abhängigen Länder. Es geht darum, der Weltfront des Imperialismus die Weltfront der Revolution entgegenzustellen, und dafür ist nicht nur die Schaffung der Einheit des internationalen Proletariats notwendig, sondern auch der Zusammenschluß der unterdrückten Völker der abhängigen Länder und des internationalen Proletariats, die Bildung einer gemeinsamen revolutionären Front unabdingbare Voraussetzung.

Für das Proletariat und die revolutionären Kräfte der Unterdrückernationen bedeutet das, daß die Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker - vor allem der vom "eigenen" Imperialismus unterdrückten - maximal unterstützt werden müssen und ein kompromißloser Kampf gegen den "eigenen" Großmachtchauvinismus geführt werden muß.

Für uns heute und hier in Deutschland bedeutet dies in erster Linie **Krieg dem deutschen Chauvinismus** in all seinen Ausprägungen und Schattierungen.

d) Wer kann die Bourgeoisie stürzen?

Auch die Frage nach der gesellschaftlichen Kraft, die ein Interesse am Sturz des Kapitalismus, an der Revolution hat, wird vom größten Teil der Scene kaum konkret beantwortet werden können. Von "die Marginalisierten" bis zu "jeder, der anfängt, revolutionär zu denken und zu handeln" reicht das Spektrum diffuser Vorstellungen.

Unsere Position zu der Frage, wer die Führung im revolutionären Kampf zur Vernichtung des Weltimperialismus übernehmen kann, ist:

* Die einzige Klasse, die ein wirklich konsequentes Interesse an der restlosen Aufhebung jeglicher Art von Unterdrückung und Ausbeutung für alle Zeiten hat, ist das internationale Proletariat. Denn dieses hat seiner ökonomischen Lage nach nichts an seiner bisherigen Situation zu erhalten und zu sichern, weil es keine Produktionsmittel besitzt. Das einzige tatsächliche Eigentum des Proletariers ist seine Arbeitskraft, die er tagtäglich an den Bourgeois zu verkaufen gezwungen ist, um sich die Mittel erwerben zu können, die zur Erhaltung seiner Existenz notwendig sind. Deshalb hat das Proletariat in der kommunistischen Revolution nichts zu verlieren als seine Ketten.

* Auch ist das Proletariat direktes Produkt der fortgeschrittensten Form der gesellschaftlichen Produktion, der industriellen Großproduktion (die auch die Grundlage der Produktion im Sozialismus und Kommunismus ist), und aufs engste mit dieser verbunden. Die Konzentration der Proletarier in der Großindustrie erleichtern darüberhinaus ihre Bewußtmachung und Organisierung.

Daß die Arbeiterinnen und Arbeiter heute so gut wie nichts von Sozialismus und Kommunismus wissen wollen, ändert nichts an der Tatsache, daß das internationale Proletariat die revolutionärste Klasse ist. Denn es kommt nicht in erster Linie darauf an, was der/die einzelne Arbeiter/in subjektiv denkt, sondern was sie von ihrer objektiven Lage aus tun können und gezwungen werden zu tun.

e) Auf welchem Weg kann die Bourgeoisie gestürzt werden?

In der Scene breiten sich reformistische Positionen in der Haltung zum bürgerlichen Staatsapparat und in bezug auf den Weg der Revolution immer mehr aus. Die RAF redet nur noch vom „Aufbau einer Gegenmacht“ bei Aufgabe des Konzeptes Stadtguerilla, wobei völlig unklar ist, ob das innerhalb des kapitalistischen Systems laufen soll oder erst nach dem Sturz der Bourgeoisie. Dem Reformismus wird so Tür und Tor geöffnet. Auch die AA/BO formuliert ähnlich unklar, wenn sie schreibt:

„Alternativen sind nur jenseits der Grenzen dieser Gesellschaftsordnung realisierbar, deshalb muß der Kapitalismus mitsamt seinem bürgerlichen Parlamentarismus überwunden werden.“

(Aufruf zur Demo gegen die Bundestagswahlen in Bonn zum 15.10.94)

Auf welchem Weg das „Überwinden“ laufen soll, reformistisch oder revolutionär, durch die Umwandlung des bürgerlichen Staates in einen revolutionären oder durch seine gewaltsame Zerschlagung - das bleibt auch hier offen und unklar.

Wir stellen folgende Thesen zu dieser entscheidenden Frage der Revolution zur Diskussion:

* Die Revolution in einem Land muß sich immer gegen den Hauptfeind richten. Der Hauptfeind ist diejenige Ausbeuterklasse oder sind diejenigen Ausbeuterklassen, die den reaktionären Staatsapparat in Händen halten. In Deutschland hält die deutsche Bourgeoisie den Staatsapparat in Händen und

somit muß sich unser Kampf in erster Linie gegen den deutschen Imperialismus richten, der schon längst eine imperialistische Großmacht ist, die eigenständig und in Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Großmächten lokale Kriege und einen Weltkrieg zur Neuauflistung der Einflußsphären vorbereitet.

* Wenn wir von Revolution reden, dann heißt das für uns in der BRD auch: **Zerschlagung und vollständige Zertrümmerung des reaktionären Staatsapparates (wie Bundeswehr, Polizei, Gefängnis- und Justiz- und Beamtenapparat usw.)** durch die Millionenmassen des Proletariats und seiner Verbündeten im Verlauf der proletarischen Revolution, Sturz der Bourgeoisie, sofortige Enteignung der Kommandohöhen der Wirtschaft.

Und das ist nur möglich durch revolutionäre Gewalt, durch den **bewaffneten Kampf der ausgebeuteten Millionenmassen, durch den Bürgerkrieg** unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei. Denn die Bourgeoisie wird niemals freiwillig ihre Macht abtreten, sondern wird versuchen mit allen Mitteln des Terrors, des Massenmordes, durch Einsatz ihrer bewaffneten Kräfte ihre Macht zu verteidigen. Zu welchen Bestialitäten gerade die deutsche Bourgeoisie fähig ist hat gerade auch die Zeit des Nazi-Faschismus gezeigt.

Darüberhinaus ist die gewaltsame Revolution notwendig, damit sich die Arbeitklasse darin von ihren alten bürgerlichen Vorurteilen und Gewohnheiten, dem alten bürgerlichen Dreck befreit. Nur so wird sie dann in der Lage sein, ihren revolutionären Staat, ihre neue Gesellschaft aufzubauen.

(Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, warum wir das "Konzept Stadtguerilla" der früheren RAF ablehnen, Siehe dazu RB Nr. 4.)

* Daraus folgt, daß die Propagierung, Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Kampfes zur Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und die Erziehung der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Massen in diesem Sinne von vorneherein zu den wichtigsten Aufgaben der revolutionären Kräften gehört.

f) „Feuer und Flamme für jeden Staat“ oder diktatorische Unterdrückung der Ausbeuter und Reaktionäre und proletarische Demokratie bis zum Kommunismus?

"Wir werden keine Ruhe geben, bis wir ohne Knäste leben"-das ist eine häufig von Autonomen und Antiimps gerufene Parole. Würde die in dem Bewußtsein gerufen, daß der Klassenkampf mit Hilfe eines revolutionären Staates weitergeführt werden muß bis zum Kommunismus, in dem tatsächlich keine Knäste mehr notwendig sind, wäre dagegen nichts einzuwenden. Dahinter steckt aber vielmehr die grundfalsche, aber dennoch weitverbreitete anarchistische Vorstellung, daß nach dem Sturz der Bourgeoisie kein revolutionärer Staat mehr notwendig ist und die Parole "Freiheit für alle" zu verwirklichen ist. Daß dann der Feind besiegt, die letzte Schlacht geschlagen und der Kampf vorbei sei, weshalb dann auch keine Knäste mehr gebraucht würden. Ganz deutlich drückt sich diese Vorstellung in der Parole "Feuer und Flamme für jeden Staat aus".

Als Antwort auf die Frage „**Warum braucht man einen revolutionären Staat direkt nach dem Sturz der Bourgeoisie und bis zum Kommunismus?**“ haben wir folgende Positionen erarbeitet:

* Es existiert nach dem Sturz der Bourgeoisie und der Machteroberung des Proletariats in einem Land noch die kapitalistische Umkreisung, ebenso wie die Bourgeoisie in diesem Land als Klasse, die noch bestimmte Stärken besitzt, so z.B. unvergleichlich mehr Erfahrung als das Proletariat - ob nun in Verwaltung, Organisation, Militärwesen, Technik oder Wissenschaft. Sie besitzt noch Geld und Eigentum an Produktionsmitteln.

Die bürgerliche Ideologie und die bürgerlichen Gewohnheiten in den Köpfen der werktätigen Massen sind nach dem Sturz der Bourgeoisie keineswegs sofort vollständig verschwunden, sondern nach wie vor ein gewaltiger Faktor für die Bourgeoisie.

Die gestürzte Bourgeoisie wird ihren Widerstand gegen die Revolution gewaltig steigern, sie wird sich dabei mit allen reaktionären Kräften des In- und Auslandes verbünden und mit den noch

existierenden imperialistischen Mächten. Sie werden nichts unversucht lassen, ihre verlorene Macht wiederzuerlangen und dabei mit allen Mitteln - militärischen, politischen, ideologischen - vorgehen, werden auf jede nur erdenkliche Weise alles tun, um die Macht der ausgebeuteten Massen zu untergraben und zu schwächen mit dem Ziel, die revolutionären Errungenschaften wieder rückgängig zu machen. Auch dafür ist der Bürgerkrieg 1918-22 in Rußland ein Beispiel.

Um diesen gewaltigen Klassenkrieg gewinnen zu können, darf die Arbeiterklasse nach dem Sturz der Bourgeoisie nicht die Waffen niederlegen, sondern muß sich einen neuen, revolutionären Staat schaffen, die Diktatur des Proletariats, mit einer revolutionären Roten Armee, Geheimdiensten, Gefängnissen etc., der die Klassenfeinde im Innern unterdrückt und gegen eine imperialistische Intervention den Sozialismus verteidigt.

* Aber auch nach der Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse, d.h. nach der vollständigen Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln in einem oder mehreren Ländern ist die Diktatur des Proletariats weiterhin notwendig. Warum?

Es gibt noch die Umkreisung durch imperialistische Länder, die, je weiter die Revolution voranschreitet, um so mehr versuchen werden, ihr verlorenes Ausbeuterparadies zurückzuerkämpfen.

Obwohl die Klasse der Bourgeoisie nicht mehr existiert, gibt es noch Überreste, die mit allen Mitteln (Sabotage, Propaganda...) versuchen werden, im Bündnis mit der internationalen Bourgeoisie die revolutionäre Macht zu stürzen.

Außerdem gibt es noch immer riesige Überreste der bürgerlichen Ideologie auf allen Gebieten, im Bewußtsein der Massen, auch bei den Kommunistinnen und Kommunisten. Denn die ideologische Macht der Bourgeoisie ist die fürchterlichste Macht, die von den Überresten der Bourgeoisie natürlich gestärkt, in allen Formen - versteckt oder offen -, immer geschickter in allen Bereichen der Gesellschaft verbreitet wird. Diese Macht kann nur in Jahrzehntelangem verschärftem Klassenkampf durch die Diktatur des Proletariats wirklich vollständig in den Köpfen und Herzen der Massen beseitigt werden kan.

Je bewußter und planmäßiger das Proletariat den Klassenkampf führt, je mehr Erfolge es dabei erringt, auf desto mehr Gebiete dehnt sich der Klassenkampf aus, desto mehr geht er in die Tiefe, desto intensiver wird er, desto verzweifelter wird der Widerstand der Überreste der Bourgeoisie im "eigenen" Land im Bündnis mit der internationalen Bourgeoisie. Und das ist gerade die Verschärfung des Klassenkampfs bis zum Kommunismus, die unbedingt notwendig ist, um das Entstehen neuer bürgerlicher Elemente zu verhindern, die sich zu einer neuen Bourgeoisie in Staat und KP entwickeln und die Restauration des Kapitalismus durchführen.

Wie groß gerade die Macht der bürgerlichen Ideologie ist, hat die Restauration des Kapitalismus vor allem in der Sowjetunion, die nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 begann und in den 60er Jahren vollzogen war, und auch allen anderen sozialistischen Ländern gezeigt, die nicht durch einen militärischen Überfall durchgeführt wurde, sondern durch den Sieg der bürgerlichen Ideologie und die damit verbundene Umwandlung der KPs in revisionistische Parteien und der Diktatur des Proletariats von innen heraus in Diktaturen von neuen Ausbeutern.

Um diesen verschärften Klassenkampf siegreich beenden zu können, ist die Diktatur des Proletariats unerlässlich, denn sie ist das Instrument der Arbeiterklasse zur vollständigen Vernichtung der Bourgeoisie und ihres ideologischen Einflusses auf allen Gebieten.

* Die Diktatur des Proletariats ist aber auch notwendig, um den sozialistischen Aufbau durchführen zu können, die Arbeiterklasse zu erziehen, die anderen werktätigen Massen wirklich vollständig von der Idee des Sozialismus zu überzeugen. Dazu ist eine breite, sich immer weiter ausdehnende proletarische Demokratie auf der Grundlage der Unterdrückung der Bourgeoisie und aller Reaktionäre notwendig.

Der entscheidende Unterschied des proletarischen Staates gegenüber allen anderen Klassenstaaten der Geschichte ist: Die Diktatur des Proletariats ist zwar genau wie jeder Staat ein Instrument der herrschenden Klasse zur Niederhaltung der beherrschten Klasse, nur ist sie die Diktatur der Mehrheit

über die Minderheit der gestürzten Ausbeuter und im Interesse der Mehrheit und für diese ist sie eben demokratisch. Alle Ausbeuterstaaten waren und sind die Diktatur der Minderheit der Ausbeuter über die Mehrheit der Ausgebeuteten.

Es ist die proletarische Demokratie, in der die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung, die früher ausgebeuteten Massen unter Führung des Proletariats die einzige und ständige Grundlage des gesamten Staatsapparates sind. Damit werden tatsächlich alle Werktägigen zur immer weiteren Teilnahme an der Staatsverwaltung herangezogen, und das ist die Grundlage, die das Absterben des Staates und somit den Kommunismus vorbereitet.

Die proletarische Diktatur wird immer stärker - keineswegs ist damit ein Ausbau der Bürokratie oder des Verwaltungsapparates gemeint -, durch die immer weitere Einbeziehung immer größerer Massen in die Verwaltung des Staates, die Hebung ihrer Initiative, ihrer Bewußtheit, ihres Niveaus durch die Ausdehnung und maximale Verstärkung der proletarischen Demokratie. Stärke des proletarischen Staates - das heißt vor allem maximale Bewußtheit der Massen.

Und das ist der Grund, warum das Absterben des proletarischen Staates, der Weg zum Kommunismus über die immer weitere Verstärkung der Diktatur des Proletariats führt. Denn damit der Staat absterben kann, muß er tatsächlich überflüssig geworden sein, und das ist er erst, wie Lenin einmal sagte, wenn jede Köchin die Staatsgeschäfte regeln und den Staat verwalten kann.

g) Warum braucht man im Kampf zur Vernichtung des Kapitalismus eine revolutionäre Organisation? Wie muß eine wirklich revolutionäre Organisation aussehen?

Wie stellen sich Autonome und Antimps eine revolutionäre Organisation vor, vorausgesetzt, sie sehen überhaupt deren Notwendigkeit und faseln nicht von irgendwelchen "Prozessen", aus denen sich dann alles weitere von selbst ergeben soll? "Basisdemokratisch" bestimmt, daß jede/r sich irgendwie "einbringt" oder so ähnlich. Nun fällt es allerdings sehr schwer, sich z.B. vorzustellen, wie in einer revolutionären Situation sich ein ganzes Volk im "Plenum" zusammensetzt und den bewaffneten Aufstand plant.

Daß die zahlreichen antikommunistischen Vorurteile gegen die Kommunistische Partei, "da darf niemand das Maul aufmachen", "da wird nur verlangt, daß Befehle ausgeführt werden", "da erstarrt jede revolutionäre Initiative" usw. immer noch so tief auch in den Köpfen der Szene verankert sind, daran haben zweifelsohne die Zerrbilder, die Karikaturen auf die Kommunistische Partei wie die SED mit Parolen wie "Die Partei, die Partei, die hat immer recht..." und die anderen revisionistischen Parteien des ehemaligen sozialimperialistischen Blocks mit der Sowjetunion an der Spitze einen Riesenanteil, ebenso wie die immer noch existierenden DKP, PDS, MLPD und wie auch immer sie sich nennen.

Eine zentrales Argument vor allem von anarchistischen Kräften gegen die KP ist: "Die KP funktioniert nicht, das sieht man doch an der KPdSU. Es ist zwangsläufig, daß die KP verbürokratisiert und neue Herren über die Gesellschaft erzeugt werden."

Die erste Frage, die nach u.M.n. diskutiert werden muß, ist die Frage „Warum braucht man überhaupt eine revolutionäre Organisation?“. Unsere Antwort dazu ist:

Um die Bourgeoisie im Bürgerkrieg zu stürzen, muß die Arbeiterklasse ein bestimmtes Niveau von Klassenbewußtsein und Organisierung haben. Sie muß ihre Ziele, Feinde und Freunde kennen, sie muß von der Notwendigkeit der gewaltsmalen Revolution überzeugt sein und sich entsprechend organisatorisch vorbereiten etc. Spontan, von alleine kann dieses revolutionäre proletarische Klassenbewußtsein nicht entstehen, spontan, nur aufgrund der eigenen Erfahrungen der Arbeiterklasse in den Kämpfen gegen das Kapital setzt sich stets die bürgerliche Ideologie durch, weil sie viel älter, weitverzweigter und entwickelter ist als die proletarische und tagtäglich über einen riesigen Propagandaapparat verbreitet wird.

Die revolutionäre Organisation muß durch ihre Agitation und Propaganda die proletarische Ideologie von außen ins Proletariat hineinragen, die Arbeiterklasse erziehen und organisieren - nur so wird sie fähig, unter Führung der KP die Ausbeuter zu stürzen.

Aus dieser Antwort ergeben sich für uns wesentliche Gesichtspunkte einer revolutionären Organisation, wie sie nur eine wirkliche Kommunistische Partei erfüllt:

* Eine tatsächlich revolutionäre Kommunistische Partei muß sich die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus (vor allem die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin), die die Erfahrungen der internationalen Klassenkämpfe in verallgemeinerter Form darstellt, im Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus aneignen. Denn ohne die Aneignung von revolutionärer Theorie wird die KP nie eine revolutionäre Praxis entwickeln können. Wie soll sie in der Lage sein, revolutionäres Bewußtsein in die Arbeiterklasse reinzutragen, wenn sie selbst die Lügen und Schleier des bürgerlichen Parlamentarismus nicht durchschaut? Wie soll sie die Arbeiterklasse organisieren, wenn sie keine Ahnung hat über ein in den weltweiten revolutionären Kämpfen bewährtes Organisationskonzept?

* In der KP müssen die besten, bewußtesten und aktivsten Arbeiterinnen und Arbeitern, die wirklich revolutionären Kräften organisiert sein. Mitglied einer KP ist jeder und jede freiwillig.

* Das organisatorische Grundprinzip der Kommunistischen Partei ist der demokratische Zentralismus.

Zentralismus bedeutet im wesentlichen, daß die KP von oben nach unten aufgebaut ist. Das höchste Organ der KP ist ihr Parteitag, zwischen den Parteitagen übernimmt die Leitung des Klassenkampfs eine vom Parteitag gewählte Zentrale. Zentralismus bedeutet vor allem auch die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, bedeutet, daß die Zentrale gegebenenfalls Beschlüsse gegen untere Organe der KP durchsetzen kann.

Innerparteiliche Demokratie bedeutet aktive Teilnahme an der Ausarbeitung und Durchführung der Parteilinie, sie bedeutet vor allem auch, offen die Mängel kritisieren und Selbtkritik üben, bedeutet, daß die Zentrale der KP demokratisch gewählt wird und abgewählt werden kann, kontrolliert wird und Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen muß.

* Damit die Kommunistische Partei tatsächlich eine schlagkräftige Kampfpartei sein kann, die in der Lage ist, die Bourgeoisie zu besiegen, und nicht beim leisesten Windhauch der Reaktion in sich zusammenfällt, dafür ist die bewußte Disziplin ihrer Mitglieder eine Überlebensnotwendigkeit. Und das hat nichts, rein überhaupt nichts mit der bürgerlichen Vorstellung von Disziplin als Kadavergehorsam zu tun oder mit deutschem Untertanengeist. Vielmehr kann nur eine Disziplin, die nicht blind gehorcht, sondern die bewußt ist, die aus Überzeugung resultiert, die auf der Grundlage der kommunistischen Prinzipien gebildet wird, eine wirklich feste und dauerhafte Disziplin sein.

Die Frage der revolutionären Disziplin schließt eine weitere, sehr zentrale Frage ein: Was tun, wenn nicht wirklich revolutionäre Kräfte die Führung der KP haben, sondern bürgerliche oder bürgerlich gewordene Kräfte, die die Mechanismen der innerparteilichen Demokratie außer Kraft gesetzt haben?

Es gibt und gab solche Verletzungen der revolutionären Prinzipien, daß der Bruch der Disziplin innerhalb einer verbürgerlichten KP zur Pflicht wird, um sich wirklich dem Aufbau einer neuen, revolutionären KP zuwenden zu können. So z.B. nach der revisionistischen Zerstörung der KPdSU(B) nach 1956 und der KP Chinas nach dem Tode von Mao Tse-tung 1976.

* Um den Klassenkrieg gegen die Bourgeoisie systematisch führen und siegreich beenden zu können, nicht bei der ersten Welle der Konterrevolution vernichtet zu werden, muß der Aufbau der KP von Anfang an auf illegaler Grundlage erfolgen. Das bedeutet aber nicht, daß die legalen Möglichkeiten der politischen Arbeit ignoriert werden dürfen. Es gilt die illegale Arbeit mit der legalen zu verbinden, maximal nach Kräften die bestehenden legalen Möglichkeiten für die Stärkung des revolutionären Kampfes auszunutzen bei gleichzeitigem Kampf gegen alle Formen des Legalismus.

* Der innerparteiliche Kampf ist ein Lebensgesetz der KP. Der Kampf innerhalb der KP ist eine Wiederspiegelung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Denn die KP entwickelt sich ja in der kapitalistischen Gesellschaft und ist keine abgeschottete Insel.

Die hauptsächliche Form des innerparteilichen Kampfes ist der ideologische Kampf. Er richtet sich gegen sämtliche Abweichungen von der revolutionären Linie sowie gegen alle bürgerlichen revisionistischen Vorstellungen und Gewohnheiten, von denen die Parteimitglieder nicht vollständig frei sind, da auch sie aus der kapitalistischen Gesellschaft kommen. Im Kampf um die richtige Linie spielen Kritik und Selbstkritik eine entscheidende Rolle, denn nur wer offen, öffentlich und ehrlich diskutiert, ohne Angst davor zu haben, eigene Fehler zu benennen und zu korrigieren, kann sich weiterentwickeln.

Neben dem ideologischen Kampf muß aber auch der politische und organisatorische Kampf innerhalb der KP gegen Feinde der Revolution geführt werden. Bei diesen Feinden kann es sich sowohl um direkte Agenten der Bourgeoisie handeln als auch um ehemalige Kommunisten, die zu Opportunisten geworden sind. Sie müssen ideologisch entlarvt und dann aus der Partei ausgeschlossen werden.

*** Wie kann angesichts dieser Prinzipien und insbesondere der Waffen des innerparteilichen Kampfes erklärt werden, daß z.B. die KPdSU(B) oder auch die KP Chinas zu revisionistischen Parteien wurden?** Wir können nicht behaupten, daß wir dieses Problem wirklich gelöst haben, daß uns wirklich vollständig die Ursachen klar sind, warum solche Kommunistischen Parteien wie die KPdSU(B) oder die KP Chinas zu bürgerlich-revisionistischen Parteien wurden.

Unsere ersten Antworten dazu sind:

Der Kernpunkt in dieser Frage ist: Die revisionistische Zersetzung der ehemals kommunistischen Parteien, der KPDSU nach dem Tode Stalins war nicht zwangsläufig. Sie ist keine Folge der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, sondern eine Folge der sich immer weiter ausdehnenden und voranschreitenden Abkehr vom wissenschaftlichen Kommunismus. Die revisionistische Zersetzung ist nicht zwangsläufig, sondern die eigenen Fehler der kommunistischen Kräfte sind entscheidend für die Verbürgerlichung ehemals kommunistischer Parteien (Unsere Ergebnisse einer ersten Analyse in Bezug auf die revisionistische Zersetzung der KPdSU(B) siehe RB Nr. 6) Die KP ist ein entscheidendes Instrument zur vollständigen Befreiung vom Kapitalismus und Imperialismus. Das hat die Geschichte bewiesen. Mit diesem Instrument und unter seiner Führung waren die Völker Rußlands bzw. der Sowjetunion in der Lage die "eigene" Bourgeoisie zu stürzen, den Weltimperialismus und den deutschen Imperialismus zu besiegen, den Sozialismus in einem Land aufzubauen. Diese Tatsachen sind durch keine noch so schweren Niederlagen mehr aus der Welt zu schaffen! Der Kern muß sein, daß wir aus den Erfahrungen der bisherigen revisionistischen Zersetzung ehemaliger KPs und den Kämpfen dagegen lernen für den antirevisionistischen Kampf heute, um Wiederholungen der gemachten Fehler und der daraus resultierende riesigen Niederlagen wie in der SU oder China zu vermeiden. Die Auswertung dieser Erfahrungen müssen wir in enger Zusammenarbeit mit den kommunistischen Kräften weltweit leisten, vor allem der kommunistischen Kräfte in der SU, Osteuropas, Chinas und Albaniens.

Dies sind unsere Positionen, die wir in die Diskussion um die revolutionäre Perspektive hineinragen wollen. Das sind unsere Diskussionspunkte, die wir formulieren in der Absicht, daß sie in möglichst breiten Kreisen der revolutionären und antifaschistischen Bewegung thematisiert werden. Denn Solidarität heißt für uns, daß Widersprüche nicht zugekleistert, sondern in der öffentlichen Debatte dargestellt, und wenn möglich aufgelöst werden. Und deshalb halten wir die gegenseitige solidarische Kritik für unabdingbar, wenn der Kampf gegen Faschismus und Imperialismus vorwärtskommen soll.

Wir freuen uns auf eine breite, solidarische und fruchtbare revolutionäre Debatte.

Anhang

1) Aus der Geschichte lernen!

"Das Entscheidende ist, daß man zu lernen versteht. Durch den Kampf und für den Kampf. Aus den Siegen, aber mehr noch aus den Fehlern, aus den Flips, aus den Niederlagen. Das ist ein Gesetz des Marxismus."

(im letzten Brief von Holger Meins vom 31.10.1974,
aus: "Texte der RAF", S. 11-15)

Was Holger Meins hier für den revolutionären Kampf formuliert, gilt natürlich auch für den demokratisch-antifaschistischen Kampf: Wir müssen unbedingt aus der Geschichte mit all ihren Siegen und Niederlagen, mit Fehlern und Erfolgen lernen, damit nicht die gleichen Fehler wieder gemacht werden. Wenn wir die früheren Erfahrungen nicht beachten würden, müßten wir doch alles von neuem erarbeiten und würden nie weiter kommen.

Wenn wir dies so oder so ähnlich in antifaschistischen Gruppen, bei Autonomen und Antiimps vorbringen, hält man uns oft entgegen, man müsse sich an der "neuen Situation" orientieren und "nicht an Altem und Überholtem". Diese Arroganz gegenüber der Geschichte des antifaschistischen Kampfes gegen Nazis und staatliche Faschisierung, auch des revolutionären Kampfes ist leider weitverbreitet.

In Fällen, wo unsere Haltung nicht gänzlich abgelehnt wird, zählt dann aber oft nur die Geschichte im engen nationalen Rahmen, oder -und das ist vor allem für Antiimps typisch- die Geschichte beginnt überhaupt erst 1968, bei der Studentenrevolte, den Ursprüngen der späteren RAF.

Auch gibt es die Praxis, daß sich damit auseinandergesetzt wird allein um des geschichtlichen Wissens willen, ohne daß daraus Konsequenzen für die heutige Situation und Praxis gezogen werden.

Genausowenig wie all das können wir eine kritiklose Geschichtsromantik gebrauchen, die Fehler und Niederlagen vertuscht, zwecks Selbstbeweihräucherung.

Die *"Auseinandersetzung mit der Geschichte revolutionärer Bewegungen / Widerstand; regional, national, international"* ("Einsatz!", S. 5) der AA/BO ist in diesem Sinne ein guter Ansatz.

Die gesamte Geschichte des internationalen antifaschistischen / demokratischen und revolutionären Kampfes mit seinen Lehren, Fehlern, Niederlagen und Erfolgen muß im Bezug auf die heutige Praxis des Kampfes ausgewertet werden.

Wir müssen aus der Geschichte lernen, denn dieselben Fehler mehrmals zu begehen, da man eine Auseinandersetzung mit den gesammelten Erfahrungen ablehnt, muß zwangsläufig zu Niederlagen führen.

Vor allem der Widerstand und der bewaffnete Kampf gegen den Nazi-Faschismus muß unbedingt ausgewertet werden. Der Aufstand in den Ghettos von Warschau und Bialystok, in den KZ und Vernichtungslagern der Nazis, die Kämpfe der Partisaneneinheiten in der Sowjetunion, in Polen, Italien, Frankreich, Jugoslawien, Albanien etc., der Kampf der Roten Armee, der spanische Bürgerkrieg, der Widerstand der Sinti und Roma, der ZwangsarbeiterInnen z.B. haben mit all ihren Erfahrungen eine **ganz zentrale Bedeutung** für den heutigen antifaschistischen Kampf. Denn sie alle

zeigen in zugespitzter Situation, daß und wie die Nazis bekämpft werden können und wie sie schließlich militärisch besiegt wurden. Nur wenn wir aus diesen Kämpfen lernen haben wir heute eine Chance gegen den BRD-Staat und seine Nazis, die in der Tradition des Nazi-Faschismus stehen.

Wir haben hier nur drei Beispiele von vielen herausgesuchten, antifaschistischen Kämpfen, über die geschwiegen wird, die verleumdet oder auch einfach "vergessen" werden.



Jüdische Partisanen in der Nähe von Kaunas (Litauen) während des 2. Weltkrieges

Bewaffneter Widerstand von Sinti und Roma gegen den Nazifaschismus

Über Widerstand von Sinti und Roma von 1933-45 in Deutschland und den von den Nazis besetzten Ländern ist in BRD seit 1945 so gut wie nichts bekannt, auch nicht bei Autonomen oder Antimps. Wir selbst haben bis vor kurzem kaum oder gar nichts über dieses Thema gewußt.

Sinti und Roma waren an nahezu allen Widerstandsformen gegen die Nazis beteiligt. Sie kämpften in den KZ's und Vernichtungslagern, sie widersetzen sich ihrer Deportation, halfen Verfolgten des Nazi-Regimes zur Flucht in andere Länder usw. Sinti und Roma waren auch an der höchsten Kampfform gegen die Nazis, am bewaffneten Kampf gegen die Nazi-Wehrmacht und die SS-insbesondere in der Roten Armee und bei den Partisanen-beteiligt. Wir denken, gerade auch aus diesem Kampf müssen und können wir für unseren heutigen Kampf gegen die Nazis und den deutschen Imperialismus lernen.

Wir haben versucht, mit dem folgenden kurzen Artikel einen ersten Schritt für unsere intensivere und tiefergehende Auseinandersetzung und Auswertung des Widerstands der Sinti und Roma gegen die Nazis und für die notwendige Propagierung dieses Kampfes zu machen.

1) Zur Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der Nazis gegen die Sinti und Roma in Europa

Mit Beginn der Errichtung des Nazifaschismus 1933 wurde die rassistische Verfolgung und Hetze gegen die Sinti und Roma in Deutschland verschärft. Dabei konnten die Nazis auf verschiedene, schon bestehende, gegen Sinti und Roma gerichtete Gesetze und tief verwurzelte rassistische Vorurteile und Stimmungen in der deutschen Bevölkerung aufbauen.

In den Kommentaren zu den rassistischen "Nürnberger Gesetzen" von 1935 wurde dann von den Nazis juristisch festgelegt, daß "Juden und Zigeuner artfremden Blutes sind." Die ganze Kette rassistischer Maßnahmen, der Demütigung, Verfolgung und Vertreibung aus Schulen und Arbeitsstellen wurde ähnlich wie gegen die jüdische Bevölkerung auch gegen Sinti und Roma angewandt.

Schon 1936 wurden tausende Sinti und Roma, vor allem Erwachsene, u.a. ins KZ Dachau und ab Sommer 1938 ins KZ Mauthausen deportiert. (1 / S. 19)

Ab 1938/39, nach Beginn der Überfälle Nazi-Deutschlands auf andere Länder wurde die Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma systematisch auf alle besetzten Länder ausgedehnt.

1939 wurde die systematische Deportation aller Sinti und Roma nach Polen beschlossen. Im Mai 1940 begannen unter der Leitung Eichmanns die ersten größeren Deportationen nach Polen. Etwa 3000 Sinti und Roma aus dem "Deutschen Reich" wurden über Sammellager in die Ghettos und KZ's in Polen deportiert und zum großen Teil dort später ermordet. (2 / S. 173)

Schon im Januar 1942 wurde der fabrikmäßige Völkermord gegen die Sinti und Roma gestartet. Im Vernichtungslager Chelmno wurden 5000 Sinti und Roma durch Giftgas ermordet. (3 / S. 27)

Ein Einschnitt bei der Verfolgung der Sinti und Roma durch die Nazis stellte Himmlers "Auschwitz-Erlaß" im Dezember 1942 dar, worin der Plan der Vernichtung aller Sinti und Roma Europas festgeschrieben ist. Schon einige Wochen nach dem "Auschwitz-Erlaß" waren über 10.000 Sinti und Roma nach Auschwitz-Birkenau deportiert worden, wo fast alle später ermordet wurden (ebenda / S. 20).

Durch Giftgas ermordet, Erschossen, erschlagen, bei lebendigem Leibe verbrannt-die Nazi-Horden wüteten mit aller nazistischen Grausamkeit gegen die Sinti und Roma Europas.

Gegen diese nazistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und für die Befreiung vom Nazifaschismus kämpften in den meisten besetzten Ländern auch Sinti und Roma in den entstandenen Partisaneneinheiten und in den Armeen der Alliierten.

2) Roma kämpften in der Roten Armee gegen die Nazi-Bestie

Während des Nazi-Raubkrieges gegen die sozialistische Sowjetunion kämpften viele Roma in der Roten Armee gegen die SS und die Nazi-Wehrmacht. Ein entscheidender Grund war sicherlich, daß die Roma die Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion zu ihrer Sache gemacht hatten, nicht nur weil viele Kommunisten waren. Sondern weil für die Roma in der Sowjetunion klar war, daß es ihr Land war, wo sie ihre Kultur und ihre Sprache ausüben konnten und beides eine noch nie dagewesene Blüte entwickelt hatte auf der Grundlage der maximalen Unterstützung durch die Sowjetmacht.

Gerade auch deshalb standen Roma in der Sowjetunion oftmals an vorderster Front im Kampf gegen die Nazis.⁷ Zwei Fälle sind uns genauer bekannt:

Der Roma I. P. Tokmatov meldete sich noch sechzigjährig als Freiwilliger zur Roten Armee und kämpfte an der Kriegsfront mit der Waffe in der Hand gegen die Nazi-Faschisten. Er wurde von den Nazis gefangen genommen und 1942 ermordet. Der Roma Victor Belyakow kämpfte als Scharfschütze in der Roten Armee. Er war gleichzeitig Schauspieler des Moskauer Roma-Theaters. Während des 2. Weltkrieges führte diese Theatergruppe Tourneen in sieben Sowjetrepubliken mit Auftritten in 59 Städten durch, wobei sie für die Rote Armee allein über 600 Aufführungen, u.a. an verschiedenen Frontabschnitten gab. Diese Theateraufführungen dienten der Aufrichtung der Moral der Rotarmisten und zur Stärkung der internationalistischen Solidarität zwischen den verschiedenen Angehörigen der Völker und Nationalitäten der Sowjetunion innerhalb der Roten Armee. Diese auf der Gleichberechtigung aller Völker und Nationalitäten beruhende tiefe Solidarität war eine entscheidende Stärke der Roten Armee für ihren Sieg über die Nazis. (1 / S. 140)

3) Sinti und Roma im Partisanenkampf gegen die Nazis

Sinti und Roma kämpften nicht nur in den Armeen der Anti-Hitler-Koalition bewaffnet gegen die Nazis, sondern auch in den Partisanenbewegungen, die sich in allen von den Nazi-Faschisten besetzten Ländern Europas gebildet hatten. Vor allem in Jugoslawien, Bulgarien, der Tschechoslowakei, in Frankreich, in Belgien, in Polen und in den von den Nazis besetzten Gebieten der Sowjetunion beteiligten sich zum Teil ganze Familien der Roma am bewaffneten Partisanenkampf. Die herausragendsten Beispiele wollen wir schildern.

a) Frankreich

In Frankreich entstand ab 1940 Kontakt zwischen der Resistance, der antifaschistischen Widerstandsorganisation aus Kommunisten und Antifaschisten der verschiedensten politischen Richtungen, und vor allem Lowara-, Tshurara- und Kaldares-Roma. Diese Roma lebten illegal in Frankreich, um sich vor Ermordung oder Deportation in die KZ und Vernichtungslager zu retten. Viele kämpften Seite an Seite mit der Resistance und waren an den vielfältigsten Partisanen-Aktionen beteiligt: Sie organisierten Lebensmittelkarten für die Resistance-Kämpferinnen und -Kämpfer durch bewaffnete Aktionen gegen Nazi-Ämter, sie organisierten Sprengstoff und Waffen und bauten ein gut organisiertes Fluchtwegenetz für Verfolgte des Nazifaschismus auf. Sie waren an Sprengstoffanschlägen auf Züge beteiligt und sie kämpften mit der Waffe in der Hand gegen SS- und Wehrmachtstruppen. Als sie eine zeitlang mit Resistance-Gruppen in den Wäldern Frankreichs lebten, gaben sie ihre Erfahrungen des illegalen Lebens an die anderen WiderstandskämpferInnen weiter. (1 / S. 142-144) 1943 konnte die Gestapo eine größere Gruppe dieser Roma verhaften. Allerdings konnten einige Roma fliehen, indem sie die Nazis bewaffnet angriffen. Andere Roma kämpften als führende Kader in der Resistance. Vor allem ein Name wird immer wieder genannt: Armand Stenegry. Armand Stegenry führte eine Partisanen-Einheit an, die Angriffe auf deutsche Truppen ausführte, während englische und us-amerikanische Armee-Einheiten im Juni 1944 in der Normandie landeten. Das war ein wichtiger Beitrag für das Gelingen der Eröffnung der 2. Front gegen die Nazis, die die militärische Niederlage des Nazifaschismus wesentlich beschleunigte. (ebenda / S. 144)

b) Italien

Außer in Frankreich waren in Westeuropa vor allem in Italien viele Sinti und Roma am dortigen Partisanenkampf gegen die italienischen Faschisten und gegen die Nazis beteiligt.

Ein Gruppe von Sinti und Roma unter Führung von Walter Catter bildete eine eigenständige Widerstandsgruppe, die kaum oder keine Verbindung zu anderen Partisanen-Einheiten hatte. Es wird beschrieben, daß sie eine große Kampfkraft entwickelte und viele von ihnen im bewaffneten Kampf gegen die Nazis ihr Leben verloren. Der englische Roma Fred Wood, der als Soldat in der englischen Armee an der Invasion der Alliierten Truppen in Italien teilnahm berichtet von einer Roma Partisanen-Gruppe in Mittelitalien:

⁷ Auch in den Reihen der sowjetischen Partisanen kämpften viele Roma, z.B. der Partisan Valya in der sowjetischen Weißrusslandbrigade (König, S. 148).

"Sie gingen zu Fuß, einige zogen Esel und kleine Ponies, und waren gut bewaffnet. Es war ein Partisanen-Trupp, der sich, begleitet von Frauen und Kindern, mit Guerilla-Taktik den Feind angreifen und sich zurückziehen-über die Berge durchkämpft hatte."

(1 / S. 145)

c) Jugoslawien

Jugoslawien war das Zentrum des bewaffneten Roma-Widerstandes in Europa. Vor allem im faschistisch-kroatischen Ustascha-Staat von Hitlers Gnaden und auch auf dem gesamten Gebiet Jugoslawiens wurden ab 1941 die Roma von den Nazis und ihren Ustascha-Faschisten systematisch verfolgt und ermordet.

Viele Roma schlossen sich angesichts der faschistischen Bestialitäten der antifaschistischen Nationalen Befreiungsfront (NBF) an, die unter Führung der KP Jugoslawiens stand. Allein aus der Stadt Nis gingen 250 Roma zu den Partisanen in die Berge. (1/S. 146) In der 12. Brigade der NBF kämpften mindestens 25 Roma, in anderen noch mehr, so etwa in der 19. Brigade. (ebenda)

Ganze Familien schlossen sich der NBF an. Zarko Javonic konnte aus einem Nazi-Lager fliehen und schloß sich den Partisanen an. Seine Mutter, Dragica unterstützte die NBF und seine Schwester Ljubica war auch Partisanin. (ebenda)

In vielen Berichten wird immer wieder der Roma Hasani Ibrahim genannt. Er arbeitete als Mechaniker in der Reparaturwerkstatt für Militärfahrzeuge der Nazi-Wehrmacht in der Gegend des jugoslawischen Dorfes Mitrovica. Ab 1943 kämpfte er in den Reihen der Partisanen und versetzte den Nazis einige Schläge. Er organisierte aus der Werkstatt Benzin und stellte daraus Benzinbomben für die Partisanen her. In einer anderen Aktion sprengte er mehrere Gebäude und Fahrzeuge in die Luft, sowie das gesamte Benzin- und Munitionslager! Etwas später versorgte er die Partisanen mit Waffen und setzte das Nazi-Nachschublager in Brand. Ab 1944 ging er zu den Partisanen in die Berge. (ebenda / S. 147)

Ähnlich wie in Italien gab es auch in Jugoslawien eigenständige Partisanen-Gruppen der Roma, die keinen Kontakt zur NBF hatten. In den Bergen Montenegros kämpfte eine große Roma-Gruppe über Monate hinweg erfolgreich gegen die italienischen Faschisten. Erst der Einsatz eines ganzen Bataillons konnte diese Roma zur Aufgabe zwingen. (ebenda / S. 146)

d) Tschechoslowakei

Aus dem nazifaschistischen Satellitenstaat Slowakei ist besonders viel über Roma-Partisanen überliefert. Viele Roma flüchteten vor den Massakern der Nazis und den slowakischen Faschisten in die Berge zu den Partisanen. Aus verschiedenen slowakischen Orten, z.B. Tisovec, Slatina oder Banska Bysric sind Berichte vom Anschluß der Roma an die Partisanen, vom Versorgen der Partisanen mit Nahrungsmitteln durch Roma bekannt geworden. Herausragend ist die Beteiligung der Roma am bewaffneten Aufstand in der Slowakei im Sommer 1944 gegen die faschistische Tiso-Regierung der Nazis. Als Nazi-Truppen zu Hilfe gerufen wurden und den Aufstand blutig niederschlugen, waren auch Roma unter den Opfern der Vergeltung. Tomas Farkas, der eine Partisanen-Gruppe von Roma und Slowaken befehligte, war einer der Roma-Partisanenkader in der antifaschistischen Widerstandsfront. Seine Einheit konnte eine zeitlang den Gegenangriff der Nazi-Truppen aufhalten, etwa 75 Kilometer östlich von Banska Bystrica, dem Zentrum des Aufstandes. Die Nazis waren jedoch in der Übermacht, so daß sich die Partisanen-Gruppe in die Berge zurückziehen mußte. (4 / S. 99)

Der Widerstand der Sinti und Roma trug dazu bei, den Mythos der Unbesiegbarkeit der SS und der Nazi-Wehrmacht zu zerstören. Er war Bestandteil des weltweiten antifaschistischen Kampfes, der den Nazifaschismus schließlich militärisch besiegte!

Quellen:

- 1) König, Ulrich, Sinti und Roma unter dem Nationalsozialismus, Verfolgung und Widerstand. Bochum 1989
- 2) Rose, Romani/Weiss, Walter, Sinti und Roma im "Dritten Reich", Das Programm der Vernichtung durch Arbeit, Göttingen 1991
- 3) Rose, Romani, Bürgerrechte für Sinti und Roma, Das Buch zum Rassismus in Deutschland, Heidelberg 1987
- 4) Kenrick, D./Puxon, G., Sinti und Roma - Die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat, Göttingen 1981

□ **Der bewaffnete Aufstand des jüdischen „Sonderkommandos“ im nazistischen Vernichtungslager Sobibor**
(Auszug aus: „Gegen die Strömung“ Nr. 62, Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Faschismus)

Am 23. September 1943 kam in das Vernichtungslager Sobibor ein Transport aus einem Nazi-Lager in Minsk an, der erste aus der Sowjetunion. Unter jenen, die zur Arbeit ausgesucht wurden, befanden sich etwa 70 jüdische Kriegsgefangene, die als Soldaten und Offiziere in den Reihen der Roten Armee bereits gegen die deutschen nazi-faschistischen Horden gekämpft hatten und militärische Erfahrung auch im Partisanenkrieg besaßen. Unter ihnen war der 34-jährige sowjetische Offizier Alexander Pecerskij („Sascha“ gerufen), der fast zwei Jahre deutsche Kriegsgefangenschaft hinter sich hatte und schon nach drei Wochen Lagerhaft in Sobibor den Aufstand leitete.

Vertrauen auf die eigene Kraft unter Führung von Kämpfern der sowjetischen Roten Armee

Die Ankunft der sowjetischen Kriegsgefangenen erregte im Lager sofort Aufsehen und löste Neugier und Hoffnung aus. Vor ihrem ersten Arbeitseinsatz begannen sie, nach Aufforderung durch den SS-Lagerleiter, ein sowjetisches Lied zu singen, das wie ein Frühlingsdonner im Todeslager von Sobibor einschlug:

„Wenn der Krieg morgen kommt, werden wir morgen marschieren. Wenn die Übeltäter zuschlagen, werden die sowjetischen Völker vereint wie eins, sich für ihr freies Heimatland erheben.“

(Alexander Pecerskij, „Revolt in Sobibor“, 59/13)

Pecerskij erwarb sich durch sein Verhalten schnell Ansehen bei seinen Mitgefangenen und fiel dadurch auf, daß er eine als Bestechung gedachte Belohnung eines SS-Wächters für schnelle Arbeit (Zigaretten, später Brot und Margarine) mit ironischem Unterton zweimal dankend ablehnte. Als ein Mithäftling bereits am 27. September mit der Aufforderung an ihn herantrat, gemeinsam zu fliehen, antwortete er, daß Fluchten einzelner

blutige Repressalien bzw. Ermordung der zurückgelassenen auslösen würden. Ein Fluchtplan sei nur dann erfolgreich, wenn allen die Gelegenheit gegeben wird, auszubrechen, auch wenn einige sicher umkommen werden.

Jüdische Häftlinge aus verschiedenen Ländern, vor allem die etwa 150 weiblichen Gefangenen aus den Frauenbaracken, umringten ihn am nächsten Tag und bestürmten ihn mit Fragen über die Sowjetunion und den Frontverlauf. Als sie wissen wollten, wann der Krieg zu Ende sei und wer gewinnen würde, teilte er alles mit, was er wußte:

Pecerskij berichtete, wie die deutschen Nazitruppen von der Roten Armee der sozialistischen Sowjetunion aus den Vororten Moskaus vertrieben und wie sie in Stalingrad geschlagen wurden, daß die Rote Armee bald den Dnjepr überquere und vorwärtsmarschiere. Alles wurde in Jiddisch, Deutsch, Holländisch und Französisch übersetzt. Besonderen Eindruck machte seine Antwort auf die Frage, warum denn die russischen Partisanen, die bei Minsk Eisenbahnwaggons der Nazis in die Luft sprengten, das Lager nicht angreifen und befreien würden. Pecerskij erwiderte:

„Die Partisanen haben ihre eigenen Aufgaben. Unsere Arbeit wird nicht von irgend jemandem anderen für uns gemacht werden.“
(ebenda, S. 20)

Am 29. September trat der 33-jährige polnische Jude **Leon Feldhendler** („Baruch“ gerufen), der schon fast ein Jahr im Lager II arbeitete, im Namen der schon länger im Lager existierenden Widerstandsgruppe an Pecerskij heran. Er forderte Pecerskij auf, die Organisierung und Leitung des Aufstands als Sowjetmensch und erfahrener

Militär zu übernehmen. Feldhendler, der den Aufstand bisher **moralisch** vorbereitete, hatte eine Gruppe von 20 Juden aus der Tschechoslowakei, aus Frankreich, Deutschland und Polen um sich geschart, die von fünf polnischen Juden geleitet wurde. Sie wurden besonders durch das Los der jüdischen Zwangsarbeiter aus dem Vernichtungslager Belzec angefeuert, die etwa Ende Mai 1943 nach Sobibor gebracht und ermordet wurden.

Bei Einhaltung strengster konspirativer Regeln, Treffs mit weiblichen Häftlingen als Deckung benutzend, standen beide bis zum Aufstand am 14. Oktober in täglichem Kontakt miteinander. Die Leitung bestand aus sieben Personen und insgesamt 30 wußten von dem Plan. Den Aufstandsplan entwickelte Pecerskij in engster Absprache und bis ins Detail mit einem **Kommunisten aus Warschau, Shloime Leitman**, mit dem er bereits von Minsk her befreundet war, und an dessen Seite er sein Nachtlager in der Baracke hatte. Durch sein entschlossenes und mutiges Auftreten und seine freundliche und ruhige Art, seine gesamte Persönlichkeit hatte Leitman tiefgehenden ideologischen Einfluß und große Ausstrahlungskraft auf seine Mithäftlinge. Pecerskij war also der **organisatorische** und Leitman der **ideologische Führer des Aufstands**.

Es gab von verschiedenen Seiten Gerüchte und Warnungen, daß das Lager bald aufgelöst werden solle, was auch die Ermordung der jüdischen Arbeitskommandos bedeutet hätte. Ein ukrainischer Wachmann informierte Pecerskij, daß in Treblinka im August bereits ein Aufstand stattgefunden hatte, und nun die Liquidierung von Sobibor bevorstehe. Das gab Auftrieb und beschleunigte die Organisierung des Aufstands. Neben dem hauptsächlichen Motiv für den Aufstand, der Vernichtung von hunderttausenden von Menschen Einhalt zu gebieten, spielte also auch die unbestreitbare Tatsache eine Rolle, daß das "Sonderkommando" selbst vernichtet werden würde.

Der Aufstandsplan des sowjetischen Rotarmisten Pecerskij

Am Abend des 12. Oktober fand die letzte Leitungsbesprechung statt, auf der Pecerskij seinen Aufstands- und Fluchtplan im einzelnen dem



Alexander Pecerskij

Untergrundkomitee darlegte, das ihn mit einigen zusätzlichen Vorschlägen annahm. Der Plan bezog - trotz großem Mißtrauen - auch zwei jüdische Kapos ein, die eine Art Polizeifunktion im Lager ausübten und daher größere Bewegungsfreiheit hatten. Die Widersprüche der Kapos zu den deutschen SS-Schergen war größer als zu den jüdischen Häftlingen, da sie den Deutschen nicht vertrauten, daß sie am Schluß nicht auch wie alle anderen umgebracht würden und deshalb ebenfalls fliehen wollten. Pecerskij gab den in den Aufstandsplan einbezogenen Kapos deutlich zu verstehen, daß sie bei einem Scheitern unter den ersten sein würden, die getötet werden.

Der genaue Zeitplan und die Verteilung der Aufgaben an jede einzelne Gruppe wurde festgelegt. Der Plan war darauf aufgebaut, daß die SS-Leute in den Werkstätten für sich arbeiten ließen. Die Pünktlichkeit der Deutschen wurde ebenfalls bei der Planung in Betracht gezogen. Die SS-Leute wurden zu genau festgelegten Zeiten einzeln in verschiedene Werkstätten zur Anprobe bestellt, um sie dort zu erschlagen.

Pecerskij stellte seinen Plan nach seinen Tagebuchaufzeichnungen folgendermaßen dar:

“Zuerst müssen wir die Offiziersgruppe erledigen, die das Lager verwaltet. Natürlich einen nach dem anderen, und ohne das leiseste Geräusch. Aber es muß in kurzer Zeit geschehen. Ich meine im Verlaufe einer Stunde, nicht länger. In geringerer Zeit werden wir es kaum hinbekommen, und wenn es länger dauert, besteht die große Gefahr, daß sie einen der ihrigen vermissen könnten und Alarm läuten. Die Aufgabe, die deutschen Offiziere zu töten, wird Leuten übertragen, die aus unseren sowjetischen Kriegsgefangenen ausgewählt werden, die ich persönlich kenne und auf die wir uns verlassen können...”

Um 15 Uhr 30 wird der Capo Bjetzki mit einer Ausrede drei Leute, die ich ihm nenne, zum Lager II mitnehmen. Diese drei werden die vier Nazis töten, die dort arbeiten. Baruch (Feldhendler) muß dafür sorgen, daß die Offiziere einzeln in den Raum kommen, wo es möglich sein wird, die Hinrichtung auszuführen. Baruch muß auch sicherstellen, daß von dem Augenblick an, wenn die Exekution der Nazis beginnt, niemand erlaubt wird, das Lager zu verlassen. Wenn irgendjemand versuchen sollte, einen Tumult zu machen, muß er sofort stillgestellt oder getötet werden. Die Operation im Lager II muß um 16 Uhr beendet sein.

Um 16 Uhr werden Leute, die für diese Aufgabe bestimmt sind, die Telefondrähte durchschneiden, die Lager II mit den Wachreserven verbinden. Die Drähte müssen an beiden Enden abgeschnitten und versteckt werden, um eine Reparatur zu verhindern.

Genau in diesem Moment wird die Tötung der Offiziere in unserem Lager beginnen. Die Offiziere sollen einzeln in die Werkstätten eingeladen werden. In jeder Werkstatt werden zwei Leute sein, die die Exekution ausführen. Um 16 Uhr 30 muß alles vorüber sein.

Um 16 Uhr 30 werden Bjetzki und Genick alle Lagerinsassen so aufreihen, als ob sie sie zur Arbeit mitnehmen, und die Marschkolonne wird zum Ausgang geführt. In der ersten Reihe werden unsere Sowjetmenschen aus dem Osten sein. Sie werden das Waffenarsenal angreifen. Die anderen werden weitergehen und den Angriff decken. Jene, die Waffen ergriffen haben, werden die Kolonne einholen, über diese hinaus-

rennen, die Wachen am Tor beseitigen und den Wachturm angreifen.”
(ebenda, S. 31/32)

Falls dieser Ausbruchsversuch durch das Haupttor verhindert werden würde, gab es nur noch die Alternative, nach Durchschneiden und Überwinden der Stacheldrahtzäune durch die Minenfelder zu entkommen. Der Weg nahe der SS-Unterkünfte erschien Pecerskij am erfolgversprechendsten, da dort höchstwahrscheinlich nur Signalminen deponiert waren. Für alle Fälle sollten zunächst Steine geworfen werden, welche die Minen zum Explodieren brachten. Dann würde der Weg wenigstens teilweise von Minen frei sein.

Der Aufstand wurde am Abend vorher für den 14. Oktober beschlossen, da mehrere SS-Leute in Deutschland im Urlaub waren, darunter auch der Kommandant Reichleitner sowie der gefürchtete Spieß Gustav Wagner. Von den insgesamt 28 SS-Leuten waren lediglich 16 an diesem Tag im Lager, wovon zwei zeitweise abwesend waren.

Der Tag des Aufstands

“Der 14. Oktober war ein schöner, sonniger Tag”,

so beginnt Pecerskij seine Tagebuchaufzeichnungen über den Aufstandstag.

“Während der Nacht verteilten wir die Messer, die wir gesammelt hatten und ein knappes Dutzend kleiner Äxte, die leicht unter der Jacke verborgen werden konnten und die der Hufschmied für uns hergerichtet hatte. Wer es brauchte, bekam warme Kleidung. Nur die Führer wußten genau, wann und wie wir ausbrechen würden.”

(ebenda, S. 33)

Im Lauf der Mittagsstunden wurden die ersten Waffen entwendet, einige Handgranaten, sechs Gewehre und einige Pistolen sowie Munition. Jugendliche und Kinder, die den SS-Leuten die Schuhe putzten und auch für kleinere Reparaturen Zutritt zu den ukrainischen Kasernen hatten, waren mit deren Beschaffung beauftragt worden. Weitere Pistolen sollten den SS-Leuten nach deren Liquidierung abgenommen werden.

Dann lief zunächst alles nach Plan, Schlag auf Schlag:

“Wir töteten sechs SS-Männer in der Schneiderei und Schusterei, wohin wir sie von 16 Uhr an in Abständen von 15 Minuten einzeln zur Anprobe oder zum Abholen eines Kleidungsstückes oder von Schuhen zu kommen gebeten hatten. Vier SS-Männer töteten wir im Sektor II, wohin wir sie ab 15 Uhr 30 einzeln in das Magazin gelockt hatten, um einen Ledermantel abzuholen, den wir unter den Sachen der Getöteten gefunden hätten. Dieser Köder erwies sich als sehr gut. Ein Faschist wurde in der Garage getötet. Auf diese Weise wurden von den 14 SS-Männern, die damals die Vernichtung der Menschen leiteten, elf getötet, zwei waren abwesend.” (48/315)

Wie sich nach Zeugenaussagen im Gerichtsprozeß herausstellte, wurde später noch der SS-Scharführer Werner Dubois beim Überfall auf das Waffenarsenal schwer verletzt und zwei andere SS-Leute hatten sich während des Aufstands, als sie Schüsse hörten und einige tote SS-Männer entdeckten, aus Angst verkrochen. Die zwei zunächst Abwesenden waren der Leiter von Lager I, SS-Oberscharführer Karl Frenzel und der SS-Mann Erich Bauer.

Ein Jugendlicher lief zwischen Lager I und Lager II hin und her und meldete an Pecerskij, wieviele schon jeweils getötet worden waren. Zwei Ukrainer, die während dieser Zeit auf Fahrrädern ankamen, wurden ebenfalls umgebracht. Ein deutschsprechender Jude aus der Tschechoslowakei namens Schwartz, der als Elektriker zu arbeiten hatte, schaltete Strom und Telefon und damit jede Verbindung vom Lager nach draußen aus.

So weit konnte der exakt vorbereitete Plan in knapp anderthalb Stunden durchgeführt werden. Dann kam der SS-Mann Bauer

“unvorhergesehen mit einem LKW von einer Fahrt zurück ins Lager... Um das Fahrzeug abladen zu lassen, rief er einige Häftlinge, die unmittelbar zuvor den Scharführer Floss ... getötet hatten. Als Bauer dies bemerkte, schoß er auf die Häftlinge.”
(Ebenda)

Vor allem aber war der Lagerleiter Frenzel, der einzige übriggebliebene SS-Führer, der die ukrainischen Wachen zu einer Aktion gegen die Häftlinge organisieren konnte, nicht, wie vorgesehen, in die Werkstatt gekommen. Aber da es schon kurz nach 17 Uhr war und ein längeres Warten, ohne den gesamten Aufstand zu gefährden, nicht mehr möglich war, wurde auf Veranlassung Pecerskij vom Kapo Bjetzki mit der Pfeife das Signal zum abendlichen Zählappell gegeben. Zu Feldhendler und den Gefangenen in Lager II wurde ein Bote geschickt, der die Entscheidung über den Beginn des Marsches aller Häftlinge Richtung Haupttor mitteilte. Da zu den einigen Dutzend Häftlingen, die völlig isoliert und streng bewacht im Lager III, dem eigentlichen Vernichtungssektor, arbeiteten, keinerlei Verbindung bestand, wurden sie von vornherein nicht in den Aufstandsplan einbezogen.

Pecerskij beschrieb in seinem Tagebuch, was nach dem Signal im Lager I passierte:

“Von allen Seiten strömten die Leute herbei. Wir hatten vorher schon siebzig Männer ausgewählt, die meisten sowjetische Kriegsgefangene, deren Aufgabe war, die Waffenkammer anzugreifen. Deshalb marschierten sie an der Spitze der Kolonne. Aber alle andern, die nur vermutet hatten, daß etwas vorbereitet war, aber nicht wußten wann und wie, erfuhren es jetzt in der letzten Minute. Sie begannen zu stoßen und drängelten vorwärts, fürchtend sie könnten zurückgelassen werden. In dieser ungeordneten Formation erreichten wir das Tor des Lager I.

Der Kommandant des Wachturmes, ein Deutscher aus dem unteren Wolgagebiet, kam auf uns zu. ‘He, ihr Hurensöhne’, rief er, ‘hast ihr nicht die Pfeife gehört? Warum drängt ihr wie eine Herde Vieh vorwärts? Geht sofort auf der Linie, drei in einer Reihe!’ Wie auf Kommando wurden als Antwort plötzlich mehrere Beile unter den Jacken hervorgezogen und sausten auf seinen Kopf nieder.

In diesem Moment rückte die Kolonne von Lager II zu uns vor. Mehrere Frauen, durch die unerwartete Szene aufgeschreckt, begannen zu schreien. Ein Gefangener war am Rand eines Ohnmachtanfalls. Ein anderer begann blind-

lings drauf los zu rennen. Es war klar, daß es unter diesen Umständen unmöglich war, mit den Leuten in einer ordentlichen Kolonne vorwärtszumarschieren. Ich rief daher laut: 'Vorwärts, Genossen!''

'Rufe wie Donner hallten durch das Todeslager und vereinigten Juden aus Rußland, Polen, Holland, Frankreich, der Tschechoslowakei und Deutschland. Sechshundert bis aufs Blut gepeinigte und gemarterte Menschen stürmten mit einem wilden 'Hurrah' für ihr Leben und ihre Freiheit vorwärts.'

(Alexander Pecerskij, 'Revolt in Sobibor', 59/39)

Der jüdische Häftling Khaim Povroznik aus Polen, der am Aufstand teilnahm, aus Sobibor flüchten und sich in Polen verstecken konnte, bis er von der Roten Armee befreit wurde, berichtet:

■ 'Eine große Gruppe versammelte sich im Lager. In der Mitte stand unser heldenhafter Anführer Saschka. Saschka rief: 'Für Stalin, Hurrah!'' (88/453)

'Sie überwältigten die Wachmannschaft, setzten sich in Besitz der Waffenkammer und fliehen nach Feuerkampf...'

Der Kommandeur der Ordnungspolizei
im Distrikt Lublin

Lublin, den 15.Okt.1943.

- Ia -

Fernschr eiben!

An den B.d.O. - Offizier vom Dienst - Krakau -,

....

Sicherungsabschnitt Bug:

b) Am 14.10.43, gegen 17 Uhr, Aufstand der Juden im SS- Lager Sobibor, 40 km nördl. Chol. Sie überwältigten die Wachmannschaft, setzten sich in Besitz der Waffenkammer und fliehen nach Feuerkampf mit der übrigen Lagerbesetzung in unbekannter Richtung. 9 SS-Männer ermordet, 1 SS-Mann vermisst, 1 SS-Mann verwundet. 2 fremdvölkische Wachmänner erschossen. Entwischen sind etwa 300 Juden, der Rest ist erschossen bzw. befindet sich im Lager. Truppenpolizei und Wehrmacht wurden sofort verständigt und übernahmen gegen 1 Uhr die Sicherung des Lagers. Das Gelände südlich und südwestl. Sobibor wird von Polizei und Wehrmacht durchkämmt.

....

b) Am 14.10.43, gegen 17 Uhr, Aufstand der Juden im SS- Lager Sobibor, 40 km nördl. Chol. Sie überwältigten die Wachmannschaft, setzten sich in Besitz der Waffenkammer und fliehen nach Feuerkampf mit der übrigen Lagerbesetzung in unbekannter Richtung. 9 SS-Männer ermordet, 1 SS-Mann vermisst, 1 SS-Mann verwundet. 2 fremdvölkische Wachmänner erschossen. Entwischen sind etwa 300 Juden, der Rest ist erschossen bzw. befindet sich im Lager. Truppenpolizei und Wehrmacht wurden sofort verständigt und übernahmen gegen 1 Uhr die Sicherung des Lagers. Das Gelände südlich und südwestl. Sobibor wird von Polizei und Wehrmacht durchkämmt.

Ein Nazibericht über den Aufstand in Sobibor

Der Vormarsch der Gefangenen zum Tor des Lagers I traf zunächst auf keinen Widerstand, da die am Leben gebliebenen SS-Leute und auch die führungslosen ukrainischen Wächter, selbst auf den das Lager umgebenden Türmen, sich entweder täuschen ließen, nicht sofort kapierten, was vor sich ging oder von den Ereignissen so überrascht waren, daß sie den Kopf verloren.

Erst beim Angriff auf die Waffenkammer und bei ihrem weiteren Vormarsch zum Haupttor wurde die Masse der Aufständischen durch starkes Maschinengewehrfeuer von einem Wachturm aufgehalten. Geplant war auch, mit den ukrainischen Wachen zu sprechen, weil darunter auch welche waren, die ebenfalls fliehen wollten. Dies gelang jedoch nicht, weil einer der Ukrainer zu schießen anfing. Entscheidend für den weiteren Fluchtverlauf war das Auftauchen des SS-Oberstabsführers Frenzel, der aus einer Baracke kam, sofort mit einer Maschinenpistole auf die Fliehenden schoß und etwa ein Dutzend ukrainische Wachen um sich scharte, die ebenfalls mit Gewehrschüssen den Massenausbruch aufzuhalten versuchten. Die Häftlinge feuerten aus ihren wenigen Gewehren und Pistolen zurück, warfen Steine und Sand auf die Faschisten. Der Masse wurde jedoch durch das Maschinengewehrfeuer Frenzels und des dazukommenden SS-Manns Bauer der Weg durch das Haupttor abgeschnitten und sie mußten über den Stacheldrahtzaun und in Richtung der Minenfelder fliehen.

Viele wurden erschossen, blieben bereits an den verschiedenen Drahtverhauen tot hängen, noch mehr aber gingen in den Minenfeldern zugrunde. Für die ersten war es faktisch ein Todeskommando, denn sie wußten, daß die Minen hochgehen würden. Damit machten sie jedoch den

Nachfolgenden den Weg frei, die dann wußten, wo keine Minen mehr waren, oder ihr Leben dadurch retteten, daß sie über die Körper der auf den Minen liegenden Toten in den nahen Wald fliehen konnten. Pecerskij lief mit seiner Gruppe in Richtung zu den SS-Unterkünften, wobei sich seine Vermutung bestätigte, daß die unmittelbare Umgebung nicht vermint war. Sie durchschnitten den Stacheldraht und konnten mit fast 60 Mann entkommen.

Erfolge des Aufstands von Sobibor

Die lautlose Liquidierung von 11 SS-Henkern und die schwere Verwundung eines SS-Mannes und damit die Ausschaltung fast der gesamten aktiven SS-Lagermannschaft, vor allem der kommandierenden Offiziere bis auf Lagerleiter Frenzel, sicherte den Erfolg des bewaffneten Aufstands von Sobibor und die Massenflucht der Mehrzahl des jüdischen "Sonderkommandos". Von den ukrainischen Wachen wurden 38 entweder getötet oder verwundet; weitere 40 Ukrainer flüchteten anschließend, bevor sie von ihren deutschen Herren zur Rechenschaft gezogen werden konnten.

Bereits zwei Tage nach dem Aufstand, am 16. Oktober 1943, ordnete Himmler persönlich die sofortige Zerstörung des Vernichtungslagers Sobibor an. Als direktes Ergebnis des Aufstands in Sobibor war somit eine Todesmaschinerie, die das Leben von über 500.000 Juden vernichtet hatte und noch weitere Tausende von Leben ausgelöscht hätte, ein für alle mal außer Betrieb gesetzt. Darüber hinaus wurde die Aufnahme der Rüstungsproduktion für die Nazi-Wehrmacht verhindert, die in Sobibor geplant und bereits im Nordsektor des Lagers im Aufbau begriffen war. Mit der Liquidierung des Lagers in Sobibor wurde auch die Auflösung des Vernichtungslagers Treblinka im Oktober 1943 von den Nazis durchgeführt.

Über 400 jüdischen Häftlingen gelang zunächst die unmittelbare Flucht aus dem Lager. Etwa 100 wurden jedoch entweder durch Minen oder von Kugeln in der offenen Zone zwischen Lager und Wald getötet. Über 100 wurden in den vier Tagen Treibjagd durch die SS, die dem Aufstand folgte,

eingefangen und erschossen. Alle, die nicht fliehen konnten und nach dem Aufstand noch im Lager waren, etwa 150 jüdische Häftlinge, wurden zusammen mit den unterwegs wieder eingefangenen und zurückgebrachten 30 bis 40 Juden als Racheakt sofort am nächsten Tag von der SS erschossen. Viele der Geflohenen wurden auch von polnischen Kollaborateuren oder Antisemiten, vor allem aus den Reihen der polnischen "Heimatarmee", die unter Leitung der polnischen Exilregierung in England stand, ermordet.

Im Gerichtsprozeß von Hagen wurde geschätzt, daß von den 500 bis 600, die zur Zeit des Aufstands im Lager waren, etwa 50 bis 60 hatten überleben können, wahrscheinlich waren es dreimal soviel. Die Staatsanwaltschaft konnte Anschriften von 32 Überlebenden herausfinden und von mindestens drei weiteren feststellen, daß sie erst nach der endgültigen Befreiung im Jahr 1945 gestorben sind.

Shloime Leitman, der engste Kampfgefährte und Genosse Pecerskijs, mit dem er wie mit einem Bruder, in den Nächten nebeneinanderliegend, über alles sprach, mit dem er den Aufstand im Lager bis auf alle Einzelheiten zusammen plante und organisierte, war - außer Sichtweite Pecerskijs - verwundet worden, bevor es ihm gelang, in die Wälder zu flüchten. Er setzte seine Flucht dann noch drei Kilometer fort bis ihm seine Kräfte versagten. Polnische Häftlinge sollen ihm noch geholfen haben, aber genaueres ist dann über sein Schicksal nicht mehr bekannt.

Leon Feldhendler überlebte und konnte zu den polnischen Partisanen fliehen. Nach dem Sieg über die Nazis wurde er jedoch 1945 in einem antisemitischen Pogrom in Polen erschlagen.

Stanislaw Szmajzner, der damals sechszehnhalb Jahre alt war und die Gewehre für den Aufstand besorgt hatte, gelang ebenfalls die Flucht, und er schloß sich den Partisanen an. Nach dem Sieg über die Nazis verfolgte er den berüchtigten SS-Oberscharführer Wagner, der zur Zeit des Aufstands in Urlaub war, bis nach Südamerika. Nachdem er ihn in seinem Versteck in Brasilien im Jahre 1973 aufgespürt hatte, wurde Wagner tot aufgefunden, angeblich mit einem Messer erstochen; die offizielle Version war Selbstmord.

Alexander Pecerskij gelang es mit seiner Gruppe, den faschistischen Häschern, die etwa eine Woche mit nahezu tausend SS-Leuten, Polizisten, Soldaten der Wehrmacht, unterstützt von der Luftwaffe, die Umgebung des Vernichtungslagers weiträumig durchkämmten, zu entkommen. Am 22. Oktober 1943 schlossen sie sich den sowjetischen Partisanen im Gebiet von Brest-Litowsk in ihrem Kampf gegen die Nazi-Bestie

an. Die engen Kampfgefährten Boris Tsibulskij und Alexander Shubajev fielen später im Partisanenkampf, während Arkadi Vaispapir und Semjon Rosenfeld zusammen mit Alexander Pecerskij den Tag erlebten, wo sie wieder auf die vorwärtmarschierende sowjetische Rote Armee stießen und sich ihr anschließen konnten zur Verjagung und Vernichtung der nazifaschistischen Banden.

Grundlegende Merkmale der Aufstände in den Vernichtungslagern

- ◆ Wesentlich bei der Vorbereitung des Aufstands war der Kampf gegen Demoralisierung durch die vorbildhafte Haltung der führenden Genossinnen und Genossen, die z.B. Bestechungsversuche durch SS-Leute entschieden zurückwiesen.
- ◆ Am entscheidendsten war jedoch die klare Haltung, daß ein Aufstand die selbständige Aufgabe aller Häftlinge im Vertrauen auf die eigene Kraft sein muß - ohne auf die Rote Armee oder Aktionen von Partisanen von außen zu warten.
- ◆ Für den Aufstand war maßgeblich die optimale Planung und konspirative Vorbereitung, die entschlossene Durchführung der Befreiung aller Häftlinge des "Sonderkommandos". Das bedeutete auch, Fluchtversuche Einzelner und sonstige Aktionen, die den Aufstand gefährden konnten, notfalls auch mit Gewalt zu unterbinden.
- ◆ Die notwendige Härte gegen den Klassenfeind zeigte sich bei der Liquidierungsaktion einzelner SSler bzw. wie in Sobibor fast der gesamten anwesenden SS-Führungsmannschaft. Diese Härte zeigte sich, z.B. bei der Liquidierung von Verrätern, auch gegenüber jenen, die sich auf die Seite des Klassenfeindes stellten.
- ◆ Der Aufstand in den Vernichtungslagern selbst war möglich, weil das System der Überwachung in den KZs durch die SS eben nicht lückenlos war,

weil durchaus Widersprüche zwischen den verschiedenen SS-Ebenen und unter den SS-Schergen, vor allem zwischen den deutschen SSler und den ukrainischen Gehilfen und Wachmannschaften selbst existierten, die ausgenutzt werden konnten.

Die SS war keine unbestechliche Elitetruppe, sondern eine moralisch verkommen, eitle und korrupte Verbrecherbande, wo jeder raffte und das Beste für sich herauszuholen versuchte. Ein wesentliches Moment für den Plan des Aufstands war z.B. in Sobibor, die Gier und den materiellen Bereicherungstrieb der einzelnen SS-Schergen auszunutzen, die die Häftlinge für ihre persönlichen Bedürfnisse benutzten und für sich auch in den Werkstätten arbeiten ließen.

In die Planung wurden bestimmte Verhaltensweisen und auch die für die deutschen SSler typische Pünktlichkeit in Betracht gezogen, um diese KZ-Wächter zu genau festgelegten Zeiten einzeln zu erwischen und erledigen zu können.

Ausgenutzt werden konnten auch die Widersprüche der jüdischen Kapos, die eine Polizeifunktion im Lager erfüllten und Privilegien genossen, zu ihren deutschen SS-Oberherren. Nicht alle Kapos hatten Vertrauen zur deutschen SS, daß diese sie als Belohnung für ihren Einsatz am Leben lassen würde, und wollten deshalb ebenfalls fliehen.

□ **Das Beispiel der Schlacht um Stalingrad zeigt: Die Rote Armee war die Hauptkraft im weltweiten Kampf gegen den Nazifaschismus!**

Die Hauptkraft im Kampf gegen den Nazifaschismus waren die Völker der Sowjetunion und ihre Rote Armee. Ohne den Kampf der Roten Armee wäre die Nazibestie nicht besiegt worden, der Völkermord der Nazis wäre weitergegangen, hätte weitere Millionen Menschen vernichtet. Jeder ehrliche Antifaschist muß diese Tatsachen zugeben und verteidigen, selbst wenn er mit Kommunismus nichts am Hut hat und nichts am Hut haben will. Jeder ehrliche Antifaschist muß einsehen, daß der Kampf der Roten Armee insgesamt und bei der Schlacht um Stalingrad untrennbar verbunden war mit dem Kampf der damals noch revolutionären KPdSU(B), mit dem Kampf Stalins.

Doch gerade bei Autonomen, aber auch bei Antiimps ist der Antikommunismus in Form des Anti-Stalinismus so weit verbreitet, so tief verankert, daß sogar die antifaschistischen Leistungen der Roten Armee verfälscht, verdreht oder einfach vergessen werden.

Auf die diversen antikommunistischen Argumente, die dies belegen sollen, wollen wir hier nicht eingehen. Dazu haben wir schon in RB Nr. 8 viel gesagt. Wir wollen Fakten zum Kampf der Roten Armee bringen, die beweisen, daß ihr Kampf entscheidend war, daß sie es unter großen Opfern geschafft hat, die Nazi-Kriegsmaschinerie in die Knie zu zwingen, die sich auf die eigene und große Teile der Kriegsindustrie Europas stützen konnte. Diese Fakten widerlegen zwar nicht vollständig solch reaktionäres, unqualifiziertes Gebrabbel wie z.B. "Stalin hat doch die Rote Armee geköpft, indem er die Generäle hat liquidieren lassen", doch sie machen klar, daß die Rote Armee keine kopflose Armee war und letztendlich der besten Armee des Imperialismus, der Nazi-Wehrmacht, überlegen war.

Die Schlacht um Stalingrad, die größte und für die Rote Armee opferreichste Schlacht des 2. Weltkrieges bedeutete den Umschwung des Krieges. Ab diesem Zeitpunkt war es aus mit dem Vormarsch der Nazis.

Die Schlacht um Stalingrad:

Am 22. Juni 1941 fiel die nazifaschistische Wehrmacht ohne Kriegserklärung in die Sowjetunion ein - mit über 5 Millionen Soldaten und riesigem Kriegsgerät. Hitler tönte damals groß: "Wir werden Rußland vernichten, daß es sich niemals mehr erheben kann."

Zu Beginn des Einfalls in die Sowjetunion gelang es der Nazi-Wehrmacht noch, aufgrund einiger militärischer Vorteile, bedeutende Erfolge zu erzielen. Hier die wichtigsten: Die Nazifaschisten konnten sich bei ihrem Angriff auf die Waffen- und Munitionsvorräte der zuvor eroberten Staaten, sowie auf die Truppen der faschistischen Regimes Rumäniens, Finnlands, Ungarns und Italiens stützen. Hinzu kamen die Erfahrungen der Nazi-Wehrmacht bei den bisherigen Raubkriegen in Europa, die sie zu der besten Armee des Weltimperialismus machten.

Trotzdem wurde nichts aus dem geplanten "Blitzkrieg"; dieser scheiterte am Widerstand der Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und Partisanen und der sowjetischen Völker. Als die Naziwehrmacht bereits Verluste von über 1 Millionen Soldaten hatte, marschierte sie dennoch auf Stalingrad und prahlte schon im Vorfeld mit der baldigen Eroberung. Doch bei Stalingrad wurden die Nazi-Horden endgültig gestoppt und ihnen wurden heftigste Schläge versetzt.

Dieser Sieg der Roten Armee über die Nazi-Armee bei Stalingrad war und ist von welthistorischer Bedeutung, weil der Mythos der "Unbesiegbarkeit" der "deutschen Herrenmenschen" bei ihrem Griff nach der Weltherrschaft endgültig gebrochen war.

Zusammen mit den regulären Truppen der Roten Armee erhob sich die Bevölkerung unter der Parole "Keinen Schritt zurück!" zur gemeinsamen Verteidigung der Stadt.

"Die Schlacht um Stalingrad endete mit der Einkesselung einer 300.000 Mann starken deutschen Armee, mit ihrer Zerschmetterung und mit der Gefangennahme von etwa einem Drittel der eingekesselten Truppen. Um eine Vorstellung zu haben von dem Ausmaß dieser in der Geschichte beispiellosen Riesenschlacht, die sich auf den Feldern von Stalingrad abspielte, muß man wissen, daß nach dem Abschluß der Stalingrader Schlacht die Leichen von 147.200 gefallenen deutschen Soldaten und Offizieren und von 46.700 gefallenen Sowjetsoldaten und Sowjetoffizieren geborgen und bestattet wurden. Bei Stalingrad ging der Stern der faschistischen deutschen Armee unter."

(Stalin, Der 26. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution", 1943, Werke Band 14, S. 323)

Nach der Schlacht um Stalingrad kämpften die Völker der sozialistischen Sowjetunion, um dem Nazifaschismus den letzten Stoß zu versetzen. Durch einen zweieinhalb Jahre andauernden Kampf wurden die Nazifaschisten unter ungeheuren Opfern (Die Nazis ermordeten in der Sowjetunion **20 Millionen Menschen!**) bis nach Deutschland zurückgetrieben, bis dann im Mai 1945 Soldaten der Roten Armee in Berlin als Zeichen des militärischen Sieges über den Nazifaschismus die Rote Fahne hißten.

Stalingrad bedeutete für den Zweiten Weltkrieg die Wende, die das Ende des Nazifaschismus vorbereitete.

Die Imperialisten aller Länder, voran die westdeutschen Imperialisten, die ihre Niederlage bis heute nicht verwunden haben, versuchen 50 Jahre danach mehr denn je, die Schlacht von Stalingrad, den Kampf der Roten Armee und der Völker der damals sozialistischen Sowjetunion unter der Führung Stalins mit Schmutz zu bewerfen. Ihre Angst ist berechtigt, denn Stalingrad zeigt, daß auch die stärkste imperialistische Armee von den revolutionären Völkern geschlagen werden kann.

Und diese Überzeugung ist für den Kampf gegen die Nazifaschisten auch heute noch von überragender Bedeutung.

Eine weitere Lehre können wir für unseren heutigen Kampf gegen die Nazis aus dem Kampf der Roten Armee, aus der Schlacht um Stalingrad ziehen:

"Verschwunden sind die Gutmütigkeit und die Sorglosigkeit gegenüber dem Feind, die in den ersten Monaten des Vaterländischen Krieges unter den Rotarmisten zu verzeichnen waren. Die von den faschistischen deutschen Eindringlingen an der friedlichen Bevölkerung und an den Sowjetkriegsgefangenen verübten Bestialitäten, Plünderungen und Gewalttaten haben unsere Rotarmisten von dieser Krankheit geheilt. Die Rotarmisten sind härter und schonungsloser geworden. Sie haben es gelernt, die faschistischen deutschen Eindringlinge richtig zu hassen. Sie haben begriffen, daß man den Feind nicht besiegen kann, ohne es gelernt zu haben, ihn aus ganzer Seele zu hassen."

(Stalin, "Befehl des Volkskomissars für Verteidigung vom 1.5.1942", Werke Band 14, S. 274)

Diese Haltung im antifaschistischen Kampf, ohne die der Sieg über den Nazifaschismus unmöglich gewesen wäre, sei all jenen "Antifaschisten" vor Augen gehalten, die heute in Szene-Zeitschriften wie "radikal" ins Jammern und Lamentieren verfallen, wenn bei einer Auseinandersetzung zwischen Nazis und Nazi-Gegnern mal ein Nazi tot liegenbleibt!



Soldaten der Roten Armee hissen die Rote Fahne zum Zeichen des militärischen Sieges über die Nazis auf dem Reichstagsgebäude in Berlin

2) Leserbriefe an RB

Eine richtige Kritik am Konzept und der Durchführung der Demonstration der AA/BO gegen die Bundestagswahlen in Bonn, 15.10.94

Liest man sich das Konzeptpapier zur Demo in Bonn am 15.10.94 durch so bleibt man insbesondere an einem Punkt hängen und stutzt. Es heißt dort sinngemäß, daß die „Kameramann-Arschloch-Mentalität“ nicht gefragt ist. Es wird ein Konzept präsentiert, daß eine im Kern gute und richtige Tradition autonomer Gruppen aufgibt und durch ein legalistisches Prinzip ersetzt.

Diese Tradition bestand und besteht darin, daß nicht nur die "Arbeit" der Videotrupps der Polizei auf Demos möglichst erschwert und verunmöglicht wird, sondern auch die der bürgerlichen Fotografen und Kameratrups, die entweder oft genug mit der Polizei Hand in Hand arbeiten oder so ihre Bilder abdrucken oder über Fernsehen senden, daß der "Verfassungsschutz" nur noch zugreifen muß. Die Parole "Kameramann Arschoch!" war in dieser Hinsicht gemeint und war und ist richtig.

Das Konzept der AA/BO greift diese Tradition frontal an und propagiert stattdessen die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Medien, die soweit geht, daß sie ungehindert auf Demos der AA/BO ihre Fotos und Filmaufnahmen machen können. Begründung: Man muß die bürgerlichen Medien ausnutzen, um bekannter zu werden. Das objektive Resultat ist aber: Die AA/BO läßt sich ausnutzen, schürt Illusionen in diesen Staatsapparat und seine Medien und öffnet damit dem Eindringen des Legalismus in den eigenen Reihen Tür und Tor. Mit diesem Konzept wird die Arbeit dieses Staates beim Anlegen von "schwarzen Listen", beim Sammeln von Daten und Fotos über den antifaschistischen und revolutionären Widerstand vereinfacht, anstatt diese "Arbeit" zu bekämpfen. Da rettet auch die Propaganda für den "Sonnenschutz" nicht viel.

In der Realität sah das neue Konzept konkret dann so aus: Auf der Demo am 15.10.94 in Bonn wimmelte es nur so von bürgerlichen Fotografen, die unentwegt Fotos schossen, zum Teil aus nächster Nähe, und ganz gezielt von den Gesichtern der Leute. Obwohl sich einzelne Demonstrantinnen und Demonstranten bei den Verantwortlichen beschwerten und gegen die Fotografen einschritten hörte die Ablichterei nicht auf. Ja es wurde sogar noch über den Lautsprecherwagen verkündet, daß die Veranstalter zu ihrem Konzept stehen und das richtig finden. Faktisch war es so, daß die bürgerlichen Fotografen unter dem Schutz der Demo- "Ordner" ihre "Arbeit" im Sinne der Polizei durchziehen konnten - um es mal kraß auszudrücken.

Auch eine weitere Herangehensweise finden wir ganz falsch. Die AA/BO hatte auch eigene Fotografen und Videotrupps, die ungeniert Fotos und Aufnahmen aus nächster Nähe auch von unvermummten Gesichtern machten. Auch dieses Umgehen mit den Demoteilnehmern zeugt nicht gerade von großem Verantwortungsgefühl. Denn wie leicht können diese Aufnahmen in falsche Hände fallen, wie leicht können sie am Ende der Demo, während der Heimfahrt etc. von der Polizei einkassiert werden. Und dann?

Wir finden das alles so kraß, daß wir denken darüber sollte eine breite Diskussion geführt werden. Solche oder ähnliche Konzepte haben doch in einer wirklich antifaschistischen Bewegung, die sich zum Ziel steckt nicht nur keine Illusionen in diesen Staat zu schüren, sondern die staatliche Faschisierung zu bekämpfen, nichts zu suchen. Unweigerlich führen solche Konzepte dazu, daß man immer mehr ins Fahrwasser der PDS oder ähnlicher reformistischer Gruppierungen gerät, deren Programm ja ist, die Entstehung einer radikal-demokratischen und revolutionären Opposition gegen diesen Staat zu verhindern.

Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demo in Bonn vom 15.10.94

□ **Leserbrief an RB zur RAF-Erklärung vom 30.3.93 zum Anschlag auf den Knast in Weiterstadt**

Wir wollen nicht auf alle Ungereimtheiten oder Fehler der Erklärung eingehen. Es geht uns darum, nur die unserer Meinung nach wichtigsten Fehler herauszustellen und zu kritisieren. In chronologischer Reihenfolge:

1) Die RAF faselt auf S. 1 was von "*Aufbau einer sozialen Gegenmacht*", das "*Fehlen einer sozial sinnvollen Alternative als gesellschaftliche Kraft*". Soll das im Kapitalismus aufgebaut werden? Dazu verliert die RAF kein Wort. Jeder kann sich denken was er will, dem Reformismus wird dadurch Tür und Tor geöffnet.

Es ist weiter die Rede von "*Umwälzung der...kapitalistischen Verhältnisse*". Kein Wort darüber, wie, auf welchem Weg das laufen soll. Im Gegenteil. Das ist ja angeblich laut RAF noch gar nicht klar: "*Die Fragen nach den Mitteln des Kampfes*" müssen neu beantwortet werden. Es ist jedoch schon längst klar: Nur durch den bewaffneten Kampf der Ausgebeuteten, der den reaktionären Staatsapparat zerschlägt, kann die Bourgeoisie gestürzt und der Kapitalismus schließlich vernichtet werden. Das ist die Erfahrung aller revolutionären Kämpfe weltweit.

2) S. 2, "...*was der Faschismus nach dem Judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und ausgemerzt hat, die Linke..*". Hier ist mit "*innerstaatlich*" wohl das "Deutsche Reich" gemeint, in welchen Grenzen bleibt unklar. So oder so wird die Unterdrückungs-, Verfolgungspolitik, die Ermordung der deutschen Sinti und Roma "vergessen". Über 500.000 Sinti und Roma aus Deutschland und Europa sind systematisch mit ihren Familien von den Nazis ermordet worden. Dieses barbarische Verbrechen des deutschen Imperialismus darf niemals vergessen werden.

3) S. 3: "...*solche Scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch sind ohne jeden Gebrauchswert für die Neubestimmung revolutionärer Politik.*" Eine Seite vorher schien es noch so, als wolle die RAF nun endlich auf die Kritik an ihr reagieren, als sei sie jetzt zur Diskussion bereit. Aber die Diskussionsbereitschaft richtet sich nur an diejenigen, die nicht prinzipielle Punkte der Linie der RAF, z.B. ihren Reformismus, kritisieren. Der Kampf, die Debatte darüber, ob eine Idee revolutionär oder reformistisch ist, ist eine "*Scheindiskussion*". Damit kann man jede Kritik, die bei der RAF Reformismus entlarvt, wie die Kritik von der Grapo, der CCC oder auch von RB Nr. 9 abschmettern. Ist dieser Satz gar ein Reaktion auf diese prinzipielle Kritik? Auf jeden Fall ist es eine üble Methode, um die revolutionäre Debatte abzuwürgen, im Keim zu ersticken und Tür und Tor zu öffnen für die unter dem Druck des deutschen Imperialismus immer weiter voranschreitende reformistische Entwicklung der RAF.

4) S. 4: Der Zusammenbruch des "*sozialistischen Staatensystems*" hat das kapitalistische System in seine größte Krise gestürzt-so die RAF. Abgesehen davon, daß der Zusammenbruch des "Sozialismus" in Wirklichkeit der Zusammenbruch der revisionistisch-kapitalistischen Regime war, ist auch der Rest des Satzes ganz falsch. Das imperialistische System wird durch den Zusammenbruch der revisionistischen Regime, der Kopie der westlich-imperialistischen Herrschaft, wie in den Ländern Osteuropas geschehen, keineswegs insgesamt in die Krise gestürzt. Von der Krise des sowjetischen Imperialismus, der seine Einflußsphären in Osteuropa fast vollständig verloren hat, profitierte im imperialistischen Konkurrenzkampf vor allem der deutsche Imperialismus, der sich die DDR nahezu vollständig einverleibt hat. Diese Einverleibung ist keine Schwächung des deutschen Imperialismus, sondern eine ungeheure Stärkung.

Denn der deutsche Imperialismus hat sein Herrschaftsbereich ausgedehnt, kann die Bevölkerung der Ex-DDR zusätzlich ausbeuten. Dadurch steigt seine ökonomische Macht, er kann weltweit die

Völker noch mehr ausbeuten. Es steigt die Kriegsgefahr, die vom deutschen Imperialismus ausgeht, denn je größer und stärker er wird, desto mehr steigt sein Appetit auf neue Einflußsphären, die er sich immer offener auch mit militärischen Mittel gegen seine imperialistischen Konkurrenten sichern wird. Das beweist der immer offener betriebene weltweite Einsatz der Bundeswehr, auch bei militärischen Kampfeinsätzen. Der imperialistische Raubkrieg zwischen den imperialistischen Großmächten-BRD, USA, Japan, England, Rußland und Frankreich-wird dadurch wahrscheinlicher.

Mit der RAF-These wird gerade auch diese Stärkung geleugnet, wenn undifferenziert darüber geschrieben wird, daß "*das kapitalistische System in seine größte Krise gestürzt*" wurde. Die Gefahr, die vom deutschen Imperialismus ausgeht, wird verharmlost.

3) Wichtige Flugblätter und Stellungnahmen zum antifaschistischen und demokratischen Kampf

□ Ein Flugblatt von „Gegen die Strömung“



Hunderttausende demonstrieren gegen die Nazi-Mörder

Kein Vertrauen in diesen Staat, der die braune Pest hervorbringt!

Es ist eine zwiespältige Angelegenheit: Hunderttausende demonstrieren gegen die Nazi-Mörder, unter ihnen vor allem Jugendliche. Und die Drahtzieher der braunen Pest, die Repräsentanten dieses Staates reiben sich die Hände und freuen sich. Sie funktionieren diese Demonstrationen um in "Kampfdemonstrationen gegen die falsche Berichterstattung im Ausland", die angebliche - wie es früher hieß - "Greulpropaganda des Auslands". Um die "Ehre Deutschlands" gegen die "Vorurteile des Auslands gegen uns Deutsche" soll es nach dem Willen der Politiker des westdeutschen Imperialismus und so mancher Kulturfritzen gehen, die sich im Medienspektakel vor deren Karren spannen lassen.

Es wird entscheidend darauf ankommen, dieses skrupellose Umfunktionieren einer gerechten Empörung angesichts der Zunahme der Nazi-Morde zu bekämpfen, diese Empörung ganz entschieden gegen diesen Staat, gegen seine Lügen, seine Tricks und Farbverkehr zu wenden. Denn von diesem Staat geht die braune Pest aus, er handelt nur gegen die Nazis, wenn er durch die Ohrfeigen der wirklichen Nazi-Gegner, wenn er durch die internationale Öffentlichkeit (aus höchst unterschiedlichen Motiven), wenn er durch die Völker der Welt, die die Nazi-Verbrechen niemals vergessen werden, unter Druck gesetzt wird. Und dieser Staat und seine Organe handeln nur so, daß alles hübsch an der Oberfläche bleibt, daß es die Nazis nicht wirklich trifft, daß es über eine Art "Werbekosten" zur "Imagepflege" nicht hinausgeht.

Während dieser Staat versucht, unter dem Zwang und dem Druck all dieser Faktoren den Schein zu erwecken, er wäre wirklich gegen die Nazis, treibt er die weitere Einschränkung der demokratischen Rechte voran, bereitet die Anwendung der Notstandsgesetze vor, plant immer direkter und offener den Einsatz der Bundeswehr in aller Welt und bereitet sich auf die größten Abschiebeaktionen gegen Asylbewerber vor, die es je in Deutschland gegeben hat. Er ändert das Grundrecht auf Asyl bis zur Unkenntlichkeit, läßt es faktisch verschwinden und verstärkt die Zusammenarbeit mit einer ganzen Reihe von mehr oder minder oder auch völlig von ihm abhängigen faschistischen und reaktionären Regimes in der ganzen Welt.

Warum ist das so? Wie können aus den vielen Hunderten von Initiativen, die sich aus Empörung gegen die Nazi-Morde gebildet haben, langfristig arbeitende und kämpfende Gruppen werden, die offen sind für die Diskussion der tieferen Zusammenhänge zwischen dem zunehmenden Nazi-Terror, der Faschisierung dieses Staatsapparates und dem ganzen "schwarz-rot-goldenen System". Die bereit sind, sich auseinanderzusetzen mit den Zusammenhängen zwischen Nazifaschismus und Kapitalismus, zwischen dem demokratischen Kampf gegen die Nazis und der notwendigen Vorbereitung der sozialistischen Revolution.

Als unser Beitrag zu dieser Debatte stellen wir vor die folgenden

Thesen zur Diskussion:

Die parlamentarisch verbrämte Diktatur der west/deutschen Bourgeoisie verschärft die politische Unterdrückung

Der Parlamentarismus: Hülle der Diktatur der Bourgeoisie

Der Parlamentarismus als heutige Staatsform in Westdeutschland, das sogenannte "Mehrpartiensystem", funktioniert trotz Jahrzehntelanger Benutzung als Betrugsmittel nach wie vor. Durch dieses ausgeklügelte System des Betruges und der Lüge werden der eigentliche Klassencharakter dieses Staates und seine

hauptsächlichen Funktionen bei der großen Mehrheit der werktätigen Massen nach wie vor erfolgreich verdeckt. Illusionen in diesen Staat sind vorherrschend. Unsere Aufgabe ist es, dem anhand der konkreten, eigenen Erfahrungen der werktätigen Massen grundsätzlich entgegenzusetzen:

- Es sind die Herren der Banken und der Fabriken, die die großen Fragen der Politik entscheiden und nicht das Parlament.

• Der Staat, das ist nicht vor allem das Parlament. Der Staat, das sind hauptsächlich die Bundeswehr, die Polizei, die Gefängnisse, die Justiz. Dieser Staat dient hauptsächlich der Unterdrückung der ausbeuteten Werktagen.

- Wahlen in der bürgerlich-parlamentarischen Republik, das heißt in Wirklichkeit, einmal in vier Jahren darüber zu entscheiden, welche Mitglieder und Handlanger der herrschenden Ausbeuterklasse die

Interessen der breiten Massen des Volkes nicht ver-, sondern in Wirklichkeit zer- treten sollen. Solche Wahlen können nie mehr sein, als "Gradmesser der Reife" der Arbeiterbewegung.

Der Kern ist: Der Staat des westdeutschen Imperialismus, die Bonner parlamentarische Republik, die 1949 ausgerufen wurde, ist der Staat der herrschenden Klasse, der westdeutschen Bourgeoisie, voran der Monopolbourgeoisie. Dieser Staat ist verbrämt durch den Parlamentarismus - die Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und die anderen Werktagen Westdeutschlands.

Hierin unterscheidet er sich nicht von ähnlichen parlamentarischen Republiken in anderen imperialistischen Ländern.

Dennoch gibt es wichtige Unterschiede und Besonderheiten. Es kann in Westdeutschland nach 1945 keinesfalls einfach von einer "bürgerlichen Demokratie" gesprochen werden, ohne eine Reihe dieser Besonderheiten zu verstehen und zu berücksichtigen.

Besonderheiten der Bonner parlamentarischen Republik

Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg wurde auch der Nazi-Faschismus als Staatsform beseitigt.

Der Klassencharakter des deutschen Nazi-Faschismus - der offene terroristischen Diktatur des deutschen Finanzkapitals - ermöglichte den organisierten Übergang des Staates in die Form des bürgerlichen Parlamentarismus. Dieser mehr oder minder reibungslose Wechsel - in umgekehrter Richtung von der Weimarer Republik zum Nazi-Faschismus schon einmal durchgeführt - vollzog sich unter besonderen Bedingungen:

Die Völker der Welt, voran die sozialistische Sowjetunion Stalins, hatten den Nazi-Faschismus besiegt. Dieses System war in der ganzen Welt verhaftet, zum Inbegriff von Völkermord und Ausbeuterdiktatur geworden. Es war völlig unvorstellbar, daß dieses System in Westdeutschland direkt beibehalten werden konnte.

Der von den Siegermächten gefaßte Entschluß einer tiefgehenden Demokratisierung und Entnazifizierung Deutschlands blieb jedoch in Westdeutschland trotz allen Geredes und der Errichtung einer parlamentarischen Republik als Staatsform des westdeutschen Imperialismus bloß auf dem Papier. Hitler, Göring, Göbells mußten zwar von der Weltbühne der Geschichte abtreten, aber Krupp, Abs, Thyssen, die Deutsche Bank usw., ja die Generäle, Richter, Staatsanwälte usw. blieben.

Dieser parlamentarisch verbrämt Staat des westdeutschen Imperialismus hatte und hat weiterhin als zutiefst reaktionäre Hypothek, daß auf sämtlichen Ebenen, von der Armee, der Justiz, den Parteien des Parlaments, der staatlichen Verwaltung, bis zu den Hochschulen und Schulen, der Presse usw. die ideologische und personelle Kontinuität mit dem Nazi-Faschismus keinesfalls durchbrochen worden, sondern im Gegenteil eine oft bis ins Detail gehende Kontinuität wesentlich war.



Der Wechsel der Staatsform in der Geschichte Deutschlands - ohne daß sich an der Klassenherrschaft der

deutschen Bourgeoisie etwas geändert hätte, sei es in der Weimarer Republik, in der Nazi-Zeit oder in der Bonner Republik - zeigt anschaulich die Kontinuität der Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie, ihre gewaltige Erfahrung sowohl bei der Verwendung der Methode des parlamentarischen Betrugs, als auch bei der blutigen Durchführung der offen terroristischen, faschistischen Staatsform.

Wichtige Einschnitte bei der Einschränkung demokratischer Rechte in Westdeutschland

Bereits kurz nach Gründung der Bonner parlamentarischen Republik 1949 wurde deutlich, daß der Antikommunismus der Weimarer Zeit mit seiner gewaltigen Steigerung in der Nazi-Ära noch wie vor eine Grundlage der Ideologie und Politik des Bonner Staates blieb. Bereits 1951 wurde die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die Jugendorganisation der in der Nazi-Zeit heldenhaft kämpfenden KPD verboten.

verstärkt wurde und im Kampf gegen die militärischen Kämpferinnen und Kämpfer der Roten-Armee-Faktion (RAF) die Erschießungen auf der Straße, die "Selbstermordungen" in den Gefängnissen (Stammheim) durchgeführt wurden. Mit großen Schritten hat in der Folge der westdeutsche Imperialismus im Inneren eine Entwicklung forciert, die zwar nach wie vor im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Republik bleibt, die aber durchaus auch als Schritte der Faschisierung eingeschätzt werden muß. Diese Entwicklung ist ein weiterer Beweis dafür, daß eben diese parlamentarisch-bürgerliche Republik eine Diktatur der Bourgeoisie darstellt.

Das Verbot der GUPS und GUPA (der palästinensischen Studenten- und Arbeiter-Organisation) sowie von DEV SOL (eine Organisation der Arbeiter aus der Türkei), weitgehende Einschränkung jeglicher Demonstrationen, mörderische Abschiebepraktiken gegen Genossinnen und Genossen aus anderen Ländern, gegen den Imperialismus und Reaktion Verfolgte, die hier Asyl suchen, immer offener Terror-Aktionen von Nazi-Banden, ganz zu schweigen von der offenen faschistischen Propaganda diverser Nazi-Parteien - all dies zeigt, daß die sogenannte "bürgerliche Demokratie", gerade weil sie nur eine der möglichen Formen der Diktatur der Bourgeoisie ist, schon Elemente einer offenen terroristischen Diktatur in sich birgt und verstarkt läßt, daß die Faschisierung innerhalb der sogenannten "bürgerlichen Demokratie" in sich logisch ist, "dazu gehört", gerade in einem Land wie Westdeutschland.



Um den Kampf gegen die zunehmende politische Unterdrückung, gegen die Faschisierung, gegen die parlamentarisch-republikanische Betrugssystem, gegen die Diktatur der Bourgeoisie richtig führen zu können, ist es für die Arbeiterklasse Westdeutschlands unerlässlich, die Rollenverteilung der verschiedenen politischen Kräfte auf der Bonner Bühne richtig zu verstehen.

Die gut verteilten Rollen der Bonner Parteien bei der Verschleierung der Diktatur des westdeutschen Imperialismus

Die Bonner politischen Parteien, seit der Gründung der Bonner Republik vor allem CDU/CSU, SPD und FDP, erzeugen einen großen Lärm gerade in Wahlzeiten. Sie wollen den Eindruck erwecken, als sei die Frage, welche Partei nun den Kanzler stellt, welche Parteien die Regierung bilden usw., entscheidend für das Leben der Masse der Werktagen, für die "Entwicklung des Landes" etc.

Das ist alles Lüge. Allein ein Blick auf die Slogans der Wahlwerbung zeigt, daß dieses immens aufgeblähte System des Betruges kaum noch den Schein von wirklich inhaltlichen Unterschieden zwischen den Bonner Parteien aufrechterhalten kann. Vielmehr ist es so, daß ernsthafte "Beibereien" zwischen den Parteien ihre Ursache im Kampf um gut dotierte Posten haben, bzw. solche Gefechte die angebliche "Glaubwürdigkeit" der einzelnen Parteien erhöhen soll.

In der Tat gibt es Unterschiede im Auftreten und in der jeweiligen Hauptstörführung der einzelnen Bon-

Die ungebrochene Tradition



zerschlagen!

Tausende Jugendliche wurden zeitweilig verhaftet, viele für mehrere Jahre in die Gefängnisse des westdeutschen Imperialismus geworfen. Im Verlauf des Kampfes vor allem gegen die sich abzeichnende Remilitarisierung nach dem Bruch des Potsdamer Abkommens und der Sabotage am Friedensvertrag wurde nach einer Fülle von Polizeieinsätzen schließlich 1956 das bis heute gültige Verbot der KPD durchgeführt. Tausende Kommunistinnen und Kommunisten wurden aus den Betrieben entlassen, Tausende wurden für Monate oder Jahre in den Gefängnissen des westdeutschen Imperialismus inhaftiert.

Mit den Notstandsgesetzen 1968 wurde in einem zweiten großen Schritt die ganz legale Grundlage für die Abschaffung sämtlicher demokratischer Rechte und sogar des Parlaments geschaffen. Auch hier waren sich alle Bonner Parteien einig, auch dieser Einschnitt ist heute noch gesetzlich gültige Grundlage dieses Staates.

Einen dritten großen Einschnitt gab es kurz danach, als Anfang und Mitte der 70er Jahre der Apparat der Inneren Sicherheit des westdeutschen Imperialismus in kürzester Zeit um ein vielfaches

Wie die Nazi-Morde an Silvio, Vahide, Yeliz und Ayse wegretuschiert werden sollten...

War es in den letzten Monaten und Jahren oftmals so, daß die von Nazis begangenen Morde auf den letzten Seiten der Zeitungen untergingen, nur eine kleine Notiz, aber noch nicht einmal eine Erwähnung in Radio- oder TV-Nachrichten wert waren, ist heute ein solches Vorgehen der bürgerlichen Medien angesichts der breiten Öffentlichkeit, die sich gegen die Neonazi-Verbrechen empört, nicht mehr möglich.

Anlässlich der Ermordung von Silvio Meier in Ostberlin und von Vahide Arslan, Yeliz Arslan und Ayse Yilmaz in Mölln wandte die Polizei eine neue Taktik an, um von dem politischen Hintergrund dieser Morde abzulenken:

■ Kurz nachdem Silvios Mörder festgenommen worden war - er hatte zusammen mit mehreren anderen Neonazis Silvio und zwei seiner Freunde angegriffen und niedergestochen - präsentierte die Polizei auf einer groß aufgezogenen Pressekonferenz unkommentiert die fein säuberlich zurechtgelegten Schulbehauptungen des Mörders. Angeblich habe nicht er, sondern Silvio habe ihn angegriffen, habe ihm eine Kopfverletzung mit einer Schreckschüppistole beigebracht. Im letzten Moment sei es ihm noch gelungen, Silvio ein Messer zu entreißen und sich damit zu wehren! Flugs wurden die Opfer zu Tätern gemacht! Doch aufgrund der breiten Informationsarbeit, die Augenzeugen und Freunde Silvios leisteten, konnte die Polizei ihr Lügenmärchen nicht halten, mußte Stück für Stück dementieren!

■ Ähnlich in Mölln: Nachdem der hinterhältige Brandanschlag eine breite Welle von Empörung und Protest ausgelöst hatte, wurden gezielt von staatlicher Seite Gerüchte gestreut, bei dem Mord

habe es sich gar nicht um ein Verbrechen von Neonazis gehandelt, sondern sei ein Racheakt gewesen, deren Urheber im "Rotlicht-Milieu" anzusiedeln seien! Erst als die Täter feststanden und geständig waren, verstummt diese Gerüchte.

■ Mit dieser Methode sollen die Neonazi-Morde, die rassistischen, neonazistischen Anschläge und Überfälle vertuscht, verharmlost und wegretuschiert werden.

Um so wichtiger ist es, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, eine Öffentlichkeit für die Betroffenen und die antinazistischen Kräfte!

Schickt uns Flugblätter, Zeitungsausschnitte und Berichte über rassistische Überfälle und Gegenaktionen aus Eurem Ort! Entlarvt die Lügen der Medien!



Plakate und Broschüren zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer
Str. 4, 6000 Frankfurt/Main 1

ner Parteien. Die Ursache dafür liegt darin, daß sie verschiedene Teile der Bevölkerung ansprechen und an sich binden müssen, so daß alle Parteien zusammen so weit als möglich die Bevölkerung insgesamt an sich und somit an das imperialistische Gesellschaftssystem binden. So entstand eine bestimmte ideologisch geprägte Anhängerschaft der verschiedenen Bonner Parteien. Im Kampf gegen dieses abgekettete Spiel gilt es, ohne die grundlegende Übereinstimmung aller dieser Parteien als Agenturen des westdeutschen Imperialismus hintanzustellen, auch die besondere Ausprägung und die besonderen Demagogien zusätzlich zu entlarven, seien es die betont "christlich"-reaktionären Züge der CDU/CSU oder die sich ab und an gar "arbeiterfreundlich" gebenden Phrasen der SPD usw.

Insbesondere nach den langjährigen Erfahrungen mit der SPD als führender Regierungspartei erfüllt in den letzten Jahren die Partei der GRÜNEN die Aufgabe, gewisse oppositionelle Kräfte wieder an das parlamentarisch-kapitalistische System zu binden und das verlorengegangene Interesse am Parlamentarismus wieder zu erwecken. Diese Partei erweist sich mehr und mehr als "Anhänger" der SPD, die sie als "kleineres Übel" gegenüber der CDU propagiert.

Besondere Aufmerksamkeit muß auch auf das Anwachsen neuer Nazi-Parteien gelegt werden. Neben der faschistischen NPD haben sich die faschistischen "Republikaner", weitgehend hoffähig geworden, feste Plätze in verschiedenen parlamentarischen Vertretungen gesichert, die sie weiter ausbauen. Von besonderer Bedeutung dabei ist, daß etwa die Hälfte der Mitglieder der faschistischen "Republikaner" aus Angehörigen der bewaffneten

Kräfte des westdeutschen Imperialismus bestehen und keineswegs nur noch aus alten SS-Mörtern usw.

Unabhängig von dem jeweiligen Stand der Parteienkoalitionen im einzelnen ist es unsere grundlegende Aufgabe, all diese Parteien und Kräfte auf der Bonner Bühne (sowie auch weiteren kleineren Ableger, sofern sie an Bedeutung gewinnen) als Agenturen des westdeutschen Imperialismus, in Übereinstimmung mit dessen grundlegenden Zielen nach außen und nach innen, als verschiedene Abteilungen ein und derselben Armee, zu entlarven.

Dabei müssen auch die Besonderheiten der einzelnen Kräfte beachtet werden, die realen Taten der jeweiligen Regierungsparteien ihren Lügen gegenübergestellt und die Schein-Opposition jeweils entlarvt werden.



Staatliche Faschisierung und Nazi-Parteien/Nazi-Banden

Der Kampf gegen die Nazi-Banden und ihre Aktionen, gegen die Nazi-Parteien und ihre Hetzpropaganda ist unerlässlich. Es ist unmöglich, einen Kampf für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution auch nur zu überdenken ohne den entschlossenen, energischen und unerbittlichen Kampf gegen alle Erscheinungen des Nazi-Faschismus.

■ Das beinhaltet aber gerade auch, die Nazi-Banden und Nazi-Parteien nicht als getrennt oder unabhängig von diesem Staatsapparat zu sehen. In Wahrheit handelt es sich um eine ergänzende und flankierende Maßnahme des westdeutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen. Die faschistischen Stoßtrupps werden vom westdeutschen Staatsapparat gefördert, kontrolliert, herangezüchtet und oft gezielt eingesetzt. Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die alten und neuen offenen Nazis zurückzuweichen, muß dennoch klargemacht werden, daß die zunehmende Faschisierung hauptsächlich vom Staat der westdeutschen Imperialisten ausgeht, daß der hauptsächliche Träger Nazi-faschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Westdeutschland ist. Dieses muß grundlegend, von oben bis unten zerschlagen werden, will man alte und neue faschistische Banden wirklich vernichten und die Gefahr eines erneuten Wechsels der heutigen parlamentarischen Republik zu einer faschistischen Staatsform wirklich beseitigen.

Den Nazi-Faschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!

Vor 50 Jahren: Niederlage der Nazi-Wehrmacht bei Stalingrad!

"Die Schlacht bei Stalingrad endete mit der Einkesselung einer 300.000 Mann starken deutschen Armee, mit ihrer Zerschmetterung und mit der Gefangennahme von etwa einem Drittel der eingekesselten Truppen. Um eine Vorstellung zu haben von dem Ausmaß dieser in der Geschichte beispiellosen Riesenschlacht, die sich auf den Feldern von Stalingrad abspielte, muß man wissen, daß nach Abschluß der Stalingrader Schlacht die Leichen von 147.200 gefallenen deutschen Soldaten und Offizieren und von 46.700 gefallenen Sowjetsoldaten und -offizieren geborgen und bestattet wurden."

Bei Stalingrad ging der Stern der faschistischen deutschen Armee unter."

(Stalin, "Der 26. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution", 1943, Werke Band 14, S. 323)

Vor 50 Jahren erlitt der Nazifaschismus in der im November/Dezember 1942 begonnenen Schlacht bei Stalingrad eine so ernste Niederlage, daß zu Recht von der Wende im Krieg gegen Nazi-Deutschland gesprochen werden kann.

Nachdem der Kampf der Soldaten der Roten Armee und der Partisanen und Partisaninnen in der sozialistischen Sowjetunion der nazifaschistischen Wehrmacht schon Verluste von 1 Millionen Soldaten zugefügt hatte, marschierte die deutsche Wehrmacht dennoch auf Stalingrad zu und verkündete großmäulig seine Eroberung. Doch bei Stalingrad wurde der Vormarsch der Nazi-Armee im November endgültig gestoppt.

"Verschwunden sind die Gutmäßigkeit und die Sorglosigkeit gegenüber dem Feind, die in den ersten Monaten des Vaterländischen Krieges unter den Rotarmisten zu verzeichnen waren. Die von den faschistischen deutschen Eindringlingen an der friedli-

chen Bevölkerung und an den Sowjetkriegsgefangenen verübten Bestialitäten, Plünderungen und Gewalttaten haben unsere Rotarmisten von dieser Krankheit geheilt. Die Rotarmisten sind härter und schonungsloser geworden. Sie haben es gelernt, die faschistischen deutschen Eindringlinge richtig zu hassen. Sie haben begriffen, daß man den Feind nicht besiegen kann, ohne es gelernt zu haben, ihn aus ganzer Seele zu hassen."

(Stalin, "Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 1. 5. 1942", Werke Band 14, S. 274)

Die Völker der sozialistischen Sowjetunion, die im Verlauf des Überfalls der Nazi-Barben 20 Millionen Menschen verloren hatten, erhoben sich nach dem Sieg der Roten Armee in Stalingrad mit noch größerer Kraft und Wucht, scharten sich noch enger um die Sowjetarmee und die politische Führung des Landes und trieben in einem zweieinhalbjährigen erbitterten Kampf und mit ungeheurer Anstrengung die Nazi-Armee bis nach Deutschland zurück. Soldaten der Sowjetarmee hielten in Berlin im Mai 1945 die Rote Fahne.

Die Niederlage der Nazi-Armee bei Stalingrad war von welthistorischer Bedeutung. Der Mythos der "Unbesiegbarkeit" der "deutschen Herrenmenschen" war gebrochen! Nichts und niemand wird diese welthistorische Tat der Völker der damals noch sozialistischen Sowjetunion, der Sowjetarmee und der politischen Führung der sozialistischen Sowjetunion aus der Welt schaffen können.

- Ob die Geschichtsfälscher heute Stalingrad nun Wolgograd nennen oder nicht - nichts und niemand wird aus der Welt schaffen, daß der Sieg bei Stalingrad untrennbar auch mit dem Namen, dem Werk und der Leistung der damals noch wirklich Kommunistischen Partei der Sowjetunion, dem Namen, dem Werk und der Leistung Stalins untrennbar verbunden ist!

Der Kampf um demokratische Rechte und die Vorbereitung der sozialistischen Revolution

Der Imperialismus - das ist Reaktion auf ganzer Linie. Ständig werden die legalen Kampfmöglichkeiten für die Arbeiterklasse und die anderen Werktagen eingeschränkt. Die durch den Sieg über den Nazifaschismus zunächst festgeschriebenen demokratischen Möglichkeiten wurden schon weitgehend eingeschränkt.

Auf diesem Weg wird der westdeutsche Imperialismus immer weiter gehen. Der Kampf gegen eine jegliche solcher Einschränkungen der demokratischen Rechte im Einzelnen und im Gesamtzusammenhang ist ganz gewiß zwingend, um - ohne Illusionen in das Wesen dieses Staatsapparats, in die parlamentarisch verbrämte Diktatur aufkommen zu lassen - vor allem die Kräfte der proletarischen Revolution sammeln und organisieren zu können.

Ausschlaggebend wird dabei sein, diese Tageskämpfe wie alle anderen Tageskämpfe dazu zu nutzen, wirklich das Bewußtsein über die Lage und die Aufgaben einer revolutionären Arbeiterbewegung in die Arbeiterklasse hineinzutragen, also sozialistisches Bewußtsein zu schaffen und praktisch, wo irgend möglich, den engen Rahmen des Legalismus und Pazifismus durch Massenkämpfe zu sprengen. Der Kampf zur Verteidigung der

- demokratischen Rechte gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden/Parteien muß eingeordnet und untergeordnet werden in den Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung.

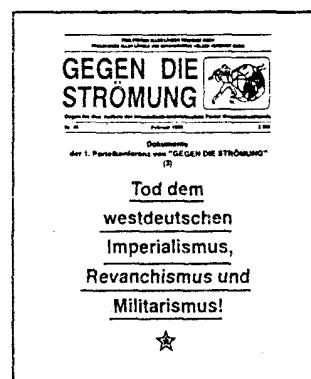


Wir fordern alle Genossinnen und Genossen auf, diese Positionen zu diskutieren, uns zu Diskussionen einzuladen oder uns auch schriftliche Kritiken und Gegenthesen zuzuschicken.

Wer umfassender nicht nur die Fragen des Kampfes gegen den Nazifaschismus, sondern gegen den west/deutschen Imperialismus überhaupt studieren will, dem empfehlen wir die Resolution der 1. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung" von 1990, aus der vorstehende Passagen überwiegend unverändert übernommen wurden.

Das Buchladen-Kollektiv Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, Frankfurt, wünscht allen Genossinnen und Genossen ein kämpferisches 1993!



ÖFFNUNGSZEITEN:
Mittwoch bis Freitag 15.30 - 18.30 Uhr,
Samstag 9 - 14 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

□ Ein Flugblatt von Spartakus „Die Wut in militanten antifaschistischen Widerstand umwandeln“

Bütün ülkelerin proleterleri birleşin! Bütün ülkelerin proleterleri ve ezilen halkları Birleşin!
Karkeren hemü welaten yekbin! Karkeren hemü welaten ü gelen bindest yekbin!

SPARTAKUS



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei in der Türkei

2/93

Juni 1993

Die Wut in militanten antifaschistischen Widerstand verwandeln!

Am 29. Mai wurden Saima Genç, Hülya Genç, Hatice Genç, Gülsüm Ince und Gülistan Öztürk, Mitglieder einer in Solingen lebenden Familie aus der Türkei, von Nazis ermordet.

Kaum 6 Monate sind vergangen nach den Nazimorden in Mölln, da gibt es heute erneut ein Beispiel des Grauens in Solingen. Während überall gegen diese faschistischen Nazimorde Wut und Haß aufsteigen, wird die Frage nach den eigentlich Verantwortlichen für diese Morde, und nach den Möglichkeiten, was wir gegen den erstarkten Rassismus in Deutschland unternehmen können, immer aktueller.

Wenn man die Schuldigen der bestialischen Nazimorde ausmachen will, dann reicht es, ins Gedächtnis zu rufen, was nach Mölln passierte.

Nach den Nazimorden in Mölln beteuerten zum wiederholten Mal alle Bonner Parteien, daß sie die Morde „verurteilten“, daß sie alles tun würden, damit etwas Ähnliches nicht wieder passiere usw. Sie vergaßen dabei nicht zu behaupten, daß eigentlich die Mehrheit der deutschen Bürger nicht ausländerfeindlich sei. Sie versuchten uns glauben zu machen, daß diese Nazimorde nur von ein paar Idioten begangen wurden, die meist arbeitslos seien.

Wie die weitere Entwicklung unwiderruflich gezeigt hat, sind diese Behauptungen bewußte Lügen und Verschleierungsmanöver gewesen.

Kein anderer als die Ausländer selbst kann besser beurteilen, ob das deutsche Gesellschaftssystem, ob der Alltag in

Deutschland ausländerfeindlich ist oder nicht. Bei allen Untersuchungen, die durchgeführt wurden, um zu „beweisen“, daß die Deutschen nicht rassistisch sind, wurden „logischerweise“ auch nur die Deutschen befragt.

Entgegen all diesen Betrugern wissen wir Arbeiter aus anderen Ländern, was es heißt, als „Ausländer“ hier zu leben, vor allem fuhlen wir es tagtäglich. Ja, Chauvinismus und Rassismus gegenüber anderen Nationalitäten sind hier vorherrschend und beeinflussen alle Bereiche des Lebens. Angefangen bei den Betrieben, wo besonders von Meistern und Vorarbeitern unsere Würde ständig mißachtet wird, wir ständig beleidigt werden, bis hin zur offenen Ausländerfeindlichkeit in den Schulen, in den Bussen usw.

Aus alledem geht hervor, die Nazimorde und zunehmenden rassistischen Angriffe auf Ausländer bekommen ihre Nahrung aus dem alltäglichen Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit in dieser Gesellschaft. Gegenüber Ausländern wird eine staatliche rassistische Politik ausgeübt.

Die deutschen imperialistischen Staatsorgane geben dem Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit eine „gesetzliche“ Basis. Die Ausländer-Sondergesetze, die die Menschen aus anderen Ländern ihrer demokratischen Rechte berauben und sie als Menschen zweiter

Klasse behandeln, stammen aus der Zeit Hitlerdeutschlands und sind Ausdruck von staatlichem Rassismus. Millionen von Menschen aus anderen Ländern, die hier leben, haben weder allgemeines Wahlrecht, noch können sie sich politisch frei organisieren. Die Restriktionen und Drohungen der Ausländer-Sondergesetze machen den ausländischen Arbeitern und ihren Familien aus ihrem täglichen Leben eine standige Last. Deshalb fordern wir: Weg mit jeglichen Sondergesetzen gegen Ausländer!

Wenn dieser staatliche und tagtägliche Rassismus den Weg für die Nazimorde wie in Mölln und Solingen bereitet, dann stellt sich die Frage: Wer schürt diesen Rassismus? Die Bonner Parteien, die jetzt Krokodilstranen vergießen, sind die Hauptverantwortlichen für das Schutzen von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Es läuft seit Jahren eine gezielte rassistische Kampagne gegenüber Menschen aus anderen Ländern. Erst vor kurzem haben die Bonner Parteien das Asylrecht abgeschafft. Auf allen Kanälen wird propagiert, welche „Probleme“ die Ausländer „verursachen“. Die Nazis schreien „Ausländer raus“, die deutschen Staatsorgane setzen das in die Tat um – auch mit den Stimmen der SPD –, indem sie Massenabschiebungen vorbereiten und durchführen.

Die Brandstifter sitzen in Bonn. Der Hauptverantwortliche für die Morde in Solingen ist der deutsche imperialistische Staat und dessen Parteien. Die Hauptverantwortlichen sind diejenigen, die das Asylrecht abschafften, die die „Ausländergesetze“ praktizieren und in der Öffentlichkeit gegenüber Menschen aus anderen Ländern rassistische Hetze betreiben. Zu den Hauptverantwortlichen gehört die deutsche Polizei, die – wie in Rostock bewiesen wurde – mit den Nazizibarden gemeinsame Sache macht und sie unterstützt, während Antinazi-Kräfte brutal mißhandelt werden. Hauptverantwortlich ist der deutsche Justizapparat, der die Nazimorde und rassistischen Angriffe statt zu bestrafen belohnt, mit dem scheinheiligen Argument, es waren nur „Jugendliche“ und sie waren „betrunken“, sie hatten keinen rassistischen Hintergrund. Auf der anderen Seite bekommt ein Ausländer unter Umständen kein „Aufenthaltsrecht“, wenn die Wohnung ein paar Quadratmeter zu klein ist.

Deswegen muß klar sein: Kein Vertrauen in diesen Staat und dessen Parteien. Sie versuchen, uns mit ihren verlorenen Krokodilstranen zu beruhigen und

die Sache zu verdrehen. Gegenüber diesen Manövern kann es nur ein Antwort geben: Der deutsche Staat kann den Nazibanden nicht die gerechte Strafe zukommen lassen, die sie verdienen. Denn er bereitet diesen Banden selbst den Boden.

Heißt das, die Nazibanden sollen mit ihren Mordtaten ungeschoren davonkommen? Sollen wir uns damit begnügen, daß nur einige Nazis zum Schein verurteilt werden? Sollen wir uns nur mit Empörung begnügen? Sollen wir ruhig zu Hause sitzen und zusehen, wie die rassistischen und faschistischen Angriffe sich tagtäglich verstärken? Wir sagen tausendmal: Nein!

Es gibt nur eine Antwort auf die Naziangriffe: Internationalistischen, militärtanten, organisierten und gnadenlosen Widerstand!

Sowohl die deutschen als auch die türkischen Politiker und Presseorgane appellieren, daß man gegenüber den Nazimorden nichts unternehmen solle, daß man ruhig bleiben solle. Dieselben Appelle ertönten auch nach den Nazimorden in Mölln. Was hat es gebracht? Die Nazimorde in Solingen. Wenn wir die Sache nicht selbst in die Hand nehmen, und wenn wir diesen "Ratschlägen" folgen, was wird dann passieren? Gibt es dann eine Garantie, daß es kein neues Mölln oder Solingen geben wird?

Die Sache ist eindeutig: Der staatliche Rassismus in Deutschland bildet die Basis für die Nazibanden. Die Nazibanden, unterstützt von Polizei und anderen imperialistischen staatlichen Organen, werden immer stärker. Sie werden zentral gesteuert.

Jeder, der diese Entwicklung sieht, muß sowohl gegen die rassistische Politik des deutschen Imperialismus als auch gegen Naziangriffe konsequent, militant antworten.

Sagen wir nicht, wir könnten sowieso nichts erreichen. Es gibt mannigfaltige Möglichkeiten des antifaschistischen Widerstands. Vorausgesetzt, wir nehmen die Sache selbst in die Hand und lassen uns durch die Betrüger nicht aufhalten. Man kann die Rattenlöcher der Nazi aufspüren, in denen sie die Morde planen und organisieren. Die Nazimorde und -angriffe können durch Zerschlagung solcher Nester vergolten werden. Die Nazi-Propaganda kann durch organisierte Aktionen verhindert werden. Es können für den militärtanten Selbstschutz Widerstands-

komitees gebildet werden. Gut organisierte antifaschistische Aktionen, antifaschistische militärtante Komitees, in denen sich türkische, kurdische, deutsche, griechische, italienische und andere Antifaschisten zusammenschließen, sind ein Alpträum für die Nazibanden und deren Helfershelfer. Darum sollten wir mit aller Kraft kämpfen, daß dieser Alpträum **Wirklichkeit** wird.

Die Presse und die Parteien haben eine Hetzkampagne gestartet gegen die spontanen militärtanten Aktionen und Proteste. *Sie unterstützen direkt die Nazimörder*, indem sie Nazimörder und Aktionen der antinazistischen Kräfte auf eine Stufe stellen.

Dagegen müssen wir herausstellen, daß die **antifaschistische Gewalt** gegen Nazimörder und rassistische Angreifer (wie es gestern auch gerecht war) **gerecht** ist. Wir müssen zuschlagen, wo es nötig, und diskutieren, wo es möglich ist. Nur so kann man gegen das rassistische Pack vorgehen.

Ja, es kann vieles gemacht werden. Aber man muß dabei zwischen Feind und Freund unterscheiden, sich über die Ziele bewußt werden. Deswegen muß unter den antinazistischen Kräften über den antifaschistischen Kampf, dessen Zusammenhänge und seine Geschichte offen diskutiert werden.

Neonazi-Kräfte arbeiten auf dem Boden des **Rassismus**. Aber wir müssen unseren antifaschistischen Kampf auf **internationalistische** Weise führen. Wir müssen eine Kampffront zwischen allen Arbeitern und Jugendlichen der hier lebenden Nationalitäten schaffen. Denn ohne diese Einheit kann kein erfolgreicher und beständiger Widerstand organisiert werden.

Aber um so eine Kampffront zu schaffen, muß vor allem jegliche Art von Nationalismus und Chauvinismus verurteilt werden. Besonders wir aus der Türkei stammenden Arbeiter und Jugendlichen müssen gegenüber dem türkischen Chauvinismus in unseren Reihen kämpfen. Wenn wir auf die Nazi-Parole "Deutschland über alles" antworten "En büyük Türkiye" ("Das größte ist die Türkei"), dann leisten wir selbst dem Rassismus gegenüber anderen Nationalitäten Vorschub. Genau diesen türkischen Rassismus versuchen die herrschenden Klassen in der Türkei und großtürkischen Chauvinisten jeglicher Art unter uns zu verbreiten.

Lassen wir nicht zu, daß der türkische Staat in unserem Namen spricht. Der türkische Staat ist selbst abhängig vom deutschen Imperialismus und pflegt beste Beziehungen zu ihm. Jeder, der die Verhältnisse in der Türkei einigermaßen kennt, weiß, was für einen antidemokratische und faschistische Gesellschaftsordnung dort existiert.

Der türkische Staat versucht, die entstandene Antinazi-Bewegung für seine Zwecke auszunutzen, um seinen imperialistischen Herren einen größeren Anteil abzuringen. Er konnte und kann nicht wirklich gegen Rassismus sein. Denn er selbst ist durch und durch rassistisch. So wird in der Türkei gegenüber den Kurden eine brutale, blutige und staatliche rassistische Politik verfolgt. Die Kurden haben keinerlei Rechte, weder das Recht auf staatliche Lostrennung, noch das Recht, ihre Muttersprache in Wort und Schrift zu benutzen. Ein systematischer faschistischer Terror gegenüber den Kurden ist ständig auf der Tagesordnung.

Lassen wir es nicht zu, daß unser antifaschistischer Kampf vom türkischen Staat missbraucht wird. Tolerieren wir keine rassistische Propaganda in unseren Reihen. Kämpfen wir für die militärtante, organisierte und kämpferische Einheit von deutschen, kurdischen, griechischen, türkischen und allen anderen Antifaschisten.

★ Die Nazibanden zerschlagen!

★ Den internationalistischen antifaschistischen Widerstand organisieren!

★ Nieder mit dem deutschen Imperialismus!

★ Nieder mit dem faschistischen türkischen Staat!

★ Es lebe der proletarische Internationalismus!

□ **Ein Flugblatt aus der antifaschistischen Bewegung: „Es kann kein gemeinsames Gedenken an Täter und Opfer geben“!**

Es kann kein gemeinsames Gedenken an Täter und Opfer geben!

Am 14 November soll in Berlin die zur »Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland« umgestaltete Neue Wache wiedereröffnet werden. Künftig soll dort »Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft« gedacht werden. Dieses ganze Vorhaben staatlichen Opfer-Gedenkens ist und bleibt ein Skandal. Wir distanzieren uns

- ★ von der beabsichtigten Verhöhnung aller Opfer des deutschen Faschismus,
- ★ von der geplanten Unkenntlichmachung der Täter, ja dem unverschamten Versuch, sie und sich selbst einzupofern,
- ★ von dem Vorhaben, den in der sogenannten Historiker-debatte gewünschten »Schlußstrich unter die Deutsche Geschichte« durch einen zentralen Schluß-Klotz zu manifestieren.

Gegen die Behauptung vom gesellschaftlichen Konsens erklären wir unseren Widerspruch zu diesem Schandakt

Alle nur noch Opfer in Deutschland ?

Soll es denn in Deutschland künftig egal sein, ob einer freiwillig die Hakenkreuzbinde anzog, oder ob eine andere gezwungen wurde, einen gelben Stern mit der Aufschrift »Jude« zu tragen? Soll es denn wirklich egal sein, ob einer SS-Sturmbannführer war, der ein Ghetto »liquidierte« und später in Dresden »ausgebombt« wurde, oder ob jemand zu den deutschen Judinnen und Juden gehörte, die im Novemberpogrom 1938 umgebracht wurden, denen Synagogen, ihre Freiheit und ihr Eigentum zerstört wurde? Soll es auch egal sein, ob jemand als Soldat, als Volkssturm-Mann oder als Flak-Helferin die faschistische Reichshauptstadt bis zum letzten Moment fanatisch verteidigte und hierbei »fiel«, oder ob eine Andere in Viehwaggons durch Europa deportiert wurde, an der Rampe von Auschwitz selektiert und schließlich mit Millionen anderen in Gaskammern getrieben und ermordet wurde? In dieser »Zentralen Gedenkstätte« finden wir alle beispielhaft genannten Personengruppen unterschiedslos als »Opfer« wieder. Neben der Hauptinschrift »Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft« wird auf einer zusätzlichen Tafel ausgeführt, daß gleichzeitig »der Gefallenen der Weltkriege« und »der Millionen ermordeter Juden« gedacht wird. Im Deutschland von 1993 müssen die Unterschiede erklärt werden. Wieviele von denen, derer wir also gedenken sollen, haben als Angehörige der Deutschen Wehrmacht teilgenommen an den Liquidationen von Ghettos, Dorfern und ganzen Städten, an den Massenmorden an der Zivilbevölkerung in allen überfallenen und besetzten Ländern Europas, haben zumindest den SS-Sonderabteilungen ihre Opfer zugetrieben und sind anschließend »gefallen«? Auch ohne solche Form von Beteiligung hielten »die Gefallenen« im Zweiten Weltkrieg eben die Front, hinter der in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor, Auschwitz und in vielen anderen solange pausenlos und systematisch Millionen Menschen ermordet wurden, bis diese Front durchbrochen werden konnte. Daher ist es unmöglich, gleichzeitig und an einem Ort beider »Opfergruppen« zu gedenken. Wer dies trotzdem vorschlägt, erweist den Helfern der Schlachter die letzte Ehre. Die Erschlagenen, die Millionen Ermordeten aber werden gerade mit diesem Gedenken ein weiteres mal verhöhnt.

Auch wenn auf der Opfer-Tafel einiger Menschengruppen, die Opfer des Nationalsozialistischen Regimes wurden, wie den Schwulen, den Sinti und Roma oder den Opfern des NS Euthanasie-Programmes, zum ersten Mal nach über 48 Jahren an herausgehobener Stelle gedacht wird, so bleibt die Kritik, daß ihrer eben nur mitgedacht wird. Weder werden die Unterschiede ihrer spezifischen Verfolgungssituation berücksichtigt, noch wird ihrer abseits ihrer einstigen Peiniger gedacht. »Wir gedenken«, heißt es stattdessen, »der Unschuldigen, die durch Krieg und Folgen des Krieges in der Heimat, die in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind.« Wir fragen: Wessen Krieg? In wessen Gefangenschaft? Welche Vertreibung? Es ist unerträglich, daß derer, die systematisch aus der Gesellschaft ausgegrenzt und vertrieben, und derer die aus ihren Landern und ihrem Leben vertrieben wurden, nicht gedacht werden soll. Hierzulande wird nur eine Vertreibung betrauert. Die aus den »Ostgebieten«.

Wenn schließlich nicht nur der wenigen Deutschen gedacht wird, »die sterben mußten um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen«, sondern gleichzeitig »der Frauen und Männer, die verfolgt und ermordet wurden, weil sie sich totalitärer Diktatur nach 1945 widersetzt haben«, wundern wir uns kaum noch. Nur weil es böse Assoziationen zu den bewußt gemiedenen Begriffen »Deutscher Faschismus« oder »Nationalsozialismus« wecken konnte, heißt es nicht schlicht und einfach den Opfern des Stalinismus. Auch diese Gleichsetzung von Opfern lehnen wir ab. Die Verbrechen Deutschlands im Faschismus stellen eine Singularität dar. Es verbieten sich Systemgleichsetzungen genauso, wie das In-eins-setzen der sittlichen Motivation derjenigen, die dem Faschismus die Stirn boten, mit der Widersachern anderer Systeme. Die Erinnerung an den von den Nazis fabrikmaßig organisierten Volkermord an den europäischen Judinnen und Juden soll zugeschuttet werden. Zugeschuttet das Wissen, daß dieses Verbrechen einmalig ist in der Geschichte und in der Welt, zugeschuttet auch alle Moral, die es verbietet, diese Singularität durch Vergleiche jeglicher Art zu verwischen. Gleichzeitig sollen die Täter unkenntlich gemacht werden. 1933 machte sich das Deutsche Volk auf, sich zur faschistischen Volksgemeinschaft zu formieren. Wir wissen, daß die Verantwortung für die daraus resultierenden Verbrechen nicht pauschal zu verteilen ist. Wir können durchaus differenzieren zwischen den Bossen der Kriegsindustrie oder der IG Farben und dem kleinen Arisierungs-Gewinner oder Rustungsarbeiter, zwischen alt und jung, zwischen der gesellschaftlichen Elite, die versagte, und denen, die im Bierdurst »Heil!« schrien. Doch wie immer die Verantwortung zu bewerten ist und welche Konsequenzen daraus zu ziehen waren. Wir sagen Nein, wenn 50 Jahre danach im neuen großen Deutschland ungestraft die Aktionäre der IG Farben tagen dürfen, um über neue Gewinne aus den alten Taten zu reden. Wir sagen Nein zu der »Zentralen Gedenkstätte«, weil sie Täter zu Opfern erklärt, weil in ihr nicht einmal mehr der Nationalsozialismus beim Namen genannt wird, weil auf der Tafel zur Geschichte der Neuen Wache von 1933 bis 1945 eine große Lücke klappt. Dem Deutschland von 1993 reicht es allerdings noch nicht.

die Täter zu verschweigen. Man möchte endlich selber lieber als Opfer-, denn als Täter-Nation gesehen werden. So scheut man nicht einmal davor zurück, Teile der Volksgemeinschaft, die sich vor 60 Jahren zu ihren Taten aufmachten ein-zu-opfern und ihrer zentral zu gedenken. Doch dieselbe Bundesregierung, die sich anschickt in Berlin »aller Opfer« zu gedenken, weigert sich konsequent, Mittel zur Verfügung zu stellen um die Gedenkstätte in Auschwitz vor dem fortschreitenden Verfall zu bewahren. Während der unterschiedlichen Gruppen der Opfer des Faschismus mitgedacht wird, sehen sich die Angehörigen dieser Gruppen in diesem Land erneut Verfolgung ausgesetzt. Was nutzt den Behinderten eine Gedenktafel, wenn sie immer öfter auf der Straße überfallen werden und akademische Kreise über ihr Recht auf Leben erneut diskutieren? Was nutzt den Roma und Sinti eine Gedenktafel, wenn sie weiter öffentlich diskriminiert und zu Tausenden außer Landes geschafft werden? Was

nutzt den Judinnen und Juden eine Gedenktafel, wenn der Antisemitismus in Deutschland auf allen gesellschaftlichen Ebenen wieder offen zu Tage tritt? Solange für all diese Gruppen eine erneute Verfolgungs- und Bedrohungssituation besteht solange sprechen wir diesem Land das Recht ab, ihrer heuchlerisch zu gedenken. Da die »Zentrale Gedenkstätte« kein Ort des Gedenkens für die Opfer des deutschen Faschismus sein kann, werden wir sie nie akzeptieren.

Berlin, 4.11.93

Meshulash Berlin

Antirassistische Initiative

Berliner Mitglieder des Auschwitz-Komitees in der BRD

unterstützt von

Vorstand der AFVN (Antifascistische oud-Verzettsstrijders

Nederland – Bond van Antifascisten)

Redaktion Perspektiven, Frankfurt/Main

Internationale Liste/Undogmatische Linke

an der Uni Frankfurt

**Ein Flugblatt von Frankfurter MigrantInnen und AntifaschistInnen:
„Keinen Millimeter Leinwand für unsere Killer!“**

Die Debatte um den angeblichen "Dokumentar"film "Beruf Neonazi" ist auch über die antifaschistische Scene hinaus breit geführt worden, dabei gab es die bescheuertsten "Argumente" für die öffentliche Aufführung zu hören. Wir denken, daß es für AntifaschistInnen kein Argument dafür geben kann, stundenlange, unkommentierte offen nazistische Propaganda zuzulassen.

Unserer Ansicht nach ist die Tatsache, daß dieser Staat solch öffentlichkeitswirksame Auftritte wie den von Althans in "Beruf Neonazi" nicht nur zuläßt, sondern auch noch direkt finanziert, ein weiterer Ausdruck seiner vorangeschrittenen Faschisierung.

Die nachfolgend dokumentierte Haltung zu diesem Nazi-Propagandamachwerk finden wir richtig.



Für Freitag, den 10. Dezember ist um 20.00 Uhr im AKI-Kino (im Hauptbahnhof) die Aufführung des Filmes "Beruf Neonazi" geplant. Unter dem Vorwand der "Dokumentation" und der "Aufklärung" kommen umstandslos die Täter zu Wort und verbreiten unverhüllt ihre mörderischen Ansichten. Nicht einmal vor den Millionen vergasten, erschlagenen, gefolterten und durch Arbeit vernichteten Juden, Roma, Sinti und anderen "Undeutschen" macht der Film halt: Die "Auschwitz-Lüge" findet ihre filmische Vollendung auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers.

Mit diesem Film wird eine aktuelle Entwicklung im wiedergeschaffenen Deutschland fortgesetzt, die ihren Einzug längst auch im Film und Theaterbetrieb gefunden hat: Die TäterInnen kommen entweder als Opfer (so wie die Deutschen sich am liebsten sehen) oder als Helden (wie in diesem Film) zu Wort.

Das Ergebnis ist beidesmal das Gleiche: Für sie wird entweder um Verständnis geworben oder sie sollen "entlarvt" werden, in den offen ihre rassistisch und faschistische Gesinnung 80 Minuten lang ausarbeiten (Deutsche Logik)!

In Filmen wie "Stau", in Theaterstücken wie "Amok", "Smog", "Heimat los" und "Heilige Kühe" werden wir MigrantInnen und Flüchtlinge noch einmal - wie selbstverständlich - erschlagen und umgebracht.

Wir dienen dabei als Kulissenmaterial, damit der "eigentliche", "wahre" Sozialcharakter der TäterInnen zusammengebaut wird: liebevolle Jugendliche, sensible Wesen, die nach Zuneigung suchen, indem sie uns totschlagen. Jeder unserer Toten und Geschlagenen ist nach dieser Logik nichts anderes als ein "Hilferuf" der TäterInnen.

Deutsche Film und Theater Regisseure (die sich als antifaschistisch definieren), die auf diesem Pferd reiten, sind entweder "Berufidioten" oder sie ignorieren das was seit drei Jahren hier abgeht samt dem Volksseelenhaushalt ihrer Landsleute: Jedes dieser "Werke" dient als Zünder für Brandanschläge gegen uns.

Wir werden diesen Dreck und diesen Umgang mit uns nicht zulassen. Die "Normalität", die sich im deutschen Kultur-Betrieb breitmacht, ist für uns lebensgefährlich. Sie müssen halt für den Otto Normalvergaser als Zuschauer ein anderes Thema anbieten.

Deswegen werden wir die Aufführung des Filmes verhindern.

Wir rufen alle MigrantInnen und deutsche AntifaschistInnen zur Unterstützung unserer Aktion auf.

Frankfurter MigrantInnen

Deutsche AntifaschistInnen

□ **Ein Leserbrief an die „Swing“: „Mit Rechts paktieren - gegen Links sabotieren“**

***** Mit Rechts paktieren, gegen Links hetzen *****

Zwei scheinbar nicht in Zusammenhang miteinander stehende Ereignisse der letzten Zeit zeigen besonders deutlich, in welche katastrophale inhaltliche Richtung sich Teile der Szene bewegen: Wir meinen einerseits das Exzess-Konzert vom Mai 92 und andererseits die Hetze gegen den revolutionären Befreiungskampf in Peru.

1) Beginnen wir mit dem ersten. Um die Hintergründe dieses Ereignisses noch einmal kurz in Erinnerung zu rufen, zitieren wir die "radikal":

"Am 8. Mai 1992 fand im linken Frankfurter Szeneladen 'Exzess' ein Konzert der Skin-Kultband 'Blitz' statt. Der massive Protest und die Forderung von AusländerInnen, das Konzert abzusagen und Diskussionsangebote zur Klärung der Angelegenheit hatten keinen Erfolg. Der Versuch einiger Antifas, die anrückenden rechten Skins nicht reinzulassen, scheiterte an der Intervention anderer Szeneleute. Das Konzert fand statt, die Skins waren alle drin und feierten gemeinsam mit den Linken"

(aus: "radikal", Nr.146, S.33).

Das Cafe Morgenland schreibt ergänzend:

"Wir stellten fest, daß eine ganze Menge rechter Skins ... im Exzess gefeiert haben" (aus: Cafe Morgenland, "Grenzüberschreitung/Grenzverletzung", Swing, Autonomes Rhein-Main-Info, Nr.46, S.13).

Tatsache ist zumindest, daß den Skins Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden. Auf die eine oder andere Weise ist den Nazis so die Möglichkeit gegeben worden, ihre rassistische Hetze zu verbreiten und sich hoffähig zu machen.

Nach unserem Wissen hat es nicht ein selbstkritisches Papier aus dem Exzess dazu gegeben. Die Papiere "Wir waren als Kind schon scheiße", "Eben rechts" und das von "den Unverbesserlichen" (Vergleiche z.B. Antifa-Info Frankfurt/M. Nr.5, S.30 ff.) können ja nicht im Ernst als Selbstkritik bezeichnet werden.

Kleine Kostprobe der "Selbstkritik" gefällig?

"Rhetorische und theoretische Ergüsse einzelner Papiertiger/Schreibtischträger werden in Zukunft leider nur noch als Klopapier verwendet werden"

(aus: "Wir waren als Kind schon scheiße").

"Soweit erstmal, macht was draus oder läßt es."

(aus: "Eben rechts").

"Die Unverbesserlichen" bezeichnen die berechtigte Kritik am Konzert als "theoretische, ideologisierte (!) Dreckschleuderei", als "bodenlose Anpissserei", die angeblich das Ziel hat, "Leute anzukacken".

Auch die mündlichen Diskussionen liefen im Kern nicht anders.

Diese Geschütze werden wohlgemerkt gegen die völlig berechtigte Kritik aufgefahren, daß Exzessler gemeinsam mit Faschos ein Konzert gefeiert haben.

Stellen wir uns vor: In einem Cafe in Frankfurt findet ein Fascho-Konzert statt. Dagegen hat es eine antifaschistische Mobilisierung gegeben.

Der Cafebesitzer tritt vor die Tür und erklärt den versammelten Antifas, die Kritik am Fascho-Konzert sei "eine theoretische, ideologisierte Dreckschleuderei" mit dem Ziel, "Leute anzukacken".

Wie wäre wohl die Reaktion? Das Schlimme: Im Kern haben sich die Exzessler nicht anders verhalten als jener fiktive Cafebesitzer.

Wie soll sich aber eine starke antifaschistische Bewegung entwickeln, wenn in Teilen der Szene noch nicht einmal Konsens darüber besteht, daß Nazis keine Räume zur Verfügung gestellt werden?

Was hat es noch mit Antifaschismus zu tun, wenn gemeinsam mit Nazi-Skins gefeiert wird?

Haben sich die Exzessler und die Verfasser der o.g. Papiere eigentlich nie gefragt, wie ein solches Konzert auf unsere Genossinnen und Genossen aus anderen Ländern wirken mußte? Genossinnen und Genossen, die tagtäglich dem deutschen Chauvinismus und Rassismus ausgesetzt sind und die erleben müssen, daß in den entscheidenden Augenblicken das "Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen" offensichtlich selbst in Teilen der Szene bestens funktioniert?

In einer Atmosphäre, in der Kritik - wie in den o.g. Papieren - als "Anpisserei" und "Spalterei" angesehen wird, ist aber eine Auseinandersetzung mit dem deutschen Chauvinismus und Rassismus unmöglich.

Doch das Paktieren mit Nazi-Skins ist nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite haben Teile der Szene nämlich gezeigt, daß sie durchaus austeuern und kritisieren können - gegen Revolutionäre.

2) Im Antifa-Info Frankfurt/M. Nr.7, S. 26f., wird eine Erklärung abgedruckt. Unterzeichnet ist sie von einigen Gruppen und Zusammenhängen: "Antifa-Cafe Exzess", "Antifa-Info Frankfurt", "Antifa (G) Frankfurt", "Antifa (U) Frankfurt"; Gruppen, die sich in der Öffentlichkeit als "antifaschistisch" und "antiimperialistisch" darstellen.

Hauptangriffspunkt in der Erklärung ist auf den ersten Blick die den bewaffneten Kampf führende Peruanische Kommunistische Partei (PCP) und die Gruppen, die ihren Kampf unterstützen¹.

Schauen wir uns die Erklärung etwas genauer an.

- Zunächst klären uns die Verfasser auf, daß es in Frankfurt in Bezug auf den PCP "noch einige Unsicherheiten und Informationsdefizite zu geben (scheint)".

So sei es "in den letzten Monaten in den Räumen des Cafe Exzess" zu "mindestens zwei Veranstaltungen der RIM" gekommen. Da diese Veranstaltungen "getarnt und relativ kurzfristig angesetzt waren", konnten sie nicht verhindert werden.

Es sind aber teilweise dieselben Leute (Exzess), die nicht unbeteiligt daran waren, als ihre Räume vor Monaten Nazi-Skins zur Verfügung gestellt wurden, die jetzt eine Erklärung verfassen, in der Gruppen, die den revolutionären Kampf in Peru unterstützen, angedroht wird, "sie aus unseren Räumen zu schmeißen".

Ihre Devise lautet offenbar: "Mit Nazis feiern und ihnen Räume zur Verfügung stellen, ist nicht so schlimm, gegen Revolutionäre aber müssen wir vorgehen."

¹ Wir, die Verfasserinnen und Verfasser dieses Papieres, gehören nicht zur RIM. Wir haben selbst an der RIM und der PCP grundlegende Kritiken.

- Vereinfachungen und Verdrehungen gegen den revolutionären Kampf in Peru: Die Verfasser behaupten über den PCP, dieser führe "selektive Hinrichtungen" an Linken zu Einschüchterungszwecken" und "perverse Hinrichtungsmethoden" durch.

Diese Behauptungen stammen aus bürgerlichen Quellen, aus Quellen, die die Imperialisten gezielt schaffen, um den revolutionären Kampf in Peru und überall zu diskreditieren. Warum führen die Verfasser der Erklärung in diesen Fällen keine Originalquellen des PCP an?

In der Erklärung des PCP zu der Aktion gegen Maria Elene Moyano (die im Antifa-Info angesprochen wird) begründet der PCP die Aktion damit, daß Moyano enge Kontakte zur peruanischen Polizei hatte.

Die im Antifa-Info nahegelegte Schlußfolgerung, Moyano wurde getötet, weil sie eine andere Meinung als der PCP hatte, läßt sich in dieser eindeutigen Form also nicht behaupten.

In Bezug auf die angeblichen "perversen Hinrichtungsmethoden" an Homosexuellen können wir sagen, daß uns kein PCP-Dokument bekannt ist, in dem gegen Homosexuelle gehetzt wird. Somit können sich die Verfasser der Erklärung nur auf imperialistische Quellen berufen, was wenig überzeugend ist.

Eine Grundlinie zieht sich durch die ganze Erklärung:

Reaktionäre Hetze - statt aktiver Solidarität mit dem revolutionären Kampf in Peru. Die Kriegserklärung an die Gruppen, die den revolutionären Kampf unterstützen - statt Propagierung des revolutionären Kampfes in Peru und überall.

Was bleibt also von dem Anspruch, "antifaschistisch" und "antiimperialistisch" zu sein bei den Gruppen übrig, die die Erklärung unterzeichnet haben? Nichts.

Grundsätzlich meinen wir, daß offene Fragen und Probleme des bewaffneten Kampfes in Peru nur durch gemeinsame Diskussionen über Strategie und Taktik des PCP geklärt werden können.

Es ist daher gerade notwendig, die Diskussion mit dem PCP und den Gruppen, die den PCP unterstützen, zu suchen, dafür auch Szene-Räume zur Verfügung zu stellen, um sich nicht auf imperialistische Quellen stützen zu müssen.

Im Rahmen einer solchen revolutionären Debatte ist es notwendig, auch die Unterstützung der BRD für das reaktionär-faschistische Regime in Peru zu thematisieren; ein Zusammenhang, der in der gesamten Erklärung nicht angesprochen wird.

Auch für Peru gilt: "Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt."

Einige Antifaschistinnen und Antifaschisten, April 1993

RADIKAL — BRECHEN

Nr. 1

Fahr. 89

Zeitung für die antikapitalistische und autonome Bewegung

★ Es ist schon längst an der Zeit über die Ziele der Revolution zu debattieren!

"Zusammenkämpfen" ist ein politisch-ideologische Ausweichbewegung eine sichere Rückendeckung in den eigenen Plänen zu gewinnen.

Kritik der GRAFO am Konzept der RAF

Solidarität mit den gegen den Imperialismus kämpfenden Volksmassen

★ 7 Jahre bei Antimosa und Autonomos sind genug!

RADIKAL — BRECHEN

Nr. 2

Fahr. 89

Zeitung für die antikapitalistische und autonome Bewegung

★ Ein Unes Märchen - Westdeutschland eine Kolonie der USA

WICHTIG: DAS KAPITALISTISCHE DIALEKTIKUS!

Die Faule These die Befreiung der Völker kann nur von Europa ausgehen.

Über einiges scheinradikale "Antikapitalistische" in Chedderl und Castro

★ Prozeßerklärung von Ingrid Strobl

RADIKAL — BRECHEN

Nr. 3

Fahr. 89

Zeitung für die antikapitalistische und autonome Bewegung

★ Wer kann die Bourgeoisie stürzen?

Das Konzept Stadtguerilla gibt darauf keine richtige Antwort!

- Der Oktoberaufstand in Petrograd

- Welche ist die revolutionäre Klasse?

- Diskussion mit Genossen/innen aus Österreich

RADIKAL — BRECHEN

Nr. 4

Fahr. 89

Zeitung für die antikapitalistische und autonome Bewegung

★ Das Konzept Stadtguerilla

Warum das Stadtguerilla-Konzept nicht zur Zersetzung des Staatsapparates der Bourgeoisie führt?

- Ibrahim Karabekaya zu Bankraum und Entführung

- Nach dem Münzenstreik - wie weiter?

- Revolutionäre Einheit oder Einheit in der "antikapitalistischen Front" - was brauchen wir, um die Bourgeoisie zu stürzen?

- "Heute wie, morgen ihr" - Kritik und Unterdrückung gegen die Bourgeoisie in Revolutionären steht sind völlig gerechtfertigt

- Eine richtige Kritik an AB und Z

- Dokumentation eines Briefes an die antikapitalistischen Gefangen

RADIKAL — BRECHEN

Nr. 5

Fahr. 89

Zeitung für die antikapitalistische und autonome Bewegung

DER AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTISCHEN PARTEI IST ZUM SCHEITERN VERURTEILT, WENN DER KAMPF GEGEN DEN OPPORTUNISMUS AUSGEKLAMMERT WIRD!

- Kritik am Papier "Ich sag' Wie's ist"

★ GEGEN DEN LEGALISMUS BEI ANTIIMOSA UND AUTONOMOS - Die KP wird von Anfang an auf illegaler Basis aufgebaut werden!

★ WARUM IST EIN KAMPF INNERHALB DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI NOTWENDIG?

RADIKAL — BRECHEN

Nr. 6

Fahr. 89

Zeitung für die antikapitalistische und autonome Bewegung

Die neuesten Entwicklungen in Osteuropa - KEIN BANKROTT DES KOMMUNISMUS SONDERN BANKROTT DES REVISIONISMUS!!

★

Aus der "Programmatischen Erklärung der revolutionären sozialistischen Kommunisten (Bolschewiki) von 1967, über Stalin, den "Personenkult" und die Sauberungen der 30er Jahre

★

RADIKAL — BRECHEN

Nr. 7

Fahr. 89

Zeitung für die antikapitalistische und autonome Bewegung

★ Palastina - ein Prüfstein.

Ohne Beseitigung der falschen Vorstellungen innerhalb der westdeutschen Unterstützungsbewegung ist wirkliche Solidarität mit den gerechten Kämpfen der unterdrückten Völker unmöglich!

★ Den "antikapitalistischen Antisemitismus bekämpfen"

RADIKAL — BRECHEN

Nr. 8

Fahr. 89

Zeitung für die antikapitalistische und autonome Bewegung

Ein Lichtblick bei den Autonomos:

Stellungnahmen gegen Antikapitalismus: "Sicht der Einfluss der Herrschenden bis ins Interim?"

★ "Radikal" und "Interim" - immer weiter in dem bürgerlichen Sumpf

★ Ein antifaschistisches Fliegerblatt, das uns zugeworfen wurde. Mit Stalinischer Kritik die Nazis bekämpfen!

RADIKAL — BRECHEN

Nr. 9

Fahr. 1993

Zeitung für die antikapitalistische und autonome Bewegung

Zur Auflösung von RZ und zur RAF-Erklärung vom 10.4.92:

Die Debatte über alle grundlegenden Fragen der Revolution endlich beginnen!

Aus dem Inhalt:

★ Stellungnahme einer Zeitungsgruppe

★ Kritik von der PCB(R) an der RAF-Erklärung vom 10.4.92

Alle Kritik, Post, Bestellungen und Beiträge mit zwei Umschlägen an uns: Innerer Umschlag: R.B., Äußerer Umschlag: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt